



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 10 | 2017



Die Themen

Verschuldung der kommunalen Körperschaften

Wohnen in Deutschland

Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 148. (71.)

Bestell-Nr. Z10001 201710
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis

Titel: © embeki, Fotolia

Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205, 0911 98208-6270
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2017
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

bevor ich wie gewohnt auf das aktuelle Heft eingehe, gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick auf die Bundestagswahl 2017. Als Landeswahlleiter des Freistaates Bayern konnte ich mich in Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Wahl in bewährter Weise auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesamt für Statistik und beim IT-Dienstleistungszentrum (IT-DLZ) stützen. Rund 80 Personen waren alleine am Wahlabend in der St.-Martin-Straße in München anwesend, nochmals ebenso viele waren in den Tagen danach in Fürth mit der Wahlnachprüfung beschäftigt. Knapp 30 Paletten Protokolle und Wahlniederschriften aus dem gesamten Freistaat waren zu prüfen, ehe am 6. Oktober 2017 der Landeswahlausschuss tagen konnte zur Feststellung des amtlichen Endergebnisses. Die Vorbereitungen hatten bereits rund zwei Jahre vor dem Wahltermin begonnen, mit der Nachbereitung werden wir noch rund neun Monate beschäftigt sein.

Ich bedanke mich als Landeswahlleiter bei allen, die zum reibungslosen Ablauf der Wahl beigetragen haben, bei allen Beschäftigten im Landesamt für Statistik, bei den Kolleginnen und Kollegen des IT-DLZ für die umfangreiche und kompetente IT-Unterstützung und natürlich auch bei den rund 130 000 ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die am 24. September 2017 im Einsatz waren. Wahlen sind der konstituierende Akt in einer parlamentarischen Demokratie, der reibungslose Ablauf stärkt das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Demokratie. Ein herzlicher Dank deshalb allen, die dazu beigetragen haben.

Fachlich widmen wir uns diesmal den Themen Verschuldung der kommunalen Körperschaften und Wohnen in Deutschland.

Die finanzielle Situation der Gemeinden betrifft die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar und konkret. Welche Leistungen kann die Kommune anbieten, was muss unter Umständen dem Rotstift zum Opfer fallen? Die Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2016 steht im Mittelpunkt unseres ausführlichen Fachartikels.

Daten zum Thema Wohnen gewinnen wir im Wesentlichen aus dem Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobe bei einem Prozent der Bevölkerung, sowie aus der europaweiten EU-SILC („European Union Statistics on Income and Living Conditions“). Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Methodik und der Ergebniserhebung der beiden Haushaltsstichproben erläutern wir Ihnen in dieser Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Thomggöbl'. The signature is stylized and cursive.

Dr. Göbl
Präsident

Statistik aktuell

620 Kurzmitteilungen

Nachrichten

633 Erste bundesweite Musikfestivalstatistik
veröffentlicht – Festivalzeit in Deutschland

Beiträge aus der Statistik

634 Verschuldung der kommunalen
Körperschaften in Bayern 2016

643 Wohnen in Deutschland im Spiegel
von Mikrozensus und EU-SILC
Eine Gegenüberstellung zweier amtlicher
Haushaltsbefragungen

Gastbeitrag

652 Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten
Befunde und Auswirkungen auf künftige
Versorgungsausgaben

Historische Beiträge aus der Statistik

662 Die Schulden der bayerischen Gebiets-
körperschaften am 31. März 1958

Bayerischer Zahlenspiegel

665 Tabellen

674 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Insolvenzen

Insolvenzverfahren in Bayern im ersten Halbjahr 2017 rückläufig

Insgesamt 6 564 Insolvenzverfahren wurden im ersten Halbjahr 2017 bei den bayerischen Amtsgerichten beantragt, darunter 1 307 Unternehmensinsolvenzen und 3 616 Verbraucherinsolvenzen. Die Anzahl der Insolvenzverfahren ging insgesamt im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 um 6,1 % zurück. Dies ist vor allem auf die um 9,5 % gesunkenen Verbraucherinsolvenzverfahren zurückzuführen; die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen lag um 3,2 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die restlichen 1 641 Insolvenzverfahren betrafen natürliche Personen als Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige, Nachlässe und Gesamtgut; verglichen mit dem Vorjahreszeitraum zeigte sich auch hier ein Rückgang (-0,4 %).

Von den insgesamt 1 307 im Berichtszeitraum beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren wurden 72,6 % bzw. 949 Verfahren

eröffnet; 358 Verfahren bzw. 27,4 % wurden mangels Masse abgewiesen. Je Insolvenzantrag eines Unternehmens betragen die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger durchschnittlich 524 738 Euro und lagen damit etwas über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums (516 676 Euro). Zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags waren bei den Unternehmen, die im ersten Halbjahr des Jahres 2017 Insolvenz beantragt und Angaben zu den Beschäftigten gemacht hatten, 7 247 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, während im entsprechenden Vorjahreszeitraum 4 934 Beschäftigte und somit fast ein Drittel weniger von einer Unternehmensinsolvenz betroffen waren. Knapp die Hälfte der insolventen Unternehmen (49,6 %) war zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags jünger als acht Jahre; etwas über ein Fünftel (21,3 %) der Unternehmen konnten sich nur bis

zu drei Jahre lang am Markt halten, bevor sie Insolvenz beantragen mussten.

Von den 3 616 im ersten Halbjahr 2017 beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren wurden 98,0 % (bzw. 3 545 Verfahren) eröffnet, in 1,8 % der Fälle wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen und 0,2 % wurden mangels Masse abgewiesen. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger gegenüber den Verbrauchern, die Insolvenz anmelden mussten, beliefen sich auf insgesamt 182,4 Millionen Euro und lagen damit um 19,0 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Je beantragtem Verbraucherinsolvenzverfahren betragen die voraussichtlichen Gläubigerforderungen durchschnittlich 50 429 Euro und lagen damit um 10,4 % unter dem Vergleichswert des ersten Halbjahres 2016.

Beantragte Insolvenzverfahren in Bayern im ersten Halbjahr 2017

	Insolvenzverfahren im ersten Halbjahr 2017				Erstes Halbjahr 2016: Insolvenz- verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 (in Prozent)
	insgesamt	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereinigungs- plan angenommen		
Insgesamt	6 564	5 941	545	78	6 994	- 6,1
Unternehmen	1 307	949	358	X	1 350	- 3,2
Übrige Schuldner	5 257	4 992	187	78	5 644	- 6,9
davon						
Verbraucher	3 616	3 545	6	65	3 997	- 9,5
natürliche Personen als						
Gesellschafter	26	25	1	X	48	- 45,8
ehemals selbstständig Tätige ¹	1 374	1 251	110	13	1 398	- 1,7
Nachlässe und Gesamtgut	241	241	171	70	X	201,0

¹ Vereinfachte Verfahren und Regelinsolvenzverfahren.



Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Bayerische Industrie mit deutlichem Umsatzanstieg im Juli 2017 im Vergleich zum Vorjahr

Im Juli 2017 verbuchte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, einen Umsatzzuwachs von 8,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von den 29,1 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 15,8 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+8,6%) und darunter rund 5,9 Milliarden Euro auf Um-

sätze mit den Ländern der Eurozone (+8,1%). Die Anteile der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betragen 54,3% bzw. 20,3%.

Die Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes stieg im Juli 2017 gegenüber dem Juli 2016 preisbereinigt um 9,2%. Die Bestelleingänge aus dem Inland erhöhten sich um 10,7%, die aus dem Ausland um 8,3%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Juli 2017 mit 1,178 Millionen Beschäftigten um 2,1% über dem Ergebnis des Vorjahresmonats.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Juli 2017“ (Bestellnummer: E1101C 201707, nur als Datei) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2017“ (Bestellnummer: E1300C 201707, nur als Datei).*



Bauhauptgewerbe

Bayerns Bauhauptgewerbe im Juli 2017 gut im Plus

Das Bauhauptgewerbe erzielte in Bayern im Juli 2017 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,60 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis entspricht dies einer nominalen Umsatzsteigerung von 206,9 Millionen Euro bzw. 14,8%. Zu dieser positiven Umsatzentwicklung haben sowohl alle Bausparten als auch alle sieben bayerischen Regierungsbezirke beigetragen. Die entsprechenden Steigerungsraten bei den sechs Bausparten bezifferten sich zwischen 4,3% (Straßenbau) und 29,9% (gewerblicher und industrieller Hochbau), während diejenigen auf Ebene der Regierungsbezirke zwischen 1,2% (Schwaben) und 37,9% (Oberfranken) ausmachten.

Auch die Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe

lagen im aktuellen Berichtsmonat weit über Vorjahresniveau. Deren Gesamtwert bezifferte sich um 16,0% höher als im Juli 2016 und damit auf fast 1,26 Milliarden Euro. Für dieses Plus zeichneten fünf von sechs Bausparten verantwortlich, darunter relativ am stärksten der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (+34,1% auf 158,8 Millionen Euro). Die einzige Bausparte, die dabei unterdurchschnittlich positiv punktete, war der gewerbliche und industrielle Hochbau (+4,7% auf 295,7 Millionen Euro) und die einzige Bausparte, die ein rückläufiges Ergebnis hinzunehmen hatte, war der öffentliche Hochbau (-1,4% auf 98,8 Millionen Euro).

Wie der baugewerbliche Umsatz und der Gesamtwert der Auftrags-eingänge übertraf auch der aktu-

elle Personalstand der Branche das vergleichbare Vorjahresergebnis. Mit insgesamt 89 130 tätigen Personen waren Ende Juli 2017 um 5,9% mehr Beschäftigte im Bauhauptgewerbe in Bayern am Schaffen als vor Jahresfrist. Diese Beschäftigten erbrachten an 21 Arbeitstagen im Berichtsmonat (wie im Juli 2016) ein Pensum von fast 9,9 Millionen Arbeitsstunden (+5,8%) und bezogen dafür Entgelte in Summe von 290,5 Millionen Euro (+8,2%).

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Bauhauptgewerbe in Bayern im Juli 2017“ (Bestellnummer: E2100C 201707, nur als Datei).*

Bauhauptgewerbe in Bayern im Juli 2017							
Gebiet	Bauhauptgewerbe in Bayern im Juli 2017						
	insgesamt	davon					
		Wohnungs- bau	gewerbl. u. industr. Hochbau ¹	gewerbl. u. industr. Tiefbau	öffent- licher Hochbau	Straßen- bau	Tiefbau für Gebiets- körper- schaften und Sozialvers.
1 000 €							
Baugewerblicher Umsatz²							
Oberbayern	411 020	137 627	90 551	47 175	22 289	69 866	43 511
Niederbayern	226 292	62 496	48 947	21 298	18 065	37 733	37 753
Oberpfalz	250 659	40 549	104 879	29 353	22 711	28 520	24 646
Oberfranken	159 647	19 928	85 642	13 444	7 317	18 088	15 229
Mittelfranken	141 536	49 660	39 425	17 566	9 373	12 111	13 402
Unterfranken	159 561	28 497	49 561	16 406	23 507	19 984	21 606
Schwaben	252 564	84 630	70 320	19 616	15 005	34 575	28 418
Bayern	1 601 278	423 387	489 324	164 858	118 268	220 876	184 565
Veränderung ggü. Juli 2016 in Prozent	14,8	8,1	29,9	17,2	14,0	4,3	8,8
Auftragseingänge							
Oberbayern	342 744	119 819	76 599	47 376	13 679	63 092	22 178
Niederbayern	242 899	68 825	54 432	13 533	18 343	51 967	35 798
Oberpfalz	179 346	38 936	72 159	17 727	14 060	19 325	17 140
Oberfranken	70 746	15 848	20 124	3 853	4 936	10 243	15 742
Mittelfranken	107 020	30 975	19 169	21 106	20 376	7 756	7 638
Unterfranken	118 583	17 441	13 229	7 437	14 368	23 253	42 855
Schwaben	195 393	79 412	39 939	12 872	13 052	32 714	17 404
Bayern	1 256 732	371 257	295 652	123 904	98 815	208 350	158 754
Veränderung ggü. Juli 2016 in Prozent	16,0	20,5	4,7	27,5	- 1,4	17,9	34,1

- 1 Einschl. landwirtschaftlicher Bau.
2 Ohne Umsatzsteuer.



Binnenhandel

Umsatz der bayerischen Kfz-Händler im ersten Halbjahr 2017 um gut acht Prozent gestiegen

Der Umsatz im bayerischen Kraftfahrzeughandel in den ersten sechs Monaten 2017 erhöhte sich nominal um 8,2% und real um 6,9%. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 3,2% zu, davon stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 3,2% und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 3,0%.

Alle vier Gruppen des Kfz-Handels erzielten in den ersten sechs Monaten 2017 deutliche Umsatzsteigerungen: Der „Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör“ verzeichnete einen nominalen Um-

satzzuwachs von 14,0% und einen realen Umsatzzuwachs von 14,6%. In der Gruppe „Handel mit Kraftwagen“ nahm der nominale Umsatz um 7,7% zu (real: +6,3%). Im Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ stieg der nominale Umsatz um 4,4% (real: +3,1%). Im Bereich „Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern“ erhöhte sich der Umsatz nominal um 4,6% und real um 1,1%.

Hinweis

Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Die monatliche Kraftfahrzeughandelsstatistik wird im Mixmodell durchgeführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern. Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2017“ (Bestellnummer: G1200C 201706, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte des Kraftfahrzeughandels in Bayern im ersten Halbjahr 2017					
Vorläufige Ergebnisse					
Wirtschaftszweig	Januar bis Juni				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent					
Handel mit Kraftwagen	7,7	6,3	2,5	2,2	3,7
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	4,4	3,1	2,4	2,6	2,0
Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	14,0	14,6	6,6	7,5	3,0
Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	4,6	1,1	4,3	4,4	3,8
Kraftfahrzeughandel insgesamt²	8,2	6,9	3,2	3,2	3,0

1 In Preisen des Jahres 2010.
2 Ohne Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen).

Knapp sieben Prozent mehr Umsatz für Bayerns Großhändler im ersten Halbjahr 2017

Der Umsatz des bayerischen Großhandels (einschließlich der Handelsvermittlung) stieg in den ersten sechs Monaten 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal um 6,8 % und real um 3,9%*. Die Zahl der Beschäftigten des Großhandels wuchs um 2,0%. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg dabei um 2,3% und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,2%.

In der Handelsvermittlung nahmen nominaler und realer Umsatz jeweils um gut ein Fünftel zu (nomi-

nal: +20,9%; real: +20,3%). Im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen (Produktionsverbindungshandel) erhöhte sich der nominale Umsatz um 8,2% (real: +3,7%). Im Großhandel mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel) wuchs der nominale Umsatz um 4,6% (real: +3,3%). Die Zahl der Beschäftigten stieg in der Handelsvermittlung um 3,4%, im Produktionsverbindungshandel um 2,5% und im Konsumtionsverbindungshandel um 1,3%.

* Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Die monatliche Großhandelsstatistik wird im Mixmodell durchgeführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2017“ (Bestellnummer: G1200C 201706, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte der Handelsvermittlung und des Großhandels in Bayern im ersten Halbjahr 2017					
Vorläufige Ergebnisse					
Wirtschaftszweig	Januar bis Juni				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent					
Handelsvermittlung und Großhandel insgesamt	6,8	3,9	2,0	2,3	1,2
dav. Handelsvermittlung	20,9	20,3	3,4	5,0	0,8
Großhandel (mit)					
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	5,6	- 4,2	0,6	- 0,9	2,9
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2,7	0,4	3,8	3,5	4,7
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	6,0	5,7	0,4	1,0	- 1,0
Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	14,0	13,3	3,2	3,3	2,8
sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	6,3	5,7	2,9	3,0	2,5
sonstiger Großhandel	6,4	- 1,5	2,2	2,4	1,5
ohne ausgeprägten Schwerpunkt	3,5	- 0,3	- 0,2	- 0,5	0,9
Großhandel zusammen (ohne Handelsvermittlung)	6,4	3,5	1,9	2,1	1,2
dav. mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen ²	8,2	3,7	2,5	2,6	2,1
mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel)	4,6	3,3	1,3	1,5	0,6

1 In Preisen des Jahres 2010.
2 Produktionsverbindungshandel.



Außenhandel

Deutliche Zunahmen im bayerischen Außenhandel im Juli 2017

Nach vorläufigen Ergebnissen stiegen die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft im Juli 2017 gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,8% auf knapp 16,5 Milliarden Euro. 55,3% der Exporte wurden in die EU-Mitgliedsstaaten ausgeführt, darunter wurden 34,8% aller Exporte in die Euro-Länder versandt. Im Juli 2017

Außenhandel Bayerns im Juli und von Januar bis Juli 2017 – Vorläufige Ergebnisse –				
Erdteil / Ländergruppe / Land Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung ggü. dem Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung ggü. dem Vorjahres- zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Juli				
Europa	10 327 868	8,4	10 278 179	8,3
dar. EU-Länder (EU-28)	9 098 824	8,7	9 103 171	7,3
dar. Euro-Länder	5 736 884	11,3	5 198 065	5,5
dar. Frankreich	1 073 749	4,2	612 637	13,5
Niederlande	511 401	3,3	713 577	- 2,3
Italien	1 134 368	9,2	996 219	- 2,1
Spanien	541 499	27,3	320 603	2,9
Österreich	1 348 181	14,9	1 440 397	12,6
Vereinigtes Königreich	1 304 420	0,3	498 632	4,7
Polen	559 807	10,4	919 801	17,3
Tschechische Republik	516 090	4,0	1 139 468	10,4
Ungarn	294 168	11,9	731 857	- 4,9
Afrika	250 158	25,9	306 410	84,5
Amerika	2 475 396	4,7	1 048 828	2,0
dar. USA	1 875 838	3,8	889 072	4,3
Asien	3 234 775	11,9	3 165 408	16,9
dar. Volksrepublik China	1 445 921	19,7	1 285 299	11,5
Australien-Ozeanien	153 381	- 0,1	14 013	14,9
Verschiedenes ¹	21 088	•	–	x
Insgesamt	16 462 666	8,8	14 812 838	10,5
dar. Personenkraftwagen und Wohnmobile	3 499 971	2,8	773 098	- 3,3
Maschinen ²	2 673 460	12,5	1 591 788	15,1
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ³	1 235 750	12,9	1 230 910	2,0
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	910 077	8,3	937 771	9,1
elektronische Bauelemente	250 563	- 0,6	927 192	15,0
mess-, steuerungs- und regeltechn. Erzeugnisse	564 170	25,0	289 381	21,8
Erdöl und Erdgas	63	•	708 709	8,7
Januar bis Juli				
Europa	71 453 489	4,5	71 740 299	6,8
dar. EU-Länder (EU-28)	63 155 412	4,6	63 231 683	7,2
dar. Euro-Länder	39 771 072	6,5	36 395 061	6,1
dar. Frankreich	7 569 594	3,0	4 158 652	10,6
Niederlande	3 737 429	2,8	5 386 899	6,7
Italien	7 471 349	7,2	6 860 539	4,9
Spanien	3 708 363	17,4	2 312 804	- 7,3
Österreich	8 876 288	4,8	9 612 356	7,9
Vereinigtes Königreich	8 272 611	- 7,8	3 431 154	6,2
Polen	4 003 327	9,5	6 089 971	12,1
Tschechische Republik	3 790 683	4,6	8 167 598	9,8
Ungarn	2 243 081	15,9	5 162 100	1,5
Afrika	1 619 858	7,0	1 941 087	49,8
Amerika	16 710 089	7,7	8 374 404	5,6
dar. USA	12 792 691	7,3	7 098 000	5,9
Asien	21 303 451	6,2	21 341 450	13,9
dar. Volksrepublik China	9 172 499	5,0	8 669 312	5,3
Australien-Ozeanien	962 873	- 11,0	88 195	3,5
Verschiedenes ¹	51 171	•	2	- 99,1
Insgesamt	112 100 931	5,2	103 485 436	8,6
dar. Personenkraftwagen und Wohnmobile	21 872 300	- 6,1	6 256 487	0,9
Maschinen ²	18 216 913	11,7	11 267 342	8,6
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ³	8 975 807	7,2	8 678 656	2,6
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	6 534 968	6,9	6 552 369	7,4
elektronische Bauelemente	1 778 912	- 1,5	6 754 786	15,8
mess-, steuerungs- und regeltechn. Erzeugnisse	3 953 983	7,2	1 948 519	14,8
Erdöl und Erdgas	484	48,6	5 502 663	15,7

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

2 Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW Rev. 2002) EGW841 bis EGW859.

3 Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.

importierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von gut 14,8 Milliarden Euro (+10,5%). 61,5% der Importe bezog Bayern aus den Ländern der Europäischen Union, 35,1% aller Importe kamen aus den Ländern der Euro-Zone.

Die wichtigsten Ausfuhrländer für die bayerische Wirtschaft waren im Juli 2017 die USA, die Volksrepublik China, Österreich, das Vereinigte Königreich, Italien und Frankreich. Die bedeutendsten Einfuhrländer waren Österreich, die Volksrepublik China, die Tschechische Republik, Italien, Polen und die USA.

Die höchsten Exportwerte erzielte Bayerns Wirtschaft im Juli 2017 mit „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“, „Maschinen“, „Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ sowie mit „Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“. Die wichtigsten Importgüter waren „Maschinen“, „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“, „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ und „elektronische Bauelemente“.

Von Januar bis Juli 2017 exportierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von rund 112,1 Milliarden Euro, dies sind 5,2% mehr als im Vorjahreszeitraum, und importierte Waren im Wert von fast 103,5 Milliarden Euro (+8,6%).

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2017“ (Bestellnummer: G3000C 201707, nur als Datei).*



Tourismus, Gastgewerbe

Gut 10,9 Millionen Gästeübernachtungen in Bayern im Juli 2017

Nach vorläufigen Ergebnissen der Monatserhebung im Tourismus stieg die Zahl der Gästeankünfte der rund 12 000 geöffneten Beherbergungsbetriebe* in Bayern im Juli 2017 gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,0% auf knapp 4,4 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm zeitgleich um 5,2% auf über 10,9 Millionen zu.

Die durchschnittliche Auslastung der knapp 557 700 angebotenen Betten lag im Juli 2017 bei 56,8%, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug 2,5 Tage. Gut 3,1 Millionen Gäste im Juli 2017 kamen aus Deutschland (+5,1%); die Zahl der Übernachtungen

von Inländern lag bei gut 8,5 Millionen (+4,4%). Darüber hinaus übernachteten gut 1,2 Millionen ausländische Gäste (+8,6%) rund 2,4 Millionen Mal (+8,0%) in einem bayerischen Beherbergungsbetrieb.

Das höchste Gästeaufkommen unter den sieben bayerischen Regierungsbezirken hatte im Juli 2017 erwartungsgemäß Oberbayern mit knapp 2,0 Millionen Gästeankünften (+7,6%) und 4,7 Millionen Übernachtungen (+6,7%), gefolgt von Schwaben mit rund 700 000 Gästeankünften und 2,0 Millionen Übernachtungen.

In den ersten sieben Monaten 2017 erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte in Bayern um 4,8% auf gut 21,0 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 3,0% auf knapp 52,7 Millionen.

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Juli 2017“ (Bestellnummer: G41003 201707, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*

Bayerns Fremdenverkehr im Juli und von Januar bis Juli 2017

Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Juli				Januar bis Juli			
	Gästekünfte		Gästeübernachtungen		Gästekünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent
Hotels	2 064 816	7,3	4 166 968	7,0	10 813 580	5,2	21 861 294	2,7
Hotels garnis	668 204	7,0	1 516 981	6,9	3 387 452	4,4	7 512 988	3,3
Gasthöfe	475 888	2,8	924 164	2,7	2 136 442	1,4	4 319 783	0,4
Pensionen	182 396	-0,5	534 659	1,2	860 855	-0,6	2 500 109	0,3
Hotellerie zusammen	3 391 304	6,1	7 142 772	6,0	17 198 329	4,3	36 194 174	2,4
Jugendherbergen und Hütten	162 178	1,0	324 537	0,3	644 337	1,6	1 460 569	1,1
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	158 721	1,2	493 135	1,5	933 490	-0,6	2 763 266	-0,6
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen ..	201 649	12,2	1 130 422	4,6	916 646	12,8	4 528 292	5,5
Campingplätze	407 203	7,0	1 139 875	7,1	1 052 646	15,8	3 073 652	15,2
Vorsorge- und Reha-Kliniken	42 173	0,3	715 507	0,9	280 127	2,1	4 667 172	0,9
Insgesamt	4 363 228	6,0	10 946 248	5,2	21 025 575	4,8	52 687 125	3,0
davon aus dem								
Inland	3 134 177	5,1	8 545 407	4,4	15 788 708	4,1	42 193 056	2,6
Ausland	1 229 051	8,6	2 400 841	8,0	5 236 867	7,1	10 494 069	4,7
davon								
Oberbayern	1 990 895	7,6	4 737 203	6,7	9 705 874	5,5	22 233 285	3,5
darunter München	773 188	10,5	1 575 411	12,6	4 259 794	7,2	8 343 386	5,2
Niederbayern	354 027	7,2	1 288 793	4,3	1 793 591	3,2	6 709 712	0,8
Oberpfalz	240 948	4,2	608 666	2,9	1 168 773	1,8	2 953 336	1,4
Oberfranken	251 678	1,1	568 553	1,1	1 180 514	1,4	2 867 953	1,9
Mittelfranken	484 224	5,4	942 236	6,4	2 286 275	2,6	4 615 793	1,9
darunter Nürnberg	191 245	8,4	318 705	7,9	1 011 369	4,2	1 821 747	1,4
Unterfranken	340 162	-0,1	778 240	0,2	1 681 573	2,4	4 045 979	1,4
Schwaben	701 294	7,2	2 022 557	5,8	3 208 975	8,9	9 261 067	5,6



Straßen- und Schienenverkehr

Weniger Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juli 2017

Im Juli 2017 sank die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um 3,6%. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 36 042 Unfälle (Juli 2016: 37 375). Bei diesen Unfällen kamen in 5 481 Fällen Personen zu Schaden – gegenüber Juli 2016 ein Rückgang um 12,1%. Im Juli 2017 verunglückten weniger Ver-

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Juli 2017

Vorläufige Ergebnisse

Unfälle — Verunglückte	Juli		Veränderung		Januar bis Juli		Veränderung	
	2017	2016 ¹			2017	2016 ¹		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	36 042	37 375	- 1 333	- 3,6	231 461	229 797	1 664	0,7
dav. Unfälle mit Personenschaden	5 481	6 238	- 757	- 12,1	30 354	31 094	- 740	- 2,4
Unfälle mit nur Sachschaden	30 561	31 137	- 576	- 1,8	201 107	198 703	2 404	1,2
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	768	781	- 13	- 1,7	5 386	6 261	- 875	- 14,0
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	163	170	- 7	- 4,1	1 168	1 060	108	10,2
übrige Sachschadensunfälle	29 630	30 186	- 556	- 1,8	194 553	191 382	3 171	1,7
Verunglückte insgesamt	7 055	8 056	- 1 001	- 12,4	39 974	41 269	- 1 295	- 3,1
dav. Getötete	64	62	2	3,2	333	341	- 8	- 2,3
Verletzte	6 991	7 994	- 1 003	- 12,5	39 641	40 928	- 1 287	- 3,1
dav. Schwerverletzte	1 200	1 400	- 200	- 14,3	6 626	6 564	62	0,9
Leichtverletzte	5 791	6 594	- 803	- 12,2	33 015	34 364	- 1 349	- 3,9

1 Endgültige Ergebnisse.

kehrsteilnehmer (7 055; -12,4% gegenüber Juli 2016) als im Vorjahresmonat. Es ereigneten sich 64 Todesfälle (+3,2%), 1 200 Personen wurden schwer (-14,3%) und 5 791 leicht verletzt (-12,2%).

Im Zeitraum von Januar bis Juli 2017 ereigneten sich 231 461 Unfälle und damit 0,7% mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Anzahl der Verunglückten hingegen sank im Vergleichszeitraum um 3,1%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juli 2017“ (Bestellnummer: H1101C 201707, nur als Datei).*

Steigende Passagierzahlen an allen drei bayerischen Großflughäfen 2017

Im ersten Halbjahr 2017 starteten bzw. landeten insgesamt 220 613 Flugzeuge auf den drei bayerischen Großflughäfen* München, Nürnberg und Memmingen. Das waren 5,1% mehr als im Vorjahreszeitraum. Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamts flogen insgesamt 23,49 Millionen Passagiere von diesen drei Flughäfen ab oder landeten dort (einschließlich Durchgangsverkehr). Dies entspricht einer Steigerung um 7,9% gegenüber 2016. Das Fracht- und Postaufkommen stieg an diesen Flughäfen insgesamt um 3,9% auf 194 995 Tonnen.

An Bayerns größtem Flughafen München stieg im ersten Halb-

jahr 2017 die Zahl der Fluggäste an Bord um 6,4% auf rund 21,13 Millionen bei 193 857 Starts und Landungen (+4,1%). Drei Viertel der Ein- und Aussteiger (76,9%) kamen aus dem Ausland oder flogen ins Ausland. Das Fracht- und Postaufkommen erhöhte sich um 3,6% auf rund 190 959 Tonnen (einschließlich Transitverkehr).

In Nürnberg stieg die Zahl der Starts und Landungen um 12,2% auf 21 656. Die Passagierzahlen stiegen um 23,7% auf 1,84 Millionen. 71,2% der Fluggäste in Nürnberg waren Auslandspassagiere (Ein- und Aussteiger). Das Fracht- und Postaufkommen stieg um 20,4% auf 4 036 Tonnen.

Von den rund 517 000 Passagieren in Memmingen (+18,3%) waren fast alle Auslandsreisende. Memmingen meldete insgesamt 5 100 Starts und Landungen und damit 13,3% mehr als im Vorjahreszeitraum.

* Hauptverkehrsflughäfen mit mehr als 150 000 Fluggasteinheiten (Einsteiger und Aussteiger, je 100 kg Fracht und Post) im Jahr.

Quelle
Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verkehr – Luftverkehr – Fachserie 8 Reihe 6 – Juni 2017: www.destatis.de/Luftverkehr.

Hinweis
Die monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr beruht auf dem Verkehrsstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004 (§ 12, 1 VerkStatG).

Bayerns Hauptverkehrsflughäfen im ersten Halbjahr 2017								
Starts/Landungen ----- Passagiere ----- Fracht/Post	Flughafen							
	München		Nürnberg		Memmingen		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent
Starts und Landungen insgesamt	193 857	4,1	21 656	12,2	5 100	13,3	220 613	5,1
davon Starts	97 016	4,1	10 721	11,5	2 554	13,5	110 291	5,0
Landungen	96 841	4,1	10 935	12,8	2 546	13,2	110 322	5,2
Passagiere an Bord in 1 000	21 131	6,4	1 836	23,7	517	18,3	23 485	7,9
davon Einsteiger	10 510	6,6	920	23,4	258	18,2	11 687	8,0
davon ins Inland	2 440	4,1	264	0,8	0	10,0	2 704	3,7
ins Ausland	8 070	7,5	656	35,6	257	18,2	8 983	9,4
Aussteiger	10 608	6,7	913	24,8	259	18,4	11 779	8,1
aus dem Inland	2 447	3,7	264	1,4	0	-9,6	2 712	3,5
aus dem Ausland	8 161	7,6	648	37,7	258	18,4	9 068	9,6
Transitverkehr ¹	13	-73,9	4	-48,3	0	790,9	x	x
Fracht und Post an Bord in Tonnen	190 959	3,6	4 036	20,4	-	-	194 995	3,9
davon Einladung	106 183	2,5	1 620	4,8	-	-	107 803	2,5
Ausladung	78 774	14,4	1 472	42,0	-	-	80 246	14,8
Transitverkehr ¹	6 002	49,6	944	22,4	-	-	6 946	-45,2

1 Direkter Durchgangsverkehr (gleiche Flugnummer).

Bayerische Verkehrsunternehmen zählten im Jahr 2016 fast 1,4 Milliarden Fahrgäste

Die hochgerechnet 1 143 bayerischen Unternehmen im Schienenbahnverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr haben im Jahr 2016 bayernweit, aber auch über die bayerischen Grenzen hinaus, rund 1,4 Milliarden Fahrgäste befördert. Mit 1,38 Milliarden Fahrgästen entfielen 98,7 % auf den Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen (Entfernung bis etwa 50 Kilometer Fahrstrecke). Der Gelegenheitsverkehr (Ausflugsfahrten, Ferientourneen, Mietomnibusverkehr) verbuchte 18,5 Millionen Fahrgäste (1,3 %) und 2,1 Millionen bzw. 0,2 % der Linienfernverkehr mit Omnibussen.

Die Fahrleistung der bayerischen Unternehmen im Schienenbahnverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr lag 2016 bei fast 665 Millionen Kilometern. Drei Viertel der Fahrzeugkilometer entfielen auf den Liniennah- und -fernverkehr und 24,6 % auf den Gelegenheitsverkehr.

Für den Linienfernverkehr errechnet sich eine mittlere Reiseweite von 312,0 Kilometern, für den Liniennahverkehr von 8,0 Kilometern. Die Fahrgäste des Gelegenheitsverkehrs fuhren im Durchschnitt 276,0 Kilometer weit.

Nach regionaler Gliederung lagen die oberbayerischen Unternehmen hinsichtlich der Fahrgastzahlen sowohl im Liniennahverkehr (737,59 Millionen Fahrgäste) als auch im

Schiennahverkehr und gewerblicher Straßenpersonenverkehr in Bayern im Jahr 2016

Regierungsbezirk ¹	Fahrgäste	Personen-kilometer	Fahrzeug-kilometer	Mittlere Reiseweite
	1 000			Kilometer
Schiennah- und Liniennahverkehr				
Oberbayern	737 592	5 153 554	163 900	7,0
Niederbayern	54 389	1 326 816	43 725	24,4
Oberpfalz	97 216	1 205 136	69 064	12,4
Oberfranken	37 879	272 613	22 995	7,2
Mittelfranken	232 253	1 381 592	82 392	5,9
Unterfranken	96 253	706 168	35 445	7,3
Schwaben	123 414	974 277	59 616	7,9
Bayern insgesamt	1 378 996	11 020 157	477 137	8,0
Gelegenheitsverkehr				
Oberbayern	7 348	1 555 959	53 169	211,8
Niederbayern	2 136	747 996	23 519	350,2
Oberpfalz	2 206	555 660	16 381	251,9
Oberfranken	1 260	522 554	16 025	414,7
Mittelfranken	2 050	478 850	14 724	233,6
Unterfranken	1 241	528 310	17 227	425,7
Schwaben	2 232	708 517	22 764	317,4
Bayern insgesamt	18 472	5 097 847	163 810	276,0
Linienfernverkehr				
Bayern insgesamt	2 114	659 599	23 986	312,0

¹ Unternehmenssitz.

Gelegenheitsverkehr (7,35 Millionen Fahrgäste) deutlich vor den Unternehmen mit Sitz in anderen Regierungsbezirken. Mittelfränkische Unternehmen verzeichneten 232,25 Millionen Fahrgäste im Liniennahverkehr, gefolgt von den schwäbischen mit 123,41 Millionen Fahrgästen.

Die längste durchschnittliche Reiseweite wurde für den Liniennahverkehr mit 24,4 Kilometern in Niederbayern registriert. Die kürzesten Strecken wurden von Fahrgästen mittelfränkischer Unternehmen (5,9 Kilometer) zurückgelegt. Im Gelegenheitsverkehr liegt Unterfranken

mit 425,7 Kilometern an der Spitze, an zweiter Stelle Oberfranken mit 414,7 Kilometern.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nur bis Regierungsebene zur Verfügung.

Die Statistik wird bei größeren Unternehmen mit mindestens 250 000 beförderten Fahrgästen im Jahr 2014 als Vollerhebung, bei den kleineren Unternehmen, die 2014 weniger als 250 000 Fahrgäste befördert haben, als Stichprobenerhebung von deutschlandweit höchstens 2 500 Unternehmen durchgeführt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Der Schienenbahnverkehr und der gewerbliche Straßenpersonenverkehr in Bayern 2016“ (Bestellnummer: H1400C 201600, nur als Datei).*



Steuern

1,68 Milliarden Euro Erbschaft- und Schenkungsteuer für den Freistaat Bayern im Jahr 2016

Die bayerischen Finanzämter setzten im Jahr 2016 insgesamt 1,68 Milliarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer fest. Dies entsprach gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 28,0% bzw. 367,4 Millionen Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer fließen als Ländersteuer vollumfänglich in die Kassen der jeweiligen Bundesländer.

Insgesamt wurden 31 330 steuerpflichtige Erwerbsfälle im Jahr 2016 erfasst, dies sind 1,6% weniger als im Vorjahr. Vererbt bzw. verschenkt wurde dabei ein Vermögenswert von 17,19 Milliarden Euro (+37,7%). Nach Berücksichtigung der persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen, -begünstigungen sowie von Freibeträgen und zuzüglich eventueller Vorerwerbe verblieben steuerpflichtige Erwerbe in Höhe von 9,15 Milliarden Euro (+16,1%) zur Steuerfestsetzung.

78,4% (bzw. 1,32 Milliarden Euro) der festgesetzten Steuereinnahmen ergaben sich aus Erwerben von Todes wegen (z. B. Erbschaften, Vermächtnisse). Die 24 076 Erben zeigten den Finanzämtern einen für die Steuerfestsetzung maßgeblichen steuerpflichtigen Erwerb von 5,84 Milliarden Euro an. Daneben wurden 7 254 steuerrelevante Schenkungen erfasst. Diese führten mit einem steuerpflichtigen Erwerb von 3,31 Milliarden Euro zu einer Steuerfestsetzung von 363,4 Millionen Euro.

Sehr große Vermögensübertragungen gab es nur selten: 0,6% der Erben und Beschenkten erhielten ein steuerpflichtiges Vermögen von fünf Millionen Euro oder mehr. Mit einem Anteil von 37,5% waren sie jedoch maßgeblich an den Erbschaft- und Schenkungsteuereinnahmen des Freistaates beteiligt.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik weist nur die Vermögensübertragungen aus, für die eine Steuer festgesetzt wurde. Die Mehrzahl der tatsächlichen Erbschaften und Schenkungen liegt jedoch unterhalb der vergleichsweise hohen Freibetragsgrenzen und ist entsprechend nicht erfasst. Basis der Angaben bildet das Festsetzungsjahr 2016, d. h. der Steuerentstehungszeitpunkt des Erbschafts- oder Schenkungsfalls kann bereits in den Vorjahren eingetreten sein.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Erben und Schenken in Bayern 2016“ (Bestellnummer: L4600C 201600, nur als Datei).*



Preise und Preisindizes

Inflationsrate in Bayern im September 2017 bei 1,8%

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im September 2017 bei +1,8%; im vorangegangenen August hatte sie ebenfalls bei +1,8% gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel sind im Jahresvergleich um 3,2% ge-

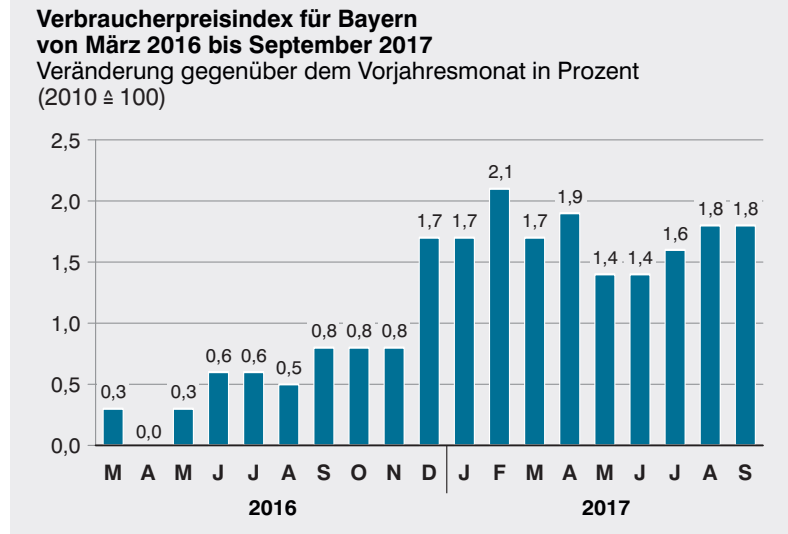
stiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Entwicklung teilweise wiederum sehr unterschiedlich. Ausgesprochen stark haben sich die Preise für Butter (+70,4%) erhöht. Verteuert haben sich zudem einzelne Molkeerzeugnisse. So sind u. a. die Preise für Sahne (+33,8%) und Quark (+28,5%) spürbar gestiegen. Auch Vollmilch (+18,2%) hat sich deut-

lich verteuert. Die Preise für Gemüse (-4,5%) hingegen sind binnen Jahresfrist spürbar gefallen. Am Energiemarkt sind die Preise für Heizöl gegenüber dem September des Vorjahres um 13,9% gestiegen. Die Preise für Kraftstoffe haben sich binnen Jahresfrist um 4,4% erhöht. Stärkere Preisnachlässe waren bei Gas (-4,8%) zu beobachten. Strom (+3,0%) hat

sich binnen Jahresfrist hingegen verteuert.

Vergleichsweise entspannt verläuft im Landesdurchschnitt weiterhin die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem September des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,6%. Niedriger als im Vorjahr waren wiederum auch im September die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. tragbare Computer (-3,8%) und digitale Kameras (-4,4%) günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise (+0,2%) im Gesamtniveau geringfügig gestiegen. Verteuert haben sich binnen Monatsfrist Kraftstoffe (+2,2%) und Heizöl (+4,6%). Mit der Umstellung auf die Herbst- und Winterkollektion sind auch die Preise für Bekleidungsartikel (+6,3%) weiter deutlich gestiegen. Noch stärker



haben sich im September (+8,1%) die Preise für Butter erhöht.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, September 2017 mit Jahreswerten von 2014 bis 2016 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201709, nur als Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2012 bis September 2017 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201709, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*

Hinweis
Diese Kurzmitteilung zum Berichtsmonat September 2017 enthält vorläufige Ergebnisse.

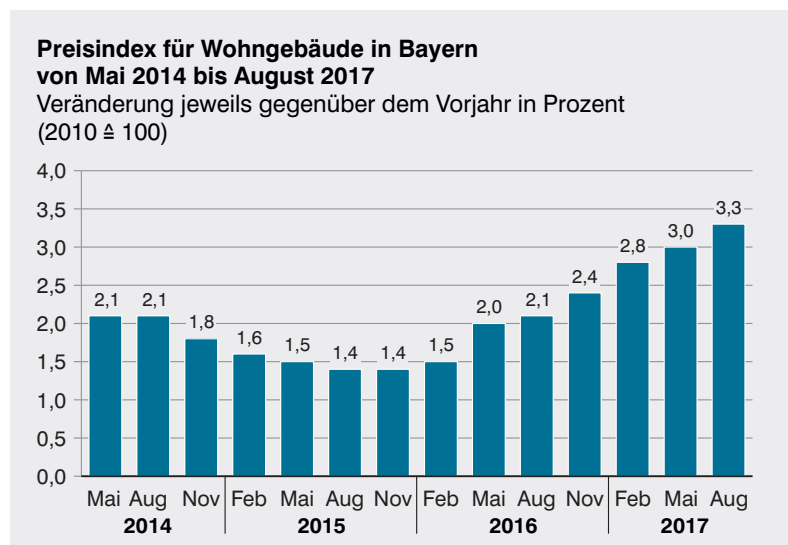
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden in Bayern im August 2017

Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden erreichte in Bayern im August 2017 einen Stand von 118,0 (2010 = 100). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat bedeutet dies eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,3%.

Im Bereich der Rohbauarbeiten stiegen die Preise im Jahresvergleich ebenfalls um 3,3%. Die höchsten Zuwachsraten waren binnen Jahresfrist bei Gerüstarbeiten (+7,6%) sowie bei Erdarbeiten (+6,2%) zu verzeichnen.

Bei den Ausbauarbeiten erhöhten sich die Preise gegenüber



August 2016 um 3,4%. Dabei war die Preisentwicklung der einzelnen

Bauarbeiten zum Teil unterschiedlich. Überdurchschnittlich erhöh-

ten sich die Preise für Estricharbeiten (+6,1%) sowie für Arbeiten an vorgehängten hinterlüfteten Fassaden (+6,1%), während die Preise für Fliesen- und Plattenarbeiten nur um 1,0% stiegen.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke – 3. Vierteljahr 2017“ (Bestellnummer: M14003 201743, Preis der Druckausgabe: 5,10 €).*



Verdienste und Arbeitszeiten

Bruttoverdienste der Vollzeitbeschäftigten in Bayern im zweiten Quartal 2017 um 2,8% gestiegen

In Bayern lag der Bruttomonatsverdienst (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im zweiten Quartal 2017 im Durchschnitt bei 3 951 Euro. Die durchschnittlich bezahlte wöchentliche Arbeitszeit betrug 39,2 Stunden.

Zwischen den einzelnen Branchen bestanden größere Unterschiede im Verdienstniveau. Auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte reichte die Spanne des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes von 2 435 Euro im Gastgewerbe bis hin zu 5 149 Euro, die bei der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen erzielt wurden. In dem für Bayern wirtschaftlich bedeutsamen Bereich

des Verarbeitenden Gewerbes fielen die Bruttomonatsverdienste mit 4 303 Euro überdurchschnittlich hoch aus. Hierunter fällt unter anderem der Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, in dem Vollzeitbeschäftigte im zweiten Quartal 2017 durchschnittlich auf 5 135 Euro brutto je Monat kamen.

Gemessen am Index der Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war gegenüber dem Vorjahresquartal ein Verdienstzuwachs in Höhe von 2,8% zu verzeichnen. Im Produzierenden Gewerbe wurde dabei eine höhere Steigerungsrate als im Dienstleistungsbereich festgestellt (3,2% gegenüber 2,6%).

Hinweis
Diese Zahlen sind Ergebnisse der vierteljährlich durchgeführten Verdiensterhebung. In einer repräsentativen Stichprobe werden rund 5 000 bayerische Betriebe (und andere örtliche Einheiten wie Niederlassungen von Körperschaften, Stiftungen etc.) aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der privaten Haushalte befragt.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 2. Quartal 2017“ (Bestellnummer: N1100C 201742, nur als Datei).*



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder

Bruttoinlandsprodukt in Bayern legte im ersten Halbjahr 2017 überdurchschnittlich zu

Im ersten Halbjahr 2017 expandierte die bayerische Volkswirtschaft überdurchschnittlich stark. Aufgrund erster, vorläufiger Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Länder“ erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 preisbereinigt um 2,5%. Damit lag es

um einen halben Prozentpunkt höher als die Zunahme des BIP in Deutschland insgesamt.

Überdurchschnittlich fiel das Wachstum auch in den Bundesländern Bremen (+3,5%) und Rheinland-Pfalz (+2,6%) aus. Etwas zurück blieben die Länder Saarland (+0,9%), Sachsen-Anhalt (+0,8%)

sowie Brandenburg (+0,6%). Die alten Bundesländer (ohne Berlin) entwickelten sich mit einer BIP-Zunahme um 2,1% in etwa genauso wie Deutschland insgesamt, in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) fiel das BIP-Wachstum mit 1,2% schwächer aus.

Bei den hier für das erste Halbjahr 2017 vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um eine erste, vorläufige Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die den Berechnungen zugrunde liegende Datenbasis drei Monate nach dem Ende des Berichtszeitraums naturgemäß noch dünn ist, sodass zu späteren Rechenständen Änderungen der Wachstumsraten und auch in der Reihenfolge der Bundesländer möglich sind.

Weitere Ergebnisse zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können auf der Homepage des AK VGRdL unter www.vgrdl.de oder unter www.statistik.bayern.de/statistik/vgr/ abgerufen werden.

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern		
Entwicklung im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem ersten Halbjahr 2016		
Land — Gebiet	Bruttoinlandsprodukt	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung 1. Halbjahr 2017 gegenüber 1. Halbjahr 2016 in Prozent	
Baden-Württemberg	2,9	2,1
Bayern	3,5	2,5
Berlin	2,7	1,6
Brandenburg	2,3	0,6
Bremen	4,7	3,5
Hamburg	3,4	2,0
Hessen	2,7	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	3,5	1,3
Niedersachsen	3,7	2,1
Nordrhein-Westfalen	3,3	2,0
Rheinland-Pfalz	4,0	2,6
Saarland	2,3	0,9
Sachsen	2,5	1,3
Sachsen-Anhalt	2,6	0,8
Schleswig-Holstein	3,2	1,7
Thüringen	3,0	1,7
Deutschland	3,2	2,0
darunter nachrichtlich		
Alte Bundesländer		
ohne Berlin	3,3	2,1
einschließlich Berlin	3,3	2,1
Neue Bundesländer		
ohne Berlin	2,7	1,2
einschließlich Berlin	2,7	1,3

Quelle: „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Erste bundesweite Musikfestivalstatistik veröffentlicht – Festivalzeit in Deutschland



Der Juli ist die Festivalzeit schlechthin in Deutschland. Wie das Hessische Statistische Landesamt mitteilt, bot gut ein Drittel aller Musikfestivals und -festspiele 2015 mindestens eine Veranstaltung im Juli an – mehr als in jedem anderen Monat. Dabei wurde ein breites Spektrum von Musikstilen auf die Bühnen gebracht. Den größten Anteil unter allen Veranstaltungen hatten die Rock- (12,0%) sowie die Barock/Klassik-Festivals und -Festspiele (11,7%). Etwas weniger häufig war Jazz der dominierende Musikstil (8,0%).

Neben der hauptsächlichen Musikrichtung wurden bei den Musikfestivals und -festspielen meist auch weitere Stile gespielt. So waren Kombinationen aus Rock- und Popmusik (35,6% aller Veranstaltungen mit mindestens zwei Musikrichtungen), Rock und Punk (24,7%) sowie Jazz und Weltmusik (20,6%) besonders beliebt. Durchschnittlich konnten die Besucherinnen und Besucher einer Veranstaltung vier verschiedene Genres hören.

Der Besuch eines Musikfestivals kostete 2015 im Durchschnitt 24,22 Euro. Dabei reichte der durchschnittliche Eintrittspreis von 16,13 Euro bei den Bluesfestivals bis zu 53,30 Euro für Veranstaltungen, die vorrangig Opern oder Operetten darboten.

Insgesamt besuchten rund 32 Millionen Menschen die Musikfestivals und -festspiele.

Diese und weitere Ergebnisse wurden nun erstmals in einer Erhebung unter den Veranstaltern der bedeutendsten Musikfestivals und -festspiele in Deutschland im Jahr 2015 gewonnen. Die Erhebung wurde vom Hessischen Statistischen Landesamt im Rahmen des Projektes „Aufbau einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik“ im Auftrag der Kultusministerkonferenz sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien durchgeführt.

Hinweis

Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland, Ausgabe 2017“ ist im Juli 2017 erschienen und zum kostenfreien Download eingestellt unter www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/Musikfestivals.pdf

Quelle

Pressemitteilung des Hessischen Statistischen Landesamts Nr. 133/2017 vom 3. Juli 2017.

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2016

Dipl.-Kfm. Christoph Hackl

Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften verringerte sich im Jahr 2016 um 241,1 Millionen Euro auf 13 287,4 Millionen Euro. Je Einwohner ergaben sich somit Schulden in Höhe von 1 035 Euro. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Vergleichen für die kommunale Verschuldung eines Landes herangezogen werden, beliefen sich in Bayern auf 12 201,0 Millionen Euro oder 950 Euro je Einwohner. Die Eigenbetriebe haben ihre Verbindlichkeiten um 33,3 Millionen Euro auf 4 101,8 Millionen Euro verringert; die nicht in selbstständiger Rechtsform geführten Krankenhäuser dagegen erhöhten diese um 24,0 Millionen Euro auf 99,6 Millionen Euro. Einschließlich dieser Sondervermögen lag der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften bei 17 488,8 Millionen Euro. Weiterhin bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 2 006,6 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 14 655,1 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Der von den kommunalen Körperschaften selbst getragene planmäßige Schuldendienst (Zinsen und/oder Tilgung) wurde mit 1 355,3 Millionen Euro festgestellt. Schuldendiensthilfen in Höhe von 22,0 Millionen Euro wurden den kommunalen Körperschaften von Dritten gewährt. Schuldenaufnahmen in Höhe von 1 747,0 Millionen Euro standen Tilgungen von 1 974,1 Millionen Euro gegenüber. Bei den Eigenbetrieben und bei den Krankenhäusern der kommunalen Körperschaften wurden neue Fremdmittel in Höhe von 359,6 Millionen Euro bzw. 34,3 Millionen Euro beschafft; deren Tilgungen lagen bei 355,6 Millionen Euro bzw. 5,8 Millionen Euro.

Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbstständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig, also brutto, im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen Betriebe mit eige-

ner, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfasst die Schuldenstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der sonstigen, aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbstständiger Form geführten Einheiten sowie für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder und kommunale Körperschaften mit mehr als 50% des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Der

Tab. 1 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2016 nach Art der Schulden

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon						Zweck- verbände ¹	Verwal- tungs- gemein- schaften
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon						
			kreisfreie Städte	kreis- angehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke			
Millionen €									
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich									
Wertpapiere	100,6	100,6	100,6	-	-	-	-	-	-
Kredite bei									
Kreditinstituten	12 730,6	11 798,2	3 841,2	5 902,9	1 967,2	86,9	884,8	47,6	
sonstigem inländischen Bereich	302,9	302,1	284,6	9,8	2,0	5,7	0,8	-	
sonstigem ausländischen Bereich									
Euro-Währung	0,1	0,1	-	0,1	-	-	-	-	
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-	-	-	
Zusammen	13 134,2	12 201,0	4 226,4	5 912,9	1 969,2	92,5	885,6	47,6	
Schulden beim öffentlichen Bereich									
Schulden									
beim Bund	0,9	0,9	0,0	0,9	-	0,0	-	-	
der gesetzlichen Sozialversicherung	0,3	0,3	-	0,3	-	-	-	-	
bei sonst. öffentl. Sonderrechnungen	20,7	8,7	-	4,9	3,5	0,3	12,0	-	
bei Ländern	6,6	6,5	1,0	4,8	0,5	0,3	0,1	-	
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	33,5	1,9	-	1,2	0,1	0,6	31,1	0,5	
bei Zweckverbänden und dgl.	0,8	0,8	-	0,8	-	-	-	-	
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	90,4	86,2	68,3	0,9	16,9	-	4,2	-	
Zusammen	153,2	105,3	69,4	13,8	21,0	1,1	47,4	0,5	
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	13 287,4	12 306,3	4 295,7	5 926,6	1 990,3	93,7	932,9	48,1	
darunter Kassenkredite	196,0	187,6	80,7	72,9	24,0	10,0	6,2	2,2	
Weitere Verbindlichkeiten									
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	313,2	308,2	208,5	33,1	66,6	0,0	4,7	0,3	
Bürgschaften									
Haftungssumme insgesamt	3 649,2	3 578,4	1 277,7	1 126,6	899,0	275,1	70,8	-	
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte									
Hypotheken-, Grund- u. Rentenschulden	31,1	31,1	9,3	21,8	-	-	-	-	
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	199,6	174,3	35,9	131,6	6,9	-	24,8	0,5	
Finanzierungsleasing	33,2	33,1	3,5	24,1	5,5	-	0,1	0,1	
Zusammen	264,0	238,5	48,6	177,5	12,4	-	24,9	0,6	
nachrichtlich: ÖPP ² -Projekte nach ESVG ³	98,0	95,1	0,7	74,6	19,7	-	2,9	-	
Schulden der Eigenbetriebe									
Schulden									
beim nicht-öffentlichen Bereich	3 883,0	3 883,0	2 738,6	1 083,4	61,0	-	-	-	
beim öffentlichen Bereich	218,8	218,8	106,0	92,2	7,3	13,3	-	-	
Zusammen	4 101,8	4 101,8	2 844,6	1 175,6	68,3	13,3	-	-	
Schulden der Krankenhäuser⁴									
Schulden									
beim nicht-öffentlichen Bereich	65,9	65,9	26,8	0,9	33,8	4,4	-	-	
beim öffentlichen Bereich	33,7	33,7	0,2	0,9	30,2	2,5	-	-	
Zusammen	99,6	99,6	27,0	1,7	64,0	6,9	-	-	

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

2 Öffentlich-private Partnerschaften.

3 Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

4 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Schulden aus emittierten Wertpapieren und beim nicht-

öffentlichen Bereich aufgenommenen Schuldscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten wird als Ver-

schuldung beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Nach der Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mit enthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten, wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen), ÖPP¹-Projekte, Energie-Contracting, Schuldenübernahmen und die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Dort wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes² der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich³ und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbstständigen Einrichtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbstständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen dann nicht in die Berechnung ein.

Weiterer Schuldenabbau im Berichtsjahr

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2016 beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 13 287,4 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 1,8% oder 241,1 Millionen Euro geringer geworden. Die Verschuldung je Einwohner⁴ lag bei 1 035 Euro; sie verringerte sich gegenüber dem Jahr 2015 um 27 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums ent-

fielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 92,6% oder 12 306,3 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 7,0% oder 932,9 Millionen Euro und auf die Verwaltungsgemeinschaften 0,4% oder 48,1 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 32,3% oder 4 295,7 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 44,6% oder 5 926,6 Millionen Euro, die Landkreise 15,0% oder 1 990,3 Millionen Euro und die Bezirke 0,7% oder 93,7 Millionen Euro zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstandes der einzelnen Körperschaftsgruppen verlief im Berichtszeitraum unterschiedlich. Während die Zweckverbände (+0,1%) und die kreisfreien Städte (+0,2%) die Schulden in ihren Kernhaushalten kaum veränderten, gab es bei den kreisangehörigen Gemeinden (-2,8%), den Landkreisen (-3,8%) und den Bezirken (-7,8%) Rückgänge zu verzeichnen. Lediglich bei den Verwaltungsgemeinschaften war eine deutliche Erhöhung des Schuldenstandes (+16,5%) festzustellen.

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände seit 1980 bzw. 1981 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden bei den Jahren 2010 bis 2016 die Kassenkredite herausgerechnet.

Schuldenrückgang bei den kreisangehörigen Gemeinden stärker als bei den kreisfreien Städten

Innerhalb der kreisfreien Städte erhöhten diejenigen mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden um 1,5% oder 36,7 Millionen Euro. Die Verschuldung je Einwohner nahm um 6 Euro auf 1 120 Euro (+0,5%) zu. Die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern wiesen einen Rückgang um 11 Euro auf 1 197 Euro (-0,9%) auf. Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern steigerten ihren Schuldenstand um 169 Euro auf 1 122 Euro (+17,7%). Die Städte mit unter 50 000 Einwohnern hatten bei einem Schuldenstand von 1 148 Euro je Einwohner mit einem Minus von 267 Euro weniger Schulden gegenüber dem Vorjahr (-18,8%) (vgl. Tabelle 2).

1 Öffentlich-private Partnerschaften.

2 Artikel 104c Absatz 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

3 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die evtl. vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.

4 Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember 2016 auf die Bevölkerungszahlen zum 31. Dezember 2015 bezogen.

Abb. 1
Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980
 in Milliarden Euro

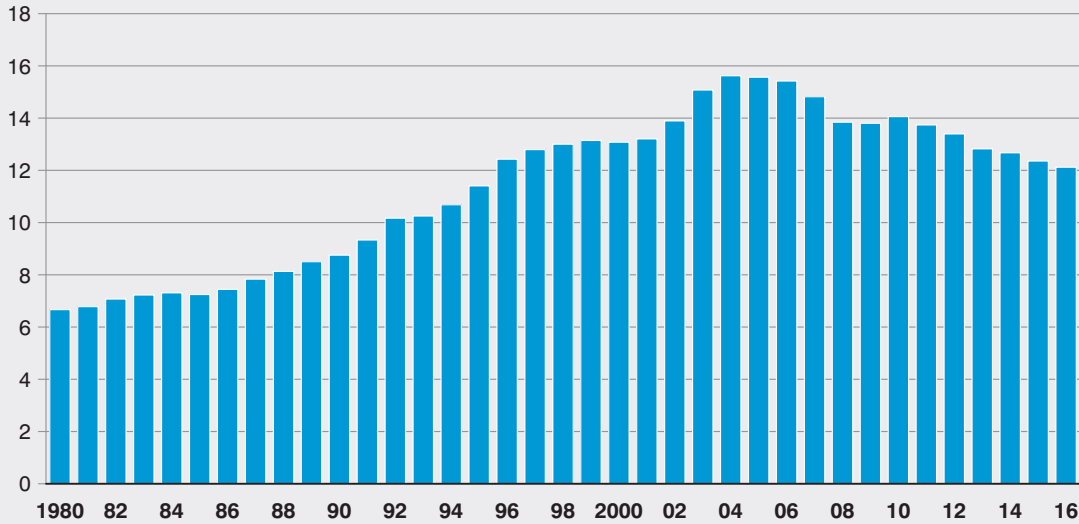
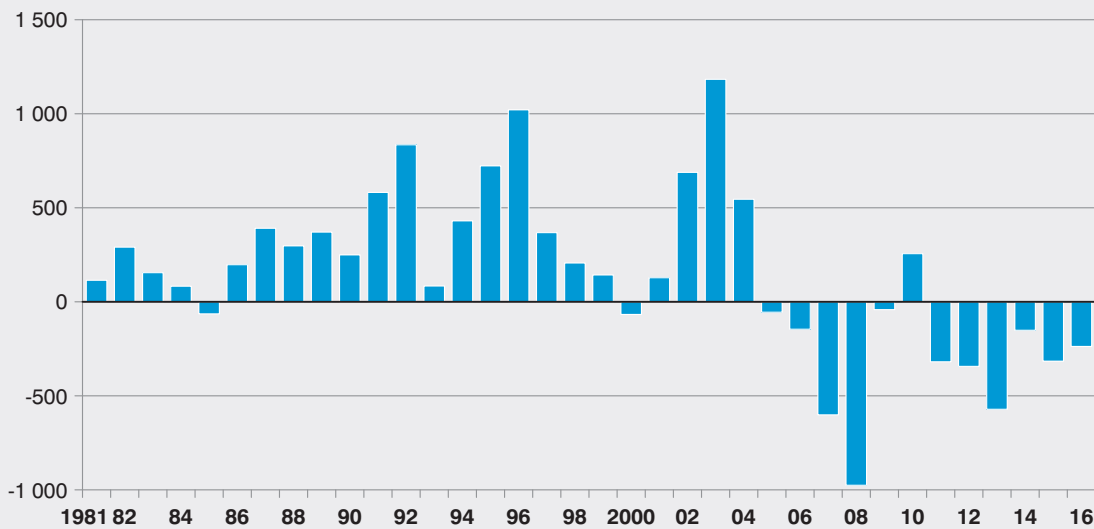


Abb. 2
Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981
 in Millionen Euro



Bei den kreisangehörigen Gemeinden war in allen Gemeindegrößenklassen ein Abbau des Schuldenstandes zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenabbau um 2,8%. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern reduzierten die Verschuldung um 4,4% von 736,2 Millionen Euro auf 703,7 Millionen Euro und die Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 1,6% von 1 513,6

Millionen Euro auf 1 489,6 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern verringerten ihre Schulden um 0,9% von 1 661,4 Millionen Euro auf 1 647,0 Millionen Euro, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 5,6% von 1 037,8 Millionen Euro auf 979,3 Millionen Euro, die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um 3,1% von 1 076,5 Millionen Euro auf 1 043,6 Mil-

Tab. 2 Schulden und Schuldendienst der kommunalen Körperschaften in Bayern 2016 nach Gemeindegrößenklassen

Körperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand ¹ am 31. Dezember				Planmäßiger Schuldendienst ²			
	einschließlich		ohne		einschließlich		ohne	
	Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen				Schuldendiensthilfen ³			
	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern								
200 000 oder mehr	4 488,0	1 998	2 517,0	1 120	191,3	85	191,3	85
100 000 bis unter 200 000	1 172,4	1 846	760,2	1 197	49,7	78	49,7	78
50 000 bis unter 100 000	904,6	1 757	577,9	1 122	50,3	98	50,3	98
unter 50 000	602,3	1 569	440,6	1 148	38,6	101	38,6	101
Zusammen	7 167,3	1 896	4 295,7	1 136	329,8	87	329,8	87
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 099,3	901	703,7	577	68,1	56	67,1	55
10 000 bis unter 20 000	2 054,9	967	1 489,6	701	150,6	71	148,6	70
5 000 bis unter 10 000	1 812,0	793	1 647,0	721	190,8	84	188,6	83
3 000 bis unter 5 000	1 009,5	634	979,3	615	128,3	81	125,7	79
1 000 bis unter 3 000	1 064,9	620	1 043,6	607	136,3	79	133,5	78
unter 1 000	63,4	518	63,4	518	8,3	68	8,0	65
Zusammen	7 104,0	784	5 926,6	654	682,4	75	671,5	74
Landkreise	2 122,5	234	1 990,3	220	245,0	27	243,8	27
Bezirke	113,9	9	93,7	7	11,5	1	11,5	1
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	16 507,7	1 285	12 306,3	958	1 268,7	99	1 256,6	98
Zweckverbände ⁴	932,9	73	932,9	73	104,4	8	94,5	7
Verwaltungsgemeinschaften	48,1	24	48,1	24	4,2	2	4,2	2
Insgesamt	17 488,8	1 362	13 287,4	1 035	1 377,3	107	1 355,3	106

1 Schulden beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.

2 Ohne Schuldendienst der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

3 Schuldendienstbeträge, die von Dritten geleistet oder ersetzt wurden.

4 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

tionen Euro sowie die Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern um 12,1% von 72,1 Millionen Euro auf 63,4 Millionen Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, überwiegend sind in den Gemeindeklassen jedoch Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr aufgetreten: Die Anzahl der Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern nahm um sechs Gemeinden ab, während die der Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern sowie die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um jeweils eine Gemeinde zunahm. Die Anzahl der Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern nahmen um drei zu. Die Anzahl der Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern ist gleich hoch geblieben, während die der Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern um eine mehr wurden. Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner besser geeignet. Auch bei dieser Betrachtungsweise nahmen in allen Gemeindegrößenklassen die Schulden ab: In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern verringerten sich diese um 7,9% oder 44 Euro, in den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000

Einwohnern verringerten sie sich um 3,1% oder 19 Euro, in den Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 5,8% oder 38 Euro, in den Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 1,9% oder 14 Euro, in den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 2,0% oder 14 Euro sowie in der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern um 6,9% oder 43 Euro.

Verschuldung ganz überwiegend beim nicht-öffentlichen Bereich

Die 13 134,2 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nicht-öffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 96,9% (Vorjahr 98,2%) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich waren Wertpapiere (0,8%) oder kam vom sonstigen in- und ausländischen Bereich (2,3%). Die Verschuldung beim öffentlichen Bereich bezifferte sich auf 153,2 Millionen Euro. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften die verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 90,4 Millionen Euro, gefolgt von den Gemeinden/Gemeindeverbänden mit 33,5 Millionen Euro

und den sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen mit einem Kreditvolumen von 20,7 Millionen Euro sowie dem Land Bayern mit 6,6 Millionen Euro.

Nachfrage nach Kassenkrediten insgesamt niedriger

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2016 kurzfristige, nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 196,0 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 13,7 Millionen Euro oder 6,5% niedriger als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte, die im Vorjahr mit 80,2 Millionen Euro 38,3% aller von den kommunalen Körperschaften aufgenommenen Kassenkredite beanspruchten, ließen sich 80,7 Millionen Euro – also 0,5 Millionen Euro mehr – Überbrückungskredite im Jahr 2016 gewähren. Die kreisangehörigen Gemeinden waren bei einem Stand von 72,9 Millionen Euro und einem Minus von 25,6% weniger mit Kassenkrediten belastet als ein Jahr zuvor. Relativ stark wurden von den Landkreisen die beanspruchten Kassenkredite um 126,4% auf 24,0 Millionen Euro ausgeweitet. Bei den Bezirken dagegen wurden wie bereits im Vorjahr wieder 10,0 Millionen Euro an Kassenkrediten verzeichnet. Die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände verringerten ihre Kassenkredite auf einen Stand von 6,2 Millionen Euro (-3,6 Millionen Euro), während die Verwaltungsgemeinschaften entsprechende Verbindlichkeiten um 1,2 Millionen Euro bzw. 115,4% auf 2,2 Millionen Euro ausweiteten.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, d.h. die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften und aus Schulden von Leasingverträgen haben sich im Berichtszeitraum von 239,5 Millionen Euro auf 264,0 Millionen Euro erhöht. Die Restkaufgelder nahmen um 12,3% auf 199,6 Millionen Euro zu. Die Schulden aus Leasingverträgen verringerten sich von 34,8 Millionen Euro auf 33,2 Millionen Euro; Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden erhöhten sich um 15,8% auf 31,1 Millionen

Euro. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtstellen der Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraums geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte schlugen mit 98,0 Millionen Euro zu Buche. Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen erhöhten sich um 215,7 Millionen Euro auf 3 649,2 Millionen Euro. Diese potenziellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen.

Über die Schuldensituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z. B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten, um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerten Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbstständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zurechenbaren Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldensituation des auslagernden öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbstständigen Unternehmen der kommunalen Körperschaft verteilen. Für die ausgegliederten Bereiche wurde deshalb durch die amtliche Statistik für die Erhebung zum 31. Dezember 2012 erstmals eine Zuordnung der Schulden nach Eignern oder Trägern vorgenommen⁵, danach aber wieder ausgesetzt, solange keine sicherere methodische Basis für die Zuordnung geschaffen ist. Vor 2012 wurden allerdings bereits die Schulden ihrer Eigenbetriebe entsprechend zugeordnet.

In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors nach dem ESVG 1995 werden alle kaufmännisch buchenden Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden gehen

5 Detaillierte Ergebnisse können dem Statistischen Bericht „Staats- und Kommunalschulden in Bayern am 31. Dezember 2012“ entnommen werden (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen).

auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die Kenngröße „Schulden“ nicht mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionierung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte haften jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen.

Schuldenstand der Eigenbetriebe gesunken

Im Berichtszeitraum verringerte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 33,3 Millionen Euro von 4 135,0 Millionen Euro auf 4 101,8 Millionen Euro. Während die Eigenbetriebe der kreisangehörigen Gemeinden, der Landkreise und der Bezirke ihre Schuldenstände reduzierten, gab es bei den Eigenbetrieben der kreisfreien Städte eine Steigerung ihrer Schuldenlast. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 99,6 Millionen Euro, 24,0 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 65,9 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und 33,7 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen waren mit 64,2% überwiegend Schulden der Landkreise. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbstständigen Krankenhäuser.

Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug zusammen 4 201,4 Millionen Euro. Davon waren 94,0% Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körper-

schaften und von ihren Eigenbetrieben bzw. Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von 17 488,8 Millionen Euro oder 1 362 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Hier ergibt sich zum 31. Dezember 2016 ein Schuldenstand von 12 201,0 Millionen Euro oder 950 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr lauteten die Vergleichszahlen 12 460,0 Millionen Euro und 978 Euro je Einwohner.

Schulden außerhalb der Kernhaushalte insgesamt deutlich höher

Neben den bisher beschriebenen Schulden bei den Kernhaushalten und Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 2 006,6 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 14 655,1 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Schulden um insgesamt 7,5%.

Schuldendiensthilfen angestiegen

Zur Bedienung ihrer Verpflichtungen aus Darlehensverträgen benötigten 2016 die Haushalte der kommunalen Körperschaften 1 377,3 Millionen Euro und damit 43,3 Millionen Euro weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle 2). Die durchschnittliche Belastung je Einwohner in Bayern durch den planmäßigen Schuldendienst verringerte sich von 111 Euro auf 107 Euro. Aus eigenen Mitteln brachten die kommunalen Körperschaften 1 355,3 Millionen Euro oder 98,4% der fälligen Ausgaben für Zinsen und Tilgung auf. Die restlichen Zahlungen in Höhe von 22,0 Millionen Euro übernahmen in Form von Schuldendiensthilfen Dritte, insbesondere der Freistaat. Im Berichtsjahr wurden diese um 5,6 Millionen Euro erhöht. 2006 beliefen sich diese Hilfen auf 14,5 Millionen Euro und deckten 0,9% des planmäßigen Schuldendienstes der kommunalen Körperschaften (2016: 1,6%). Die bereitgestellten Schuldendiensthilfen kamen zu 49,8% den kreisangehörigen Gemeinden, zu 45,0% den Zweckverbänden und zu 5,3% den Landkreisen zugute. Die kreisfreien Städte und die Bezirke erhielten keine Schuldendiensthilfen, die Verwaltungs-

gemeinschaften erhielten fast keine Schuldendiensthilfen (0,0%). Zusätzlich zu ihren entsprechend den Darlehensbedingungen zu erbringenden Leistungen (planmäßiger Schuldendienst), tilgten die kommunalen Körperschaften 943,5 Millionen Euro außerplanmäßig. Diese freiwilligen Mehrleistungen haben sich im Vergleich zu 2015 (829,8 Millionen Euro) um 13,7, % erhöht.

Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung⁶ weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

Insgesamt mehr Schuldenaufnahmen

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nicht-öffentlichen und

beim öffentlichen Bereich 1 747,0 Millionen Euro an Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 11,1 % oder 175,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Zugenommen haben die Schuldenaufnahmen bei den kreisfreien Städten um 117,5 Millionen Euro (+19,0%) und bei den kreisangehörigen Gemeinden um 8,4 Millionen Euro (+1,4%), weiterhin bei den Landkreisen um 46,3 Millionen Euro (+20,9%), bei den Bezirken um 6,5 Millionen Euro (+362,4%) und bei den Verwaltungsgemeinschaften um 3,4 Millionen Euro (+56,3%). Nur bei den Zweckverbänden nahmen sie um 6,8 Millionen Euro (-6,0%) ab. Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum beim nicht-öffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 1 734,9 Millionen Euro stellten zu 89,6% (2015: 95,7%) Kreditinstitute be-

⁶ Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schuldenzu- und -abgängen (einschließlich sonstiger Berichtigungen).

Tab. 3 Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2016

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon						
		Gemeinden und Gemeindeverbände	davon				Zweckverbände ¹	Verwaltungsgemeinschaften
			kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
Millionen €								
Schuldenaufnahmen								
Wertpapiere	–	–	–	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	1 554,5	1 445,3	562,6	618,3	261,9	2,6	100,2	8,9
sonstigem inländischen Bereich	180,4	180,4	172,6	2,2	–	5,7	–	–
sonstigem ausländischen Bereich								
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 734,9	1 625,8	735,2	620,5	261,9	8,2	100,2	8,9
Schulden beim öffentlichen Bereich	12,1	6,0	0,0	0,7	5,2	–	5,6	0,5
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 747,0	1 631,7	735,2	621,2	267,1	8,2	105,8	9,4
Außerdem								
Schulden der Eigenbetriebe	359,6	359,6	268,5	81,5	9,6	–	–	–
Schulden der Krankenhäuser ²	34,3	34,3	14,5	0,8	19,1	–	–	–
Schuldentilgungen								
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	1 947,6	1 849,4	725,9	758,0	349,4	16,1	92,6	5,7
sonstigem inländischen Bereich	6,1	5,9	4,9	1,1	–	–	0,2	–
sonstigem ausländischen Bereich								
Euro-Währung	0,6	0,6	0,6	–	–	–	–	–
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 954,4	1 856,0	731,4	759,1	349,4	16,1	92,7	5,7
Schulden beim öffentlichen Bereich	19,8	13,5	0,1	4,9	8,4	0,1	6,3	–
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 974,1	1 869,5	731,5	764,0	357,8	16,2	99,0	5,7
Außerdem								
Schulden der Eigenbetriebe	355,6	355,6	247,6	97,2	10,8	0,1	–	–
Schulden der Krankenhäuser ²	5,8	5,8	2,4	0,5	1,6	1,3	–	–

¹ Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

² Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

reit. Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig“ Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig“ Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig“ werden Kredite mit einer Laufzeit von fünf Jahren oder mehr bezeichnet. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 79,6% aus langfristigen, zu 15,1% aus kurzfristigen und zu 5,3% aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der kurzfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zugunsten der mittel- und langfristigen Mittel abgenommen. Die Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 359,6 Millionen Euro (2015: 382,5 Millionen

Euro) und bei den Krankenhäusern auf 34,3 Millionen Euro (2015: 9,8 Millionen Euro).

Auch Schuldentilgung hat zugenommen

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 1 974,1 Millionen Euro um 55,5 Millionen Euro höher als im Vorjahr aus. Beim nicht-öffentlichen Bereich wurden 1 954,4 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 19,8 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten mit 355,6 Millionen Euro um 16,7 Millionen Euro weniger Rückzahlungen von Fremdmitteln; die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 5,8 Millionen Euro, dies waren 43,6 Tausend Euro mehr als im Vorjahr.

Wohnen in Deutschland im Spiegel von Mikrozensus und EU-SILC*

Eine Gegenüberstellung zweier amtlicher Haushaltsbefragungen

Dipl.-Soz. Britta Heiles, Dr. Christina Wübbeke

Sowohl der Mikrozensus als auch die deutsche „European Union Statistics on Income and Living Conditions“ (EU-SILC) zielen darauf ab, bevölkerungsrepräsentative Daten über die Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland zu gewinnen. Dazu erheben beide amtlichen Haushaltsbefragungen auch Informationen zu den Wohnverhältnissen. Worin sich diese Datenangebote inhaltlich und methodisch voneinander unterscheiden, soll der vorliegende Beitrag in den Grundzügen aufzeigen. Zu Beginn werden Konzept und methodisches Design der beiden Erhebungen im Überblick dargestellt. Darauf aufbauend folgt ein Vergleich der jeweiligen Fragenprogramme zum Thema „Wohnen“. Im letzten Teil werden spezifische Charakteristika beider Datengrundlagen anhand ausgewählter Ergebnisse veranschaulicht: Dargestellt werden Befunde zur Verbreitung von Wohneigentum und zur Wohnkostenbelastung. Dabei wird gezeigt, dass die Ergebnisse von Mikrozensus und EU-SILC aus methodischen Gründen nur bedingt miteinander vergleichbar sind und der Teufel bei der Interpretation bestimmter Indikatoren oft im Detail steckt.

Steckbriefe: das Wichtigste zu Mikrozensus und EU-SILC in aller Kürze

Auch wenn sich beide Erhebungen in ihrem Themenspektrum ähneln, unterscheiden sie sich doch wesentlich in Konzept, Methodik und den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen voneinander. Zudem sind ihre Fragenprogramme auch an den Stellen, an denen sie sich inhaltlich decken, (noch) nicht vollständig harmonisiert, sodass direkte Ergebnisvergleiche oft schwierig sind.¹ Einen ersten Überblick über die wichtigsten Differenzen vermittelt die Gegenüberstellung der Steckbriefe beider Befragungen in Abbildung 1.

Hauptaufgabe des Mikrozensus ist es, Politik, Verwaltung und Wissenschaft zentrale sozioökonomische Strukturdaten für Deutschland in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung zur Verfügung zu stellen.² Dies umfasst zum einen Daten über die Bevölkerungsstruktur, darunter differenzierte Angaben zum Migrationshintergrund und zu den Haushalts- und Familienzusammenhängen. Zum anderen bietet der Mikrozensus vielfältige Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung:

zu Einkommen, Altersvorsorge, Kindertagesbetreuung, Schule, Studium, Aus- und Weiterbildung, Beruf, Erwerbsbeteiligung, Erwerbstätigkeit, Arbeitssuche und Wohnsitz. Da die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (EU) in den Mikrozensus integriert ist, bilden arbeitsmarktbezogene Fragen einen besonderen Schwerpunkt. So speist sich aus den Daten des Mikrozensus (und aus denen der Bundesagentur für Arbeit) die amtliche Arbeitsmarktstatistik, weshalb diese Erhebung für die Arbeitsmarktbeobachtung in Deutschland eine wichtige Rolle spielt. Das jährliche Standardprogramm des Mikrozensus wird ergänzt durch wechsell-

* Der Beitrag basiert auf dem Vortrag „Wohnen in Deutschland. Amtliche Statistiken im Überblick“ von Elisabeth Seitz, Britta Heiles und Dr. Christina Wübbeke auf den StatistikTagen Bamberg|Fürth 2017 (s. „Bayern in Zahlen“ Heft 09/2017). Dort wurden neben den beiden hier beschriebenen Datengrundlagen auch die Bautätigkeitsstatistiken als weitere wichtige Datenquelle zum Thema „Wohnen“ vorgestellt.

¹ Dies wird sich allerdings ab 2020 ändern, da dann Mikrozensus, EU-SILC und die „Befragung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien“ (IKT-Erhebung) als eine gemeinsame, integrierte Erhebung durchgeführt werden.

² Vgl. Lüttinger/Riede 1997.

de Zusatzmodule unter anderem zu den Themen „Pendlerverhalten“, „Gesundheit“ und „Wohnsituation“, die jeweils nur alle vier Jahre erhoben werden. Seinen besonderen Stellenwert für Politik und Wissenschaft verdankt der Mikrozensus insbesondere seiner Größe: Er ist Europas größte jährliche Haushaltsbefragung mit einem Stichprobenumfang von einem Prozent der Bevölkerung Deutschlands. Befragt werden jährlich rund 830 000 Personen in etwa 370 000 privaten Haushalten und Gemeinschaftsunterkünften. Für einen Großteil der Fragen besteht Auskunftspflicht, sodass systematische Antwortausfälle und die damit verbundene Selektivität der Stichprobe besonders gering sind. Der Mikrozensus gilt daher als eine relativ gute Zufallsstichprobe und er liefert vergleichsweise verlässliche Daten auch für diejenigen Personengruppen, die in freiwilligen Haushaltsbefragungen typischerweise nur schwer erreicht werden können (z. B. Selbstständige und Alleinerziehende). Wegen seiner beträchtlichen Stichprobengröße und der geringen Selektivität besitzt er große Bedeutung für die Vorbereitung, Durchführung, Hochrechnung und Kontrolle vieler amtlicher und nichtamtlicher Stichprobenerhebungen. Zudem erlaubt er regionale Auswertungen, die in Bayern bis hinunter zu den 22 „regionalen Anpassungsschichten“ (Einheiten von durchschnittlich ungefähr 500 000 Einwohnern) und in anderen Bundesländern sogar bis auf Kreisebene möglich sind. Der Mikrozensus wird seit 1957 erhoben. Er ist als rotierendes 4-Jahres-Panel angelegt, bei dem jedes Jahr ein Viertel der Stichprobe durch ein neues Viertel ersetzt wird, sodass für jedes Rotationsviertel ein maximal vierjähriger Längsschnitt gebildet werden kann.

Während der Mikrozensus belastbare Strukturdaten für Deutschland in hoher fachlicher und regionaler Differenzierung bietet, richtet die Erhebung EU-SILC den Fokus auf Europa: Ihr Datenangebot umfasst europaweit harmonisierte statistische Informationen zur Einkommenslage und den Lebensbedingungen der Menschen in den Mitgliedstaaten der EU. Ländervergleichende Analysen sind für alle EU-Staaten sowie einige Nicht-EU-Staaten³ möglich – je nach Erhebungsjahr für bis zu 34 Länder. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Erfassung von Armut und sozialer Ausgrenzung. So gründet die hohe politische Bedeutung dieser amtlichen Statistik insbe-

sondere in ihrer Rolle als Datenlieferant für die Messung des Fortschritts der EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – eines der fünf Kernziele der „Europa 2020“-Strategie. Gestärkt wird ihr politischer Stellenwert dadurch, dass ihre Armutsindikatoren künftig auch relevant sein werden für die Verteilung der Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), aus denen allein an Deutschland innerhalb einer siebenjährigen Förderperiode Gelder in zweistelliger Milliardenhöhe fließen.⁴ Aus wissenschaftlicher Sicht bedeutsam ist, dass EU-SILC die Umsetzung mehrdimensionaler Untersuchungsansätze bei der Analyse von Armut oder sozialer Ungleichheit erlaubt. So umfasst das Spektrum ihrer Themen neben der sehr detaillierten Abfrage des Einkommens auch materielle Deprivation, Bildung, Arbeitsmarkteteiligung, Kinderbetreuung, soziale und kulturelle Teilhabe, Gesundheit und Wohnen. Jährlich wechselnde Zusatzmodule ergänzen wie beim Mikrozensus das jährliche Standardfragenprogramm. Mit rund 13 000 befragten Haushalten pro Jahr erreicht EU-SILC in Deutschland nur ein Dreißigstel der Größe des Mikrozensus und kann daher nicht für regionale Analysen unterhalb der Ebene der Bundesländer verwendet werden. Private Haushalte nehmen an EU-SILC freiwillig teil und erhalten dafür eine Geldprämie. Die daraus resultierenden methodischen Effekte sind ambivalent: Einerseits ist anzunehmen, dass Haushalte, die sich freiwillig zur Teilnahme entschließen und dafür auch finanziell belohnt werden, selbst stärker an der Qualität ihrer Angaben interessiert sind als das bei Auskunftspflichtigen im Mittel der Fall sein dürfte. In dieser Hinsicht könnte die Datenqualität somit besser sein. Andererseits leidet EU-SILC wie alle freiwilligen Befragungen unter Verzerrungen durch hohe systematische Antwortausfälle bei speziellen Bevölkerungsgruppen, wie z. B. Selbstständigen, Studierenden, Ausländern, Haushalten mit niedrigem oder hohem Einkommen, Jüngeren und Personen mit niedriger oder mittlerer Bildung. EU-SILC weicht aufgrund dieser Ausfälle („Unit-Nonresponse“) vom Ideal einer perfekten Zufallsstichprobe deutlich ab. Anders als der Mikrozensus kann EU-SILC nicht auf eine sehr lange Tradition zurückblicken: In Europa wird sie seit 2003 und in Deutschland seit 2005 erhoben. Wie der Mikrozensus ist auch sie als rotierendes 4-Jahres-Panel konstruiert.

3 Zu den an EU-SILC teilnehmenden Nicht-EU-Mitgliedern gehören Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Serbien und Mazedonien.

4 Laut Auskunft der Europäischen Kommission „(...) wurden Deutschland für den Förderzeitraum 2014 bis 2020 insgesamt 27,87 Milliarden Euro an ESIF-Mitteln zugewiesen. Einschließlich des nationalen Mindestbeitrags von 16,7 Milliarden Euro steht Deutschland ein Gesamtbudget in Höhe von 44,58 Milliarden Euro für Investitionen in Bereichen wie Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen, soziale Eingliederung, Forschung und Innovation sowie Energieeffizienz und Umwelt zur Verfügung“ (Quelle: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/what/investment-policy/esif-country-factsheet/esif_funds_country_factsheet_de_de.pdf, zuletzt heruntergeladen am 21.09.2017).

Abb. 1
Gegenüberstellung der Erhebungen „Mikrozensus“ und „EU-SILC“

	Mikrozensus	EU-SILC
Zweck	bevölkerungsrepräsentative Daten für Deutschland in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung zu: <ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsstruktur • wirtschaftlicher und sozialer Lage der Bevölkerung • Bildung • Arbeitsmarkt 	EU-weit vergleichbare Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen privater Haushalte mit den Schwerpunkten: <ul style="list-style-type: none"> • Armut, soziale Ausgrenzung • soziale Ungleichheit
Stichprobenumfang	jährliche Befragung von 1 % der Bevölkerung in Deutschland (rund 370.000 Haushalte)	jährliche Befragung von ca. 0,033 % der Bevölkerung in Deutschland (rund 13.000 Haushalte)
Grad der Freiwilligkeit der Teilnahme	Auskunftspflicht für einen Großteil der Fragen <ul style="list-style-type: none"> • sehr geringe Selektivität → daher relativ gute Zufallsstichprobe 	freiwillige Teilnahme (Geldprämien) <ul style="list-style-type: none"> • Annahme: tendenziell höhere Qualität der Angaben • aber systematisch erhöhter Unit-Nonresponse in bestimmten Bevölkerungsgruppen → daher Abweichungen vom Ideal der Zufallsstichprobe
Geographische Abdeckung	Deutschland Themenbereich „Arbeitsmarkt“: alle EU-Staaten	alle EU-Staaten + einige Nicht-EU-Staaten → bis zu 34 Länder
Regionale Ergebnisse	kleinräumige Daten auf Ebene der „regionalen Anpassungsschichten“ (Einheiten von Ø 500.000 Einwohnern) in Bayern; in anderen Bundesländern bis auf Kreisebene	kleinste Einheit: Bundesländer
Startjahr	1957	2003 (Deutschland: 2005)
Längsschnitt	rotierendes 4-Jahres-Panel	rotierendes 4-Jahres-Panel
Jährliches Fragenprogramm	nur wenige Angaben zum Thema „Wohnen“	umfangreiche Angaben zum Thema „Wohnen“; Schwerpunkt: Wohnqualität, wohnbezogene Belastungen
Zusatzmodule zu den Wohnbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> • seit 1998 alle 4 Jahre • letzte Befragung 2014 • mit Auskunftspflicht 	<ul style="list-style-type: none"> • 2007 und 2012 • 2018: Wohnungsnot • freiwillig

Fragenprogramme zum Thema „Wohnen“: Vergleich zwischen Mikrozensus-Zusatzerhebung 2014 und jährlichem EU-SILC-Programm

Um die Erhebungsinhalte beider Datensätze zum Thema „Wohnen“ miteinander zu vergleichen, wird

beim Mikrozensus auf die Zusatzerhebung zur Wohnsituation zurückgegriffen. Diese wird seit 1998 alle vier Jahre mit Auskunftspflicht erhoben, zuletzt im Jahr 2014. Grund für den Rückgriff auf die Zusatzerhebung ist, dass Befragte im jährlichen Stan-

dardprogramm des Mikrozensus nur sehr wenige Informationen zu ihren Wohnverhältnissen angeben müssen. Durch die Zusatzerhebung „Wohnsituation“ werden die als Totalzählung durchgeführten amtlichen Gebäude- und Wohnungszählungen ergänzt und aktualisiert. Dabei werden neben Daten zum Bestand und zur Struktur der Wohnungen und Wohngebäude auch Informationen zur Wohnsituation von Haushalten erhoben.

Bei EU-SILC nimmt das Thema „Wohnen“ auch im jährlichen Fragenprogramm relativ breiten Raum ein. Da die Erhebung auf die Erfassung der Lebensbedingungen ausgerichtet ist, stehen im Themenbereich „Wohnen“ vor allem die Qualität der Wohnbedingungen und die mit dem Wohnen zusammenhängenden Belastungen im Vordergrund. Betrachtet wird im Folgenden nur das EU-SILC-Standardprogramm; dagegen bleiben die in den Jahren 2007 und 2012 erhobenen EU-SILC-Zusatzmodule zu den Wohnbedingungen sowie das für 2018 geplante Zusatzmodul zur Wohnungsnot außer Acht.

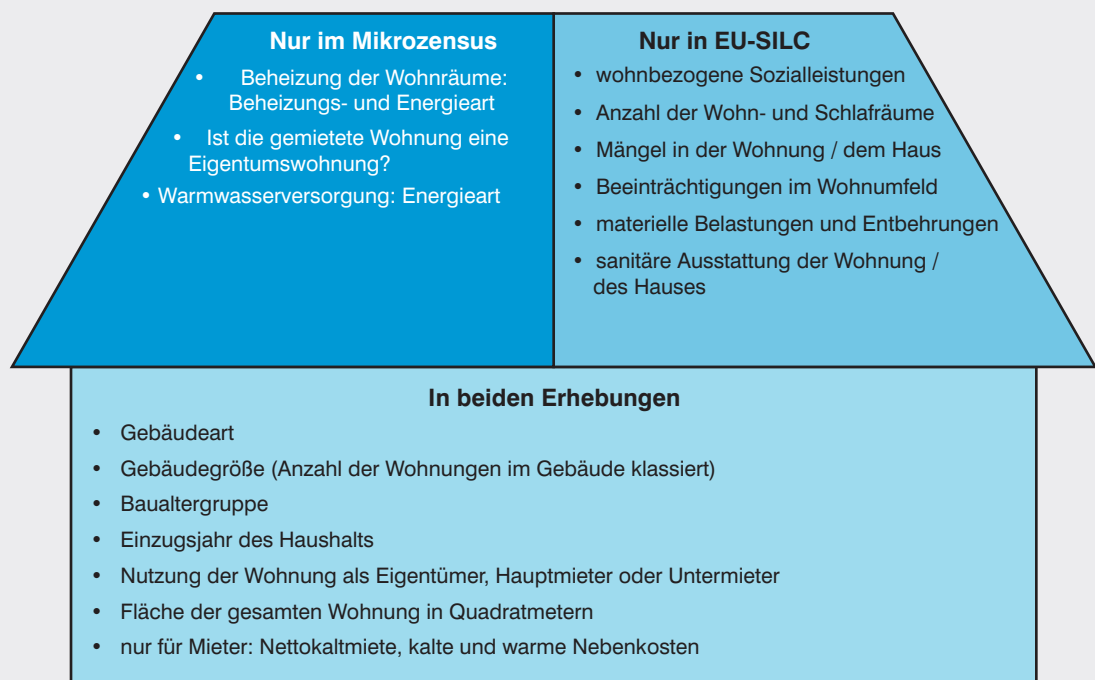
Die Schnittmenge der beiden Fragenprogramme bilden vor allem grundlegende Strukturinformationen

(vgl. Abbildung 2). Dazu gehören die Gebäudegröße (gemessen an der Anzahl der Wohnungen), die Baualtersgruppe, das Einzugsjahr des Haushalts, die Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter und die Fläche der gesamten Wohnung in Quadratmetern. Zusätzlich werden in beiden Befragungen die Wohnkosten von Mietern erfasst: die Nettokaltmiete sowie die kalten und warmen Nebenkosten. Zu den kalten Nebenkosten oder Betriebskosten zählen u. a. Beträge für Wasser, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Hausmeister, Hausverwaltung, Kabelanschluss und öffentliche Lasten wie Grundsteuer oder Gebäudeversicherungen. Die warmen Nebenkosten beinhalten die Kosten oder Umlagen für Heizung und Warmwasserbereitung. Zusätzlich erhebt EU-SILC im Rahmen der Wohnkosten auch die Stromkosten für die Beleuchtung und den Betrieb von Elektrogeräten in der eigenen Wohnung. Der Mikrozensus klammert diese Ausgaben hingegen aus.

Exklusiv nur im Mikrozensus-Zusatzmodul wird nach der Beheizungsart der Wohnräume⁵ sowie der dafür eingesetzten Energieart(en) gefragt. Letztere werden analog auch für die Warmwasserversorgung erhoben. Ebenfalls eine nur im Mikrozensus gestellte

5 Hier wird unterschieden nach Fernheizung, Block-/Zentralheizung, Etagenheizung oder Einzel-/Mehrraumöfen.

Abb. 2
Daten zum Thema Wohnen



Frage lautet, ob es sich bei der vom Haushalt gemieteten Wohnung um eine Eigentumswohnung handelt. Umgekehrt erfasst nur EU-SILC Angaben zu folgenden Themen:

- Bezug wohnungsbezogener Sozialleistungen: Dazu gehören das Wohngeld und die „Kosten der Unterkunft“ in der Grundsicherung.
- Mängel in der Wohnung oder dem Haus: Hier wird abgefragt, ob und welche Feuchtigkeitsschäden es in der selbst bewohnten Wohnung / dem Haus gibt und ob die Wohnräume ausreichend Tageslicht haben.
- Beeinträchtigungen im Wohnumfeld: Hier geht es um Beeinträchtigungen durch Lärm, Umweltverschmutzung, Kriminalität, Gewalt und Vandalismus im Wohnumfeld.
- Auf das Wohnen bezogene materielle Belastungen und Entbehrungen: Dazu gehören z. B. die Belastung durch Wohnkosten; etwaige Probleme, die Wohnung angemessen warm zu halten; Zahlungsrückstände bei Mietzahlungen, bei der Rückzahlung von Hypotheken oder den Rechnungen für Strom, Heizkosten oder Wasser.
- Sanitäre Ausstattung der Wohnung oder des Hauses: Hier wird erfragt, ob es in der Wohnung eine Badewanne oder Dusche sowie eine Toilette zur alleinigen Nutzung durch den Haushalt gibt.
- Wohnkosten der Wohneigentümer und Baufinanzierung: Zu den Wohnkosten von Eigentümern gehören die kalten und warmen Betriebskosten, Hypothekenzinsen und Ausgaben für die Instandhaltung der Wohnung oder des Hauses. Berücksichtigt werden nur die tatsächlichen Kosten, also keine fiktiven Mietzahlungen. Darüber hinaus werden Angaben zur Baufinanzierung und zur Erbpacht erhoben.

Ausgewählte Ergebnisse zum Thema „Wohnen“ Wohneigentümerquoten 2014

Anhand der Wohneigentümerquote lassen sich die spezifischen Stärken beider Erhebungen gut aufzeigen: Dieser Indikator ist Bestandteil des Veröffentlichungsprogramms beider Statistiken, doch nur EU-SILC bietet hier vergleichbare Werte für die Länder Europas und nur der Mikrozensus verlässliche Ergebnisse für die Regionen Bayerns bis hinunter zu den 22 bayerischen „Anpassungsschichten“.

Beim Blick auf die Europakarte (vgl. Abbildung 3) wird die Sonderstellung Deutschlands und der Schweiz deutlich: Nirgendwo sonst war Wohneigentum im Jahr 2014 so wenig verbreitet und der Mietwohnungsmarkt umgekehrt so groß. Nur 45% der Bevölkerung in der Schweiz und 53% der Menschen in Deutschland wohnten demnach in den eigenen vier Wänden. Im EU-Schnitt (EU-28) lag die Wohneigentümerquote dagegen bei 70%. Umgekehrt lebte in Rumänien fast die gesamte Bevölkerung (96%) im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung. Auch in Norwegen mit einer Quote von 84% und den übrigen Ländern Osteuropas mit Quoten von meist deutlich über 80% besaßen besonders viele Menschen Wohneigentum. Die hohe Verbreitung des Wohneigentums in Osteuropa wird in der Literatur unter anderem auf eine spezifische Entwicklung im Rahmen der Transformationsprozesse dieser Länder von sozialistischen Plan- in kapitalistische Marktwirtschaften zurückgeführt. So erhielten damals viele Mieter im Zuge der Privatisierung des staatlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsbestands die Möglichkeit, ihre eigene Wohnung zu einem sehr günstigen Preis zu kaufen.⁶

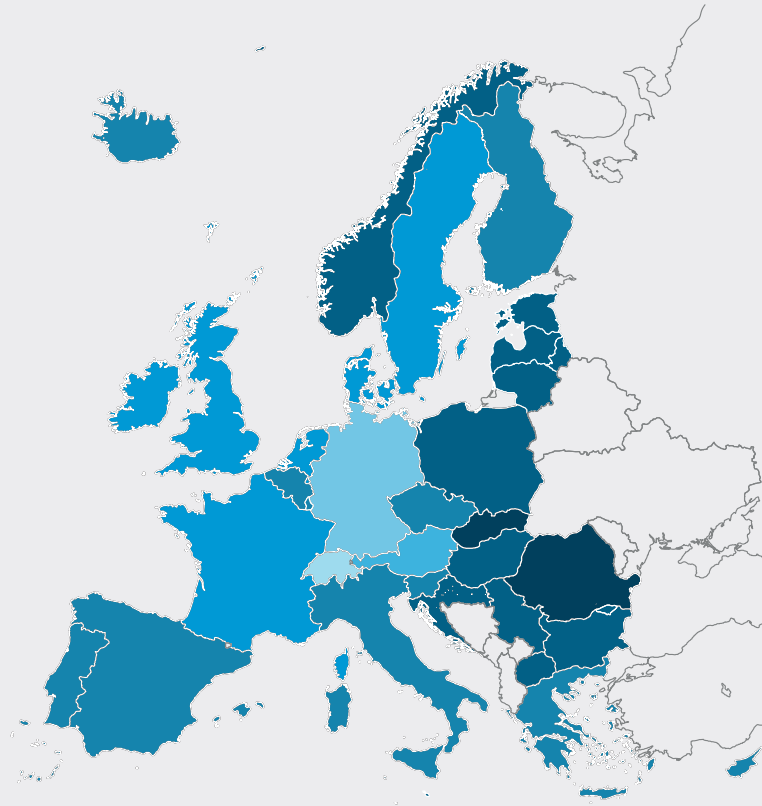
Blickt man auf Bayern, zeigt sich ein weiteres, typisches Muster: In den hochverdichteten Räumen war Wohneigentum im Jahr 2014 weit weniger verbreitet als in den meisten ländlichen Gegenden. So lag die Wohneigentümerquote in der Stadt München nur bei 25%, in Nürnberg bei 31% und in Augsburg bei 34%. Aber auch im Speckgürtel um München und in der Alpenregion wohnten nur relativ wenige Menschen in den eigenen vier Wänden. Umgekehrt gab es die meisten Wohneigentümer in den ländlichen Teilen Schwabens: In den Landkreisen Aichach-Friedberg, Augsburg, Dillingen a.d. Donau und Donau-Ries erreichten die Wohneigentümerquoten bayernweit die höchsten Werte mit durchschnittlich rund 65%.

Auch wenn es die beiden Kartendarstellungen in Abbildung 3 anders suggerieren, messen die Wohneigentümerquoten aus Mikrozensus und EU-SILC nicht exakt dasselbe: Die Mikrozensus-Quoten beziehen sich auf Wohnungen und geben jeweils den Anteil der von Eigentümern bewohnten Wohnungen

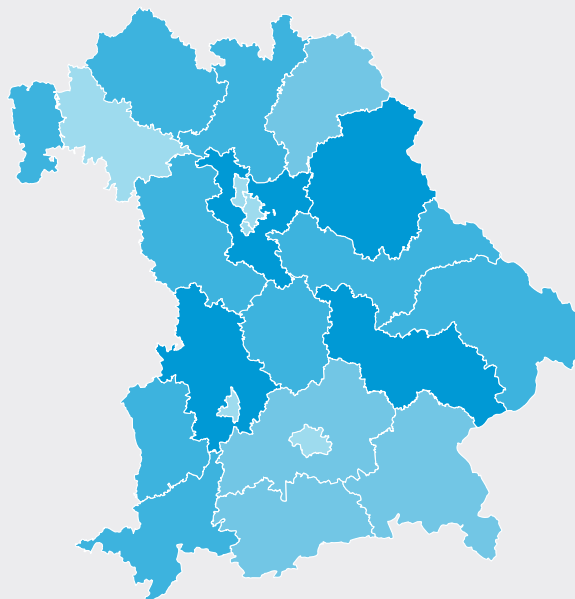
⁶ Vgl. Noll 2009: 3 und die dort zitierte Literatur.

Abb. 3
Wohneigentümerquoten 2014

EU-SILC
Europa



Mikrozensus
Bayerische Anpassungsschichten



Wohneigentümerquote
in Prozent

unter 50
50 bis unter 55
55 bis unter 60
60 bis unter 70
70 bis unter 80
80 bis unter 90
90 oder mehr

an allen bewohnten Wohnungen an. Die EU-SILC-Quoten dagegen beziehen sich auf Personen und bilden jeweils den Anteil der in Wohneigentum lebenden Personen an der Bevölkerung ab. Im Ergebnis weist der Mikrozensus für Deutschland im Jahr 2014 eine Wohneigentümerquote von 46%, EU-SILC hingegen von 53% aus. In dieser Diskrepanz spiegelt sich die Tatsache wider, dass eher größere Haushalte Wohneigentum besitzen.⁷

Mietbelastungsquoten 2014

Ähnlich, aber nicht gleich – das gilt auch für die Mietbelastungsquoten, welche die amtliche Statistik aus beiden Erhebungen errechnet und ausweist. Laut Mikrozensus wendeten die Haushalte in Deutschland im Jahr 2014 im Mittel 27,2% ihres Einkommens für die Mietkosten auf, laut EU-SILC waren es dagegen nur 22,5%. Der Grund für diese Abweichung liegt vor allem in der unterschiedlichen Berechnung der Quoten (vgl. Abbildung 4): Im Mikrozensus wird die Quote gebildet als Quotient aus Bruttokaltmiete und Haushaltsnettoeinkommen, bei EU-SILC hingegen als Quotient aus Nettokaltmiete und dem „verfügbaren Haushaltseinkommen“. Die Bruttokaltmiete umfasst die Grundmiete sowie alle kalten Betriebskosten wie Wasser, Abwasser oder Müllabfuhr (siehe auch weiter oben). Die Nettokaltmiete beinhaltet demgegenüber nur die Grundmiete, sodass der

Zähler der EU-SILC-Mietbelastungsquote in der Regel niedriger ausfällt als bei dem entsprechenden Indikator des Mikrozensus.

Auch die Nenner der beiden Quoten unterscheiden sich: Der Mikrozensus fragt das Haushaltsnettoeinkommen in Klassen ab. Um daraus die Mietbelastungsquote zu berechnen, werden je nach Variante jeweils die untere oder obere Klassengrenze oder die Klassenmitte verwendet. Im dargestellten Beispiel ist es die Klassenmitte. In EU-SILC dagegen wird für jede Einkommensart der genaue Betrag abgefragt. Das Haushaltsbruttoeinkommen wird dann durch Aggregation aller Einzeleinkommen des Haushalts und seiner Mitglieder gebildet und daraus das verfügbare Haushaltseinkommen berechnet. Letzteres ist dabei nicht genau deckungsgleich mit dem Haushaltsnettoeinkommen, denn neben Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen werden gemäß der Konzeption von Eurostat auch noch regelmäßige Vermögenssteuern und regelmäßige Geldtransfers an andere private Haushalte vom Bruttoeinkommen abgezogen, um das verfügbare Haushaltseinkommen zu erhalten. Diese Abweichungen in der Berechnung führen dazu, dass beide Mietbelastungsquoten nicht unmittelbar miteinander vergleichbar sind.⁸

7 Vgl. Noll 2009: 3.

8 Beiden Mietbelastungsquoten gemein ist, dass wohnungsbezogene Sozialleistungen als Teil des Haushaltseinkommens berücksichtigt werden. Vgl. dazu den Abschnitt „Wohnkostenbelastungsquoten 2015“.

Abb. 4
Ähnlich, aber nicht gleich: Mietbelastungsquoten 2014 in Mikrozensus und EU-SILC

	Mikrozensus	EU-SILC
Mittlere Mietbelastungsquote	27,2 %	22,5 %
Berechnung der Mietbelastungsquote	$\frac{\text{Bruttokaltmiete}}{\text{Haushaltsnettoeinkommen}}$	$\frac{\text{Nettokaltmiete}}{\text{verfügbares Haushaltseinkommen}}$
Zähler	Bruttokaltmiete: Grundmiete und kalte Betriebskosten (ohne Heiz- und Warmwasserkosten)	Nettokaltmiete: Grundmiete ohne jegliche Nebenkosten
Nenner	Haushaltsnettoeinkommen, erhoben in Klassen: Berechnungsvarianten mit unterer oder oberer Klassengrenze oder mit Klassenmitte hier: Klassenmitte	Verfügbares Haushaltseinkommen: Haushaltsnettoeinkommen abzüglich <ul style="list-style-type: none"> • regelmäßige Vermögenssteuern • regelmäßige Geldtransfers an andere private Haushalte

Wohnkostenbelastungsquoten 2015

Wie sehr es bei der Interpretation von Indikatoren auf deren genaue Berechnungsweise ankommt, zeigt auch das folgende Beispiel, auf das Sigismund (2013) hingewiesen hat. In diesem Fall geht es nicht um den Vergleich zwischen Mikrozensus und EU-SILC, sondern um die Gegenüberstellung von zwei unterschiedlichen Konzepten zur Berechnung der Wohnkostenbelastung innerhalb von EU-SILC. Das Augenmerk liegt dabei auf der Art und Weise, wie jeweils wohnungsbezogene Sozialleistungen berücksichtigt werden, in Deutschland also Wohngeld oder die „Kosten der Unterkunft“ in der Grundsicherung (vgl. Abbildung 5).

Die erste Quote (Eurostat-Kennung: *ilc_mdcd01*) definiert diese Sozialleistungen als Teil des verfügbaren Haushaltseinkommens. Diese Betrachtungsweise lässt sich mit der Praxis in Deutschland begründen, wohnungsbezogene Sozialleistungen in der Regel an den leistungsberechtigten Haushalt und nicht den Vermieter auszus zahlen, sodass diese Sozialtransfers dem Haushalt zunächst als Einkommen zur Verfügung stehen. Das zweite Konzept (Eurostat-Kennung: *ilc_lvho08a*) setzt dagegen am Zweck der wohnungsbezogenen Sozialleistungen an, die Wohnkosten eines Haushalts zu reduzieren. Quote 1 er-

rechnet sich daher als Quotient aus Wohnkosten und verfügbarem Haushaltseinkommen, inklusive wohnungsbezogener Sozialleistungen. Bei der 2. Quote werden dagegen im Zähler die Sozialleistungen von den Wohnkosten abgezogen. Dafür zählen diese Sozialleistungen dann aber nicht als Haushaltseinkommen, sodass sie aus dem verfügbaren Einkommen im Nenner herausgerechnet werden.

Verdeutlicht werden soll dies anhand des folgenden Beispiels: Die Wohnkosten eines fiktiven Haushalts sollen 600 Euro betragen, sein Einkommen 1 200 Euro und die im Rahmen der Grundsicherung gewährten „Kosten der Unterkunft“ 450 Euro. Dann errechnet sich die erste Quote als Quotient aus den Wohnkosten von 600 Euro, dividiert durch die Summe aus 1 200 Euro (Einkommen) und 450 Euro („Kosten der Unterkunft“). Daraus ergibt sich eine Wohnkostenbelastungsquote von 36%. In der zweiten Variante werden im Zähler die „Kosten der Unterkunft“ in Höhe von 450 Euro von den Wohnkosten in Höhe von 600 Euro abgezogen und im Nenner dafür nur das eigene Einkommen des Haushalts berücksichtigt. Daraus resultiert eine Belastungsquote von nur noch 13%. Beide Quoten differieren also vom Betrag her deutlich, obwohl die finanzielle Lage des Haushalts jeweils genau dieselbe ist.

Abb. 5
Wohnkostenbelastung: (über-)mäßig?

EU-SILC- Wohnungsbelastungsquote 1	EU-SILC- Wohnungsbelastungsquote 2
„Wohnungsbezogene Sozialleistungen sind Einkommen“	„Wohnungsbezogene Sozialleistungen reduzieren die Wohnkosten“
$\frac{\text{Wohnkosten}}{\text{verfügbares Haushaltseinkommen}}$	$\frac{\text{Wohnkosten} - \text{Sozialleistungen}}{\text{verfügbares Haushaltseinkommen} - \text{Sozialleistungen}}$
$\frac{600 \text{ € Wohnkosten}}{1200 \text{ € Einkommen} + 450 \text{ € KdU}} = 36 \%$	$\frac{600 \text{ € Wohnkosten} - 450 \text{ € KdU}}{1200 \text{ € Einkommen}} = 13 \%$
arithmetisches Mittel	Median
Belastungsquoten für D 2015: armutsgefährdete Bevölkerung 51,2 %	Belastungsquoten für D 2015: armutsgefährdete Bevölkerung 41,1 %
Gesamtbevölkerung 27,3 %	Gesamtbevölkerung 21,6 %

Zudem unterscheiden sich beide Quoten auch in der Mittelwertberechnung: Während Indikator 1 die individuellen Belastungsquoten mithilfe des arithmetischen Mittelwertes zu einer Kennzahl verdichtet, verwendet Indikator 2 dafür den Median. Wie unterschiedlich das Bild ist, das beide Quoten von der Wohnkostenbelastung in Deutschland zeichnen, zeigt ein Blick auf die konkreten Zahlen. So weist Indikator 1 für die armutsgefährdete Bevölkerung⁹ in Deutschland im Jahr 2015 eine mittlere Wohnkostenbelastung von 51,2% aus, Indikator 2 hingegen von nur 41,1% – und dies auf Basis exakt derselben Befragungsdaten. Auch bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind die Unterschiede mit 27,3% versus 21,6% noch deutlich erkennbar, wenn auch schwächer ausgeprägt, da Haushalte, die Wohngeld oder „Kosten der Unterkunft“ beziehen, in der Gesamtbevölkerung deutlich weniger ins Gewicht fallen.

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Datenangebote von Mikrozensus und EU-SILC trotz einiger gemeinsamer Erhebungsmerkmale sehr deutlich

voneinander differieren, was Konzeption, Methodik und Fragenprogramme betrifft. Dabei sind Ergebnisvergleiche auch im Bereich der inhaltlichen Schnittmenge beider Statistiken oft schwierig: zum einen, weil Frageformulierungen teilweise voneinander abweichen, zum anderen, weil einige Indikatoren im Detail unterschiedlich definiert sind und daher trotz ihrer Ähnlichkeit Unterschiedliches messen.

Literatur

Lüttinger, Paul/Riede, Thomas (1997): Der Mikrozensus: amtliche Daten für die Sozialforschung. In: ZUMA-Nachrichten 41, Jg. 21, November 1997, S. 19–45.

Noll, Heinz-Herbert (2009): Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 41, S. 1–7.

Sigismund, Markus (2013): Wohnkosten und Wohnkostenbelastung. Unterschiedliche Perspektiven, Berechnungen und Ergebnisse, Vortrag auf der Tagung des Bundesarbeitskreises Wohnungsmarktbeobachtung, 10./11. Dezember 2013.

⁹ Armutsgefährdet sind gemäß der Eurostat-Definition Personen in Privathaushalten, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der gesamten Bevölkerung auskommen müssen. Als mittleres Einkommen wird dabei der Median des Nettoäquivalenzeinkommens herangezogen. Das Nettoäquivalenzeinkommen gibt das rechnerische Pro-Kopf-Einkommen von Haushaltsmitgliedern an. Für dessen Berechnung wird eine bedarfsabhängige Gewichtung (nach modifizierter OECD-Skala) vorgenommen: Die erste Person erhält ein Gewicht von 1,0, jede weitere Person ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 Jahren jeweils ein Gewicht von 0,3. Das Nettoäquivalenzeinkommen ergibt sich dann als Ergebnis der Division des Haushaltsnettoeinkommens durch die Summe der Gewichte.

Gastbeitrag*

Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten Befunde und Auswirkungen auf künftige Versorgungsausgaben

Dr. Felix zur Nieden, Dr. Alexandros Altis

Die Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten beeinflusst künftige Versorgungsausgaben für Pensionen und Beihilfeleistungen. Bei Vorausberechnungen dieser Kosten gilt es etwaige Unterschiede zur Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen. Dieser Beitrag legt dar, wie die Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten zu diesem Zweck ermittelt und vorausberechnet wurde. Es zeigt sich, dass Beamtinnen und Beamte eine höhere Lebenserwartung haben als Frauen und Männer der Gesamtbevölkerung. Berücksichtigt man diesen Vorteil, ergeben sich hierdurch bis zu 11 % höhere Versorgungsausgaben auf Bundesebene. Trotz dieses Effektes ist aufgrund der Privatisierungen bei der Deutschen Bahn und der Deutschen Post in der Vergangenheit tendenziell mit einem Rückgang der künftigen Versorgungsausgaben zu rechnen.

1 Einleitung

Die Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten bestimmt die Bezugsdauer der Pensionen und somit auch die Gesamtzahl der (künftigen) Pensionärinnen und Pensionäre des öffentlichen Dienstes. Ebenso beeinflusst sie die Dauer, während der Beihilfeleistungen¹ in Anspruch genommen werden. Um die entsprechenden Staatsausgaben systematisch planen zu können, ist es deshalb unerlässlich, etwaige Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen Beamtinnen und Beamten und der Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen.

Bisherige Befunde zur Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten sind rar. Vorhandene Studien deuten auf eine höhere Lebenserwartung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hin. Dies gilt sowohl für eine Untersuchung auf Basis von Vollerhebungen (Himmelsreicher und andere, 2008) sowie für Studien, die auf Surveydaten beruhen (Luy, 2006; Luy und andere, 2015). Für das Alter von 65 Jahren quantifizieren Himmelsreicher und andere (2008) den Vorteil in der ferneren Lebenserwartung für das Jahr 2003 auf 2,0 Jahre für Pensionäre im Vergleich zu Männern, die eine gesetzliche Rente empfangen. Luy und andere (2015) hatten für den Zeitraum 1991/1993 bei Beamten einen Vorsprung in der Le-

benserwartung von 0,6 Jahren im Alter 65 und von 1,1 Jahren im Alter 40 gegenüber Männern der Gesamtbevölkerung ermittelt. Für Beamtinnen haben die vorgenannten Autoren einen deutlichen höheren Vorteil in der ferneren Lebenserwartung errechnet. Er beträgt gegenüber Frauen der Gesamtbevölkerung 4,4 Jahre im Alter 65 und sogar 5,6 Jahre im Alter 40. Beide Untersuchungen weisen zudem eine mit den Laufbahngruppen steigende Lebenserwartung nach. Neben diesen Untersuchungen, welche die Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten in der Periodenperspektive – für ein Kalenderjahr beziehungsweise mehrere Kalenderjahre – erfasst haben, hat Luy (2006) auch Daten für die Geburtsjahrgänge 1934 bis 1952 als Gesamtheit vorgelegt. Diesen Ergebnissen zufolge haben Beamte im Alter 65 eine um 2,0 Jahre und Beamtinnen eine um 2,9 Jahre längere Lebens-

* Der vorliegende Beitrag ist im Wissenschaftsmagazin „WISTA – Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamts in der Ausgabe 2/2017 erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamts hier im Originalwortlaut abgedruckt.

¹ Beihilfe ist eine finanzielle Unterstützung in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen für deutsche Beamtinnen/Beamte, Soldatinnen/Soldaten und Berufsrichter/-innen, deren Kinder sowie deren Ehepartner/-innen, soweit diese nicht selbst sozialversicherungspflichtig sind. Beihilfe wird für diesen Personenkreis auch nach der Pensionierung geleistet.

erwartung als Männer beziehungsweise Frauen der Gesamtbevölkerung. Im Alter 45 betragen die Unterschiede 3,4 Jahre bei den Männern und 3,8 Jahre bei den Frauen.

Die existierenden Studien haben den Sterblichkeitsvorteil von Beamtinnen und Beamten nur für Männer (Himmelsreicher und andere, 2008) quantifiziert oder beziehen sich auf den 1998 durchgeführten, nicht mehr ganz aktuellen Lebenserwartungssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (Luy, 2006; Luy und andere, 2015). Für eine aktuelle Vorausberechnung der Versorgungskosten ist es deshalb ratsam, die Sterblichkeitsunterschiede für beide Geschlechter erneut zu quantifizieren. Eine solche Auswertung führt der vorliegende Artikel auf Basis amtlicher Statistiken durch. In einem zweiten Schritt wird erörtert, welche Annahmen getroffen wurden, um die identifizierten Sterblichkeitsunterschiede vorzuberechnen. Auf dieser Basis zeigt der Beitrag dann beispielhaft mithilfe von Modellrechnungen aus dem Sechsten Versorgungsbericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache, 2017), wie sich das Berücksichtigen der Sterblichkeitsvorteile von Beamtinnen und Beamten auf das Abschätzen der künftigen Entwicklung der Versorgungskosten auswirkt.

2 Sterblichkeitsunterschiede

2.1 Methoden und Daten

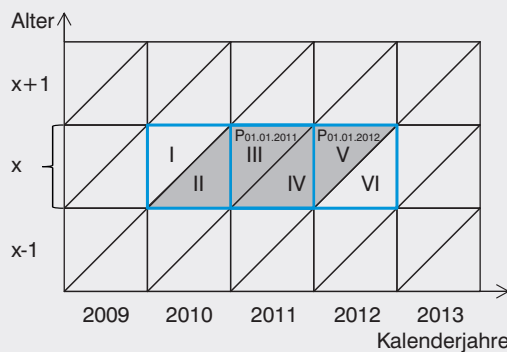
Um die Sterblichkeit von Beamtinnen und Beamten mithilfe einer Sterbetafel zu quantifizieren, ist der Bestand der Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht besonders geeignet. Dieser wird jährlich im Rahmen der Versorgungsempfängerstatistik des öffentlichen Dienstes zum 1. Januar erhoben (Statistisches Bundesamt, 2016). Es handelt sich dabei um eine Vollerhebung von Pensionärinnen und Pensionären, deren Bestand sich in der Regel² nur durch Zugänge durch Pensionierung und Abgänge durch Tod verändert. Zugänge spielen ab Alter 70 praktisch keine Rolle mehr³, sodass Bestandsveränderungen ab diesem Altersjahr nahezu ausschließlich auf Sterbefälle zurückgeführt werden können. Folglich kann die Zahl der Sterbefälle nach Geburtsjahr aus der Differenz der Bestände zum jeweiligen 1. Januar eines Jahres ermittelt werden. Es wird an-

genommen, dass sich die Sterbefälle in einem Kalenderjahr auf die beiden möglichen Altersjahre des entsprechenden Geburtsjahrgangs von Pensionärinnen und Pensionären gleich aufteilen. Mithilfe der Bestände zum jeweiligen Jahresanfang und den Sterbefällen nach Altersjahren lassen sich dann altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten von Beamtinnen und Beamten ab einem Alter von 70 Jahren berechnen. Sterbewahrscheinlichkeiten bilden die Grundlage der Berechnung einer Sterbetafel, aus der die Werte für die Lebenserwartung hervorgehen.

Wie bei den für die Gesamtbevölkerung berechneten Sterbetafeln üblich, werden die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten für einen Dreijahreszeitraum berechnet, um Zufallsschwankungen auszugleichen. Als Betrachtungszeitraum wurden hierfür die Jahre 2010 bis 2012 ausgewählt. Für diesen Zeitraum liegt auch eine allgemeine Sterbetafel vor, die als Basissterbetafel der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung diente (Statistisches Bundesamt, 2015b). Auf diese Vorausberechnung bezieht sich auch der aktuelle Sechste Versorgungsbericht der Bundesregierung (siehe Kapitel 3).

In Abbildung 1 sind die verwendeten Eingangsdaten zur Berechnung der Sterbewahrscheinlichkeiten für Beamtinnen und Beamte nach der verwendeten Geburtsjahrmethode am Beispiel eines einzelnen Altersjahres mithilfe des sogenannten Lexis-Diagramms schematisch dargestellt. Ein Lexis-Diagramm ermöglicht durch die Abbildung der Ka-

Abb. 1
Veranschaulichung der verwendeten Daten zur Berechnung der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten für Beamtinnen und Beamte nach der Geburtsjahrmethode



- 2 In ganz seltenen Fällen kann die Pension disziplinarrechtlich aberkannt werden.
- 3 Durch eine hinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag oder beispielsweise bei Wahlbeamtinnen/ Wahlbeamten oder Professorinnen/Professoren sind Zugänge bis zum Alter 69 noch so häufig, dass sich erst ab dem Alter 70 zuverlässig Sterbewahrscheinlichkeiten auf Basis der Bestände von Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern ableiten lassen.

lenderjahre auf der x-Achse und der Altersjahre auf der y-Achse gleichzeitig auch die Geburtsjahrgänge entlang der Diagonalen in diesem Diagramm zu betrachten.

Im Zähler zur Berechnung der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten (q_x) werden alle Sterbefälle (D) von zwei Geburtsjahrgängen genutzt, die im Betrachtungszeitraum das entsprechende Altersjahr (x) komplett durchlebt haben. Im Nenner werden die Bestände der Beamtinnen und Beamten (P) zum 1. Januar des zweiten und des dritten Betrachtungsjahres genutzt und mit den Sterbefällen des jeweiligen Geburtsjahrgangs addiert, die im Vorjahr im entsprechenden Altersjahr verstorben sind. Auf diese Weise werden die Bestände zu Beginn des Altersjahres ermittelt, zu denen dann die Sterbefälle im Zähler ins Verhältnis gesetzt werden, um eine Sterbewahrscheinlichkeit für das entsprechende Alter zu berechnen:

$$q_x = \frac{D_{II} + D_{III} + D_{IV} + D_V}{P_{01.01.2011} + D_{II} + P_{01.01.2012} + D_{IV}}$$

Die Berechnung der Sterbewahrscheinlichkeiten wurde somit so weit wie möglich analog zu deren Berechnung im Rahmen der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 (Statistisches Bundesamt, 2015a) durchgeführt. Der einzige Unterschied besteht darin, dass für die allgemeine Sterbetafel die Anfangsbestände direkt aus den Beständen des Zensus 2011⁴ berechnet wurden und nicht aus den Beständen zum Jahreswechsel. Ebenfalls analog zum Vorgehen bei der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 wurden verbliebene Zufallsschwankungen mithilfe eines Glättungsverfahrens ausgeglichen und Sterbewahrscheinlichkeiten für besonders hohe Altersjahre mithilfe eines Extrapolationsverfahrens generiert (zur Nieden und andere, 2016).

Mit der beschriebenen Vorgehensweise lassen sich für Beamtinnen und Beamte Sterbewahrscheinlichkeiten ab einem Alter von 70 Jahren ermitteln. Entsprechend können auf empirischer Basis nur Aussagen zur ferneren Lebenserwartung ab diesem Alter getroffen werden. Es ist jedoch naheliegend, dass die Sterblichkeitsunterschiede zwischen Beamtinnen und Beamten (beziehungsweise von Per-

sonen, die später einmal verbeamtet werden) sich im Laufe des Erwerbslebens aufbauen und nicht erst nach der Pensionierung relevant werden. Für eine Vorausberechnung des Bestands der Pensionäre gilt es dies zu berücksichtigen, um die zu erwartenden Versorgungsleistungen nicht systematisch zu unterschätzen. Aus diesem Grund wurden Annahmen getroffen, wie der messbare Teil der Sterblichkeit von Beamtinnen und Beamten sinnvoll zu einer kompletten Sterbetafel ergänzt werden kann. Hierfür wurde ein indirektes demografisches Modell (Logit-Modell) herangezogen, welches es ermöglicht, mithilfe einer Basissterbetafel⁵ den kompletten Verlauf einer unvollständigen Sterbetafel zu schätzen (Brass, 1971; Brass, 1975). Aufgrund der Annahme, dass sich die Sterblichkeitsunterschiede im Erwerbsleben aufbauen, wurden die Modellwerte allerdings nur als Indikator für die maximalen Differenzen zwischen Beamtinnen und Beamten und der Gesamtbevölkerung herangezogen. Es wurde angenommen, dass sich die Differenzen ab Alter 26 bis hin zu diesen Maximaldifferenzen im Alter 60 aufbauen und sich dann entsprechend dem Anpassungstrend, der sich ab Alter 70 zeigt, wieder reduzieren.

Im Ergebnis ist der altersspezifische Verlauf der Sterbewahrscheinlichkeiten von Beamtinnen und Beamten in drei verschiedene Bereiche zu unterteilen:

- Von Alter 0 bis 25 handelt es sich um die Werte der Gesamtbevölkerung aus der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012. Da die Sterblichkeit in dieser Altersklasse ohnehin bereits sehr gering ist, sind die Werte für die Lebenserwartung von dieser Annahme kaum beeinflusst.
- Von Alter 26 bis 69 wurden Schätzwerte entsprechend der angenommenen Entwicklung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verwendet.
- Ab Alter 70 wurden die direkt empirisch ermittelten Sterbewahrscheinlichkeiten der Beamtinnen und Beamten berücksichtigt.

Das gewählte Vorgehen stellt dabei sicher, dass eine plausible Verlaufsform der Sterbewahrscheinlichkeiten generiert wird, ohne sprunghafte Veränderungen von Altersjahr zu Altersjahr. Solche Sprünge wären bei empirisch erhobenen Verläufen basierend auf zu niedrigen Fallzahlen beziehungsweise bei simplifizierten Annahmen zu beobachten.

4 Es wurden die optimierten Ausgangsdaten für die Bevölkerungsfortschreibung zum Stichtag 9. Mai 2011 genutzt.

5 Hierfür wurde die allgemeine Sterbetafel 2010/2012 verwendet.

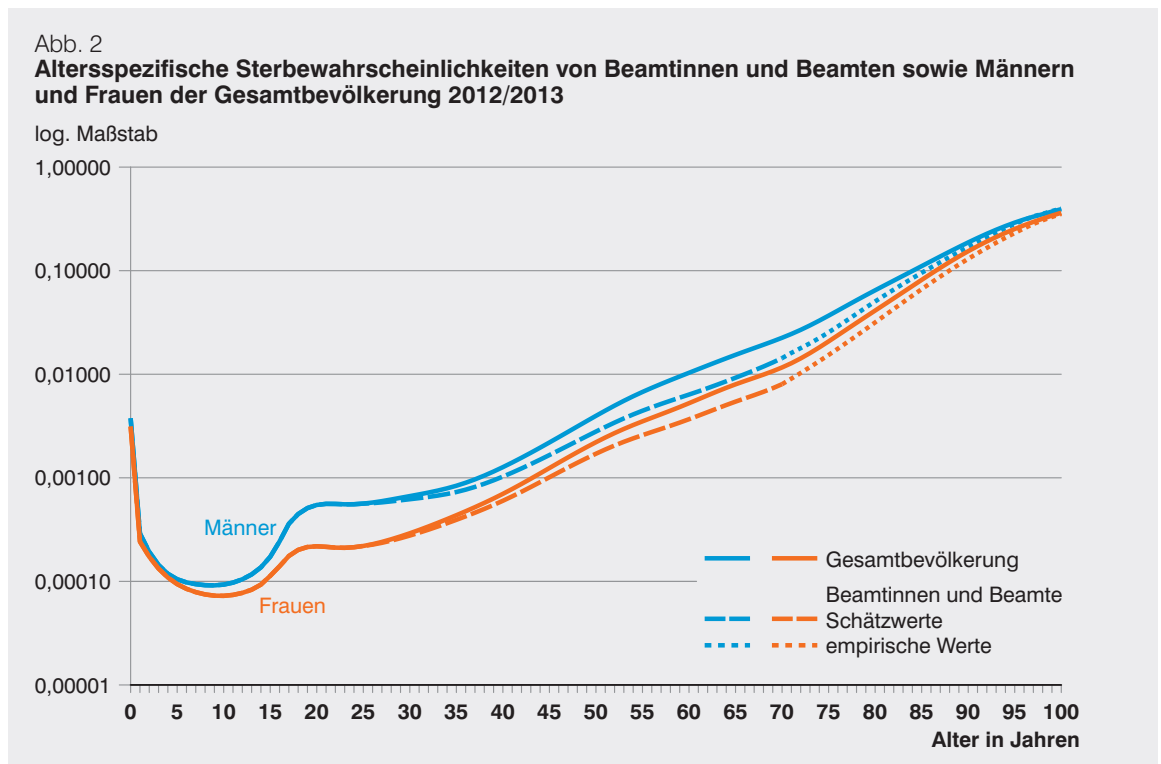
Werte für die fernere Lebenserwartung für junge Altersjahre von Beamtinnen und Beamten oder gar „bei Geburt“ können aufgrund der notwendigen Berücksichtigung von Annahmen nur als technische Kennwerte betrachtet werden. Tatsächlich kann der Status Beamtin beziehungsweise Beamter erst im Laufe des Erwerbslebens erworben werden, weswegen eine inhaltliche Interpretation dieser Werte nicht angebracht ist. Der Fokus bei der Darstellung der Ergebnisse soll deshalb auf Werten liegen, für die keine oder nur wenige Schätzwerte notwendig sind. Hierfür bietet sich das Alter 70 an, ab dem die Ergebnisse empirisch fundiert sind, beziehungsweise das Alter 60, für das die höchsten Differenzen in den altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten angenommen wurden.

2.2 Ergebnisse

Die Sterbewahrscheinlichkeiten von Beamtinnen und Beamten liegen in den nachweisbaren Altersjahren deutlich unter denen der Gesamtbevölkerung. Im Alter 70 sind sie bei Beamtinnen um 31 % und bei Beamten um 36 % niedriger. Mit steigendem Alter nehmen die relativen Unterschiede dann ab – im Alter von 80 Jahren sind die Sterbewahrschein-

lichkeiten von Beamtinnen (um 23%) und Beamten (um 22%) noch geringer als die der Gesamtbevölkerung. In den hohen 90er-Altersjahren sind die Differenzen dann praktisch nicht mehr vorhanden. Vor Alter 70 basieren die Verläufe auf der Annahme, dass sich Sterblichkeitsunterschiede zwischen Beamtinnen und Beamten und der Gesamtbevölkerung erst ab Alter 26 und im Laufe des weiteren Erwerbslebens aufbauen, bevor sie entsprechend des beobachtbaren Anpassungstrends wieder abnehmen. Die kompletten Verläufe der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten für Beamte und Beamtinnen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind in der Abbildung 2 dargestellt. Die Schätzwerte für Beamtinnen und Beamte (beziehungsweise für Personen, die später einmal verbeamtet werden) sind als gestrichelte Linie dargestellt, um den hypothetischen Charakter dieser Werte zu unterstreichen.

Die fernere Lebenserwartung von Beamtinnen im Alter von 70 Jahren beträgt den beobachtbaren Sterbewahrscheinlichkeiten zufolge 18,1 Jahre, die von Beamten 15,5 Jahre. Dies entspricht einem Vorteil von 1,5 Jahren bei den Frauen und 1,6 Jahren bei den Männern gegenüber der Gesamtbevölkerung.



Tab. 1 Vergleich der ferneren Lebenserwartung in ausgewählten Altersjahren für die Gesamtbevölkerung sowie für Beamte und Beamtinnen 2010/2012

Vollendetes Alter in Jahren	Männer			Frauen		
	Gesamtbevölkerung	Beamte	Differenz	Gesamtbevölkerung	Beamtinnen	Differenz
	Jahre					
25	53,4	56,4 ¹	+3,0	58,3	60,5 ¹	+2,2
60	21,3	23,7 ¹	+2,5 ²	25,0	26,9 ¹	+1,9
65	17,5	19,5 ¹	+2,1 ²	20,7	22,4 ¹	+1,7
70	13,9	15,5	+1,6	16,6	18,1	+1,5
80	7,7	8,4	+0,7	9,2	10,2	+1,0
90	3,7	3,9	+0,2	4,2	4,6	+0,4
100	1,9	1,9	±0,0	2,1	2,1	±0,0

1 Schätzwerte unter Berücksichtigung von Annahmen.

2 Abweichungen durch Rundungsdifferenzen.

Im Alter von 60 Jahren, für das schon erste Schätzwerte unter den beschriebenen Annahmen einfließen, würden die Unterschiede für Frauen 1,9 Jahre und für Männer 2,5 Jahre zugunsten der ferneren Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten betragen. Die Unterschiede scheinen demnach bei den Männern etwas stärker ausgeprägt zu sein als bei den Frauen. Das Alter 25 wurde als Startpunkt der geschätzten und der tatsächlich beobachteten Unterschiede in der Sterblichkeit von Beamtinnen und Beamten angenommen. In diesem Alter kumuliert sich der Sterblichkeitsvorteil in der ferneren Lebenserwartung zur Gesamtbevölkerung auf 2,2 Jahre bei den Frauen und 3,0 Jahre bei den Männern (vgl. Tabelle 1).

3 Entwicklung der Versorgungsausgaben

Die Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten bestimmt direkt die Bezugsdauer der Pensionen und somit auch die Gesamtzahl der (künftigen) Pensionärinnen und Pensionäre des öffentlichen Dienstes. Ebenso beeinflusst sie die Dauer der Inanspruchnahme von Beihilfeleistungen. Beim Vorausberechnen der Zahl der Versorgungsempfänger sowie der Versorgungsausgaben ist es daher unerlässlich, der im Vergleich zur Bevölkerung niedrigeren Sterblichkeit von Beamtinnen und Beamten Rechnung zu tragen, um die auf die öffentliche Hand zukommenden Kosten nicht zu unterschätzen.

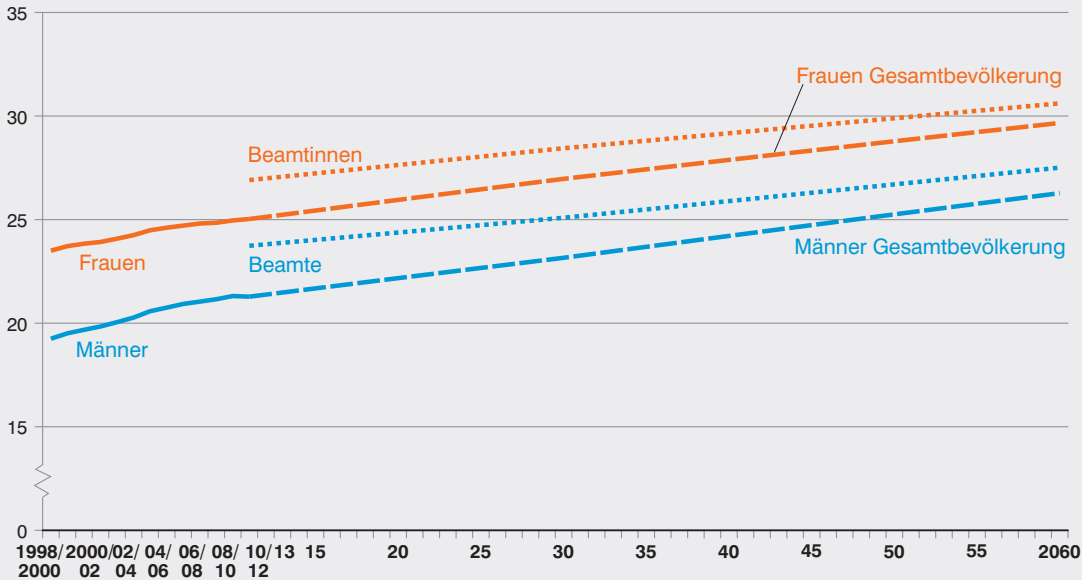
Das Statistische Bundesamt führt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern in jeder Legislaturperiode die Vorausberechnungen zum Versorgungsbericht der Bundesregierung durch. Die wie oben beschrieben ermittelten Sterbewahrscheinlichkeiten von

Beamtinnen und Beamten im Zeitraum 2010/2012 ermittelte das Statistische Bundesamt anlassbezogen für den Sechsten Versorgungsbericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache, 2017). Für die Vorausberechnungen der Zahl der Versorgungsempfänger benötigt es auch Sterbewahrscheinlichkeiten bis zum Vorausberechnungshorizont 2050. Die resultierenden Sterbetafeln verwendet das Statistische Bundesamt außerdem in der Vermögensrechnung des Bundes, um Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeleistungen zu ermitteln sowie für versicherungsmathematische Berechnungen zum Versorgungsfonds des Bundes. Im Folgenden soll beispielhaft für den Sechsten Versorgungsbericht der Bundesregierung aufgezeigt werden, wie groß der Einfluss dieser höheren Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten auf die vorausberechneten Pensionsausgaben ist.

3.1 Vorausberechnung der Sterblichkeit

Um den Anstieg der Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten für den Versorgungsbericht der Bundesregierung bis zum Jahr 2050 zu modellieren, zog das Statistische Bundesamt die Basisannahme L1 zur Entwicklung der Sterblichkeit aus der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung als Maßstab heran, die bis zum Jahr 2060 reicht (Statistisches Bundesamt, 2015b). Da Beamtinnen und Beamte allerdings zu Beginn der Vorausberechnung eine deutlich höhere Lebenserwartung als die Gesamtbevölkerung aufweisen, wurde zusätzlich das etwas geringere Potenzial für einen weiteren Anstieg berücksichtigt. Hierfür wurde angenommen, dass sich der Abstand in der ferneren Lebenserwartung im Alter 60 zwischen Beamtinnen und Beam-

Abb. 3

Lebenserwartung in Jahren im Alter von 60 – ab 2013 Annahmen für Beamtinnen und Beamte sowie aus der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die Gesamtbevölkerung (L1)


ten und der Gesamtbevölkerung im Vorausberechnungszeitraum bis 2060 auf die Hälfte reduziert. Die dazu notwendigen proportionalen Anpassungen der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten finden dabei ausschließlich oberhalb des Alters 25 statt – also in den Altersjahren, in denen Unterschiede identifiziert beziehungsweise angenommen wurden. Die vorausberechneten Sterbewahrscheinlichkeiten bis zum Alter 25 sind somit für die Beamtinnen und Beamten und für die Gesamtbevölkerung identisch.

Im Ergebnis resultiert für Beamtinnen im Jahr 2060 eine fernere Lebenserwartung im Alter 60 von 30,6 Jahren, für Beamte von 27,5 Jahren. Das entspricht einem Zuwachs von 3,7 beziehungsweise 3,8 Jahren im Vergleich zu den für den Zeitraum 2010/2012 ermittelten Werten. Bei den technischen Kennwerten für die Lebenserwartung im Alter 25 ergibt sich aus dem gewählten Vorgehen ein Anstieg um rund viereinhalb Jahre auf 64,9 Jahre bei den Beamtinnen und etwa fünf Jahre auf 61,3 Jahre bei den Beamten (vgl. Abbildung 3).

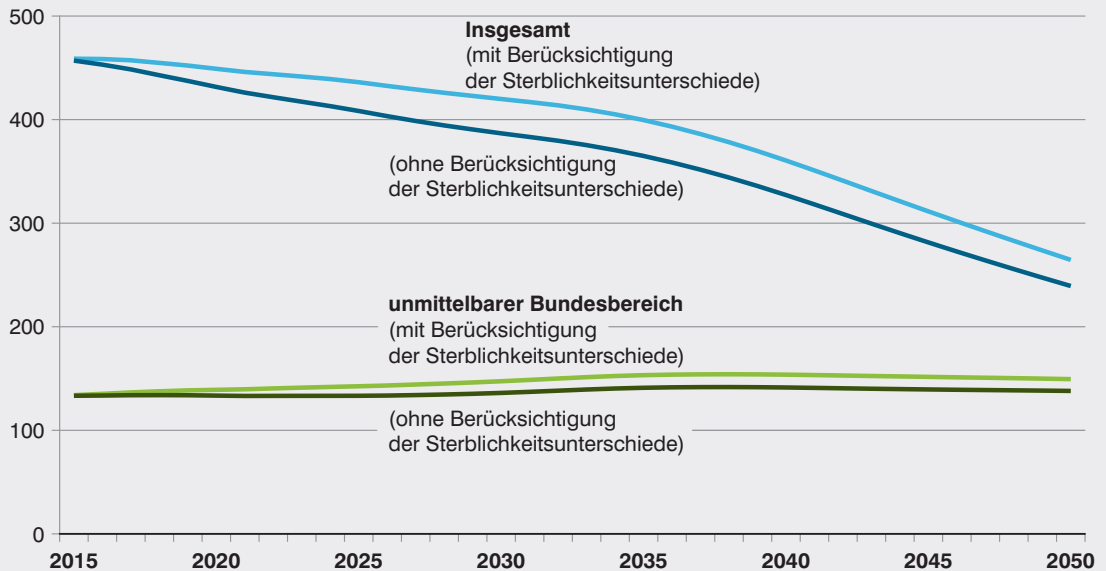
3.2 Inhalt und Methodik der Modellrechnungen

Der Sechste Versorgungsbericht der Bundesregierung enthält neben der bisherigen Entwicklung der Versorgungsleistungen des Bundes die Vorausbe-

rechnungen der Zahl der Versorgungsempfänger sowie der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2050. Da der Bund seit der ersten Föderalismusreform im Jahr 2006 nur noch die Gesetzgebungskompetenz für seine eigenen Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger besitzt, werden im Versorgungsbericht der Bundesregierung seit seiner vierten Ausgabe keine Ergebnisse mehr über (ehemalige) Beamtinnen und Beamte der Bundesländer dargestellt. Einige Länder sind daher dazu übergegangen, eigene Versorgungsberichte zu veröffentlichen. Im Rahmen dieses Aufsatzes wird nur der aktuelle Bundesbericht betrachtet, das heißt die Entwicklung bei den Pensionärinnen und Pensionären des unmittelbaren Bundesbereiches⁶ und der sonstigen Bereiche des Bundes (insbesondere Bundeseisenbahnvermögen, Deutsche Post und Sozialversicherungsträger des Bundes). Die Altersstruktur der heutigen Beamtinnen und Beamten sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten bestimmt die Entwicklung des Pensionärbestands in den kommenden Jahrzehnten. Gewisse Unsicherheiten ergeben sich aus dem Pensionierungsalter und der Lebenserwartung. Annahmen über künftige Verbeamtungen beziehungsweise über Berufungen zur Berufssoldatin/zum Berufssoldaten spielen erst in etwa 30 Jahren und damit gegen Ende

⁶ Im unmittelbaren Bundesbereich werden die Versorgungsausgaben unmittelbar aus dem Bundeshaushalt gedeckt und dort auch als solche verbucht. Die sonstigen Einrichtungen erhalten üblicherweise allgemeine Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt. Ihre Versorgungsausgaben werden im Bundeshaushalt nicht direkt als solche ausgewiesen. Auch die Deutsche Bahn AG und die Postnachfolgeunternehmen beteiligen sich an den Versorgungsausgaben der Pensionärinnen und Pensionäre des Bundeseisenbahnvermögens und der Post.

Abb. 4

Entwicklung der Anzahl der Pensionärinnen und Pensionäre des Bundes von 2015 bis 2050 in 1000

des Betrachtungszeitraums eine nennenswerte Rolle. Die vorausberechneten Sterbewahrscheinlichkeiten wurden für die Vorausberechnung der Bestände von Beamtinnen und Beamten und Berufssoldatinnen/ Berufssoldaten verwendet. Für Witwen und Witwer wurden die Sterbetafeln für die Gesamtbevölkerung benutzt. Die Höhe der künftigen Versorgungsausgaben wird neben einigermaßen gut schätzbaren Größen wesentlich von der langfristig kaum prognostizierbaren, aber politisch auch kurzfristig steuerbaren Höhe der Versorgungsanpassungen beeinflusst. Es wurde davon ausgegangen, dass die künftigen Bezügeanpassungen genau in der Höhe des (für die Zwecke des Sechsten Versorgungsberichts projizierten) Bruttoinlandsprodukts ausfallen. Es wurde somit angenommen, dass diese beiden Größen bis zum Jahr 2050 im Schnitt um 2,8% je Jahr ansteigen. Bezieht man die resultierenden jährlichen Versorgungsausgaben auf das entsprechende Bruttoinlandsprodukt, so erhält man die sogenannte Versorgungsquote. In der Versorgungsquote neutralisieren sich also die Effekte der schwer prognostizierbaren Versorgungsanpassungen und des Wirtschaftswachstums. Daher ist diese Größe sehr aussagekräftig, um die Tragfähigkeit des Versorgungssystems zu beurteilen. Außerdem enthält der Bericht die Versorgungs-Steuer-Quote, bei der man die künftigen Versorgungsausgaben

ins Verhältnis zum prognostizierten Steueraufkommen des Bundes setzt. Eine detaillierte Beschreibung aller Annahmen ist im Versorgungsbericht enthalten (vgl. Abbildung 4).

3.3 Entwicklung der Zahl von Pensionärinnen und Pensionären

Insgesamt zeigen die Vorausberechnungen des Sechsten Versorgungsberichts der Bundesregierung trotz der allgemeinen demografischen Entwicklung (geburtstarke Jahrgänge insbesondere in der zweiten Hälfte der 1950er- und den 1960er-Jahre und steigende Lebenserwartung) einen deutlichen Rückgang der Gesamtzahl an Versorgungsempfängerinnen und -empfängern. Im Folgenden konzentrieren wir uns nur auf die Entwicklung der Zahl von Pensionärinnen und Pensionären, da für die Vorausberechnung der Hinterbliebenen, wie bereits erwähnt, Sterbetafeln für die Gesamtbevölkerung angewendet wurden. Im Gegensatz zum Landesbereich (Altis/Koufen, 2014, hier: Seite 189) ist beim Bund nicht mit einer Pensionierungswelle zu rechnen. Tatsächlich kommt es beim Bund insgesamt zu einem Rückgang der Empfänger von Ruhegehalt. Dessen Hauptursache sind die Privatisierungen von Bahn und Post, die zur Folge hatten, dass in diesen Bereichen keine neuen Verbeamten statt-

fanden. Darüber hinaus wurde nach der deutschen Vereinigung die Zahl der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten erheblich reduziert und auch bei den Beamtinnen und Beamten gab es einen Stellenabbau. Abbildung 4 verdeutlicht den Rückgang der Zahl der Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger des Bundesbereichs von 459 000 im Jahr 2015 auf rund 265 000 im Jahr 2050. Dies entspricht einem Rückgang um 42%. Betrachtet man nur den unmittelbaren Bundesbereich, so steigt die Zahl der pensionierten Beamtinnen/Beamten sowie die der Richterinnen/Richter entsprechend der allgemeinen demografischen Entwicklung bis zum Ende der 2030er-Jahre an und sinkt dann bis 2050 wieder etwas ab. Damit müssen am Ende des Vorausberechnungshorizonts voraussichtlich 12% mehr Pensionärinnen und Pensionäre des unmittelbaren Bundesbereiches versorgt werden als 2015.

Inwieweit unterschätzt man die künftige Zahl der Pensionärinnen und Pensionäre des Bundes, wenn man anstelle der Sterbetafel für Beamtinnen und Beamte die für die Gesamtbevölkerung verwendet? Hierfür führte das Statistische Bundesamt eine alternative Simulationsberechnung zum Versorgungsbericht mit Bevölkerungsterbetafeln durch. Das Ergebnis zeigt Abbildung 4, die die Bestandsentwicklung in Abhängigkeit von der verwendeten Sterbetafel darstellt. Die niedrigere Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung wirkt sich bereits unmittelbar ab dem ersten vorausberechneten Jahr aus, sodass der Kurvenverlauf bei Verwendung der Sterbetafel für die Gesamtbevölkerung unter der ursprünglichen Entwicklung liegt. Der prozentuale Abstand erreicht in den 2040er-Jahren sein Maximum von - 10% (Bundesbereich insgesamt) beziehungsweise - 8% (unmittelbarer Bundesbereich) und verringert sich dann wieder etwas. Letzteres liegt daran, dass sich der momentane Abstand der Lebenserwartung annahmegemäß verringert (siehe Abschnitt 3.1). Auch ohne Simulationsrechnung kann man grob überschlagen, dass eine um ein Jahr geringere Lebenserwartung im durchschnittlichen Pensionierungsalter langfristig zu einem um rund 5% verminderten Bestand an Pensionärinnen und Pensionären führt, wenn man von rund 20 Zahljahren an Pensionsbezügen ausgeht (1/20 = 5%).

3.4 Entwicklung der Ausgaben für Pensionen

Um die Ausgabenseite zu betrachten, werden die Versorgungsausgaben ins Verhältnis zum künftigen Bruttoinlandsprodukt gesetzt. Da die Versorgungsbezüge und das Bruttoinlandsprodukt sich annahmegemäß identisch entwickeln, nimmt die Versorgungsquote einen qualitativ vergleichbaren Verlauf zur Bestandsentwicklung. Somit ist auch bei den Ausgaben für Pensionen mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen.

Tabelle 2 fasst darüber hinaus zusammen, um wie viel Prozent die projizierten Pensionsausgaben nur aufgrund der Verwendung der Sterbewahrscheinlichkeiten von Beamtinnen und Beamten erhöht sind. Die Annahme zur höheren Lebenserwartung sorgt bis etwa 2045 für einen steigenden Abstand der beiden Versorgungsquoten um bis zu 11%, im Jahr 2050 sind es dann noch rund 10% mehr. Zu beachten ist, dass die Versorgungsquote tatsächlich bereits im Jahr 2015 aufgrund der Langlebigkeit von Beamten deutlich erhöht ist. Die Versorgungsquoten in Tabelle 2 unterscheiden sich anfänglich jedoch nicht, da die wirkliche Versorgungsquote gemeinsamer Ausgangspunkt für beide alternativen Vorausberechnungen ist.

4 Fazit/Schlussfolgerung

Die in diesem Artikel vorgestellten Analysen haben die bisherigen Befunde zu einer höheren Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten gegenüber der Gesamtbevölkerung bestätigt und auf den ak-

Tab. 2 Versorgungsquote für die Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger			
	Anteil der Pensionsausgaben am Bruttoinlandsprodukt		Veränderung durch Berücksichtigung der höheren Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten
	ohne Berücksichtigung der höheren Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten	mit Berücksichtigung der höheren Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten	
	%		
2015	0,434	0,436	+ 0
2020	0,400	0,417	+ 4
2025	0,377	0,403	+ 7
2030	0,356	0,387	+ 9
2035	0,335	0,368	+10
2040	0,302	0,333	+10
2045	0,263	0,291	+11
2050	0,228	0,252	+10

tuellen Stand gebracht. Auch im betrachteten Zeitraum 2010/2012 wurde auf Basis einer amtlichen Vollerhebung von Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern ein deutlicher Vorteil in der (ferneren) Lebenserwartung gemessen. Dabei ist zu beachten, dass aufgrund der Datenlage nur die Ergebnisse ab dem Alter 70 empirisch fundiert sind. Sterblichkeitsunterschiede vor dem Alter 70 lassen sich allerdings unter Berücksichtigung des ab dem Alter 70 beobachtbaren Anpassungstrends, der Zuhilfenahme eines demografischen Modells und der Annahme, dass sich die Sterblichkeitsunterschiede im Laufe des Erwerbslebens aufbauen, plausibel ermitteln. Dabei gilt, dass selbst bei einer relativ deutlichen Abweichung der (unbekannten) tatsächlichen Sterbewahrscheinlichkeiten von den Schätzwerten für junge Altersjahre die Größenordnung der Unterschiede in der (ferneren) Lebenserwartung vergleichsweise verlässlich ermittelbar ist. Der Grund hierfür ist die generell sehr geringe Sterblichkeit in jungen Altersjahren und die somit sehr geringe Auswirkung von Unterschieden in den Sterbewahrscheinlichkeiten auf die fernere Lebenserwartung.

Die Berechnung einer Lebenserwartung in jungen Altersjahren im Kontext der vorliegenden Untersuchung ist dennoch ein hypothetisches Konstrukt, da der Status Beamtin beziehungsweise Beamter erst im Laufe des Lebens erworben wird. Eine geringere Sterblichkeit von späteren Beamtinnen und Beamten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung schon vor der Verbeamtung beziehungsweise der Berufung zur Berufssoldatin/zum Berufssoldaten erscheint jedoch auch theoretisch nachvollziehbar. So sorgt beispielsweise die Untersuchung der gesundheitlichen Eignung vor der Verbeamtung für eine Auswahl von Personen ins Beamtentum, die bereits zuvor geringere Sterberisiken als die Gesamtbevölkerung aufgewiesen haben dürften. Über weitere Gründe für die geringere Sterblichkeit von Beamtinnen und Beamten gibt es bisher keine gesicherten Erkenntnisse. Himmelsreicher und andere (2008) nennen hier die unter Beamtinnen und Beamten weit ver-

breitete private Krankenversicherung, welche die Versorgung im Krankheitsfall verbessert. Außerdem führen die zuvor genannten Autoren auch die hohe Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit und deren positiven Einfluss auf die Lebensführung als möglichen Grund für die höhere Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten an (Himmelsreicher und andere, 2008, hier: Seite 279).

Im Hinblick auf eine Vorausberechnung der Versorgungskosten auf Bundesebene hat sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, die höhere Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten einzubeziehen. Hierdurch wird berücksichtigt, dass die Versorgungsausgaben um bis zu 11 % höher liegen werden, als wenn lediglich die Sterblichkeit der Gesamtbevölkerung zur Abschätzung dieser Kosten herangezogen worden wäre. Trotz der Berücksichtigung dieses Effektes werden die Versorgungskosten im Bundesbereich allerdings insgesamt zurückgehen. Dieser Befund ist auf den ersten Blick überraschend. Durch das Älterwerden der Babyboomer-Jahrgänge⁷, und deren Ausscheiden aus dem Erwerbsleben im Vorausberechnungszeitraum wird in vielen Kontexten generell mit einer deutlichen Zunahme von Versorgungslasten in den nächsten Jahrzehnten gerechnet. Bei Bundesbeamten und -beamtinnen wurde durch die ausgebliebenen Verbeamtungen aufgrund von Privatisierungen in den letzten Jahrzehnten dieser Effekt jedoch überkompensiert, sodass trotz demografischer Alterung nicht mit einer Zunahme der Versorgungskosten gerechnet werden muss. Aus diesen Gründen ergibt sich im Bundesbereich eine grundlegend andere Situation als in der Rentenversicherung oder bei der Beamtenversorgung der Länder. Die grundsätzlichen Auswirkungen der höheren Lebenserwartung von Beamtinnen und Beamten sind natürlich auch auf Vorausberechnungen im Landesbereich übertragbar und sollten berücksichtigt werden, um bei etwaigen Vorausberechnungen einem Langlebkeitsrisiko für die Versorgungsausgaben entgegen zu wirken.

⁷ Damit werden die geburtenstarken Jahrgänge von Mitte der 1950er- bis Ende der 1960er-Jahre bezeichnet.

Literaturverzeichnis

Altis, Alexandros/Koufen, Sebastian. Ist die Beamtenversorgung langfristig noch finanzierbar? In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 3/2014, Seite 181 ff.

Becker, Karl. Zur Berechnung von Sterbetafeln an die Bevölkerungsstatistik zu stellende Anforderungen. Berlin 1874.

Brass, William. On the Scale of Mortality. In: Brass, William (Herausgeber). *Biological Aspects of Demography*. London 1971, Seite 69 ff.

Brass, William. *Methods for Estimating Fertility and Mortality from Limited and Defective Data*. Chapel Hill 1975.

Bundestagsdrucksache 18/11040. Sechster Versorgungsbericht der Bundesregierung. 25. Januar 2017.

Himmelsreicher, Ralf K./Sewöster, Daniela/Scholz, Rembrandt/Schulz, Anne. Die fernere Lebenserwartung von Rentnern und Pensionären im Vergleich. In: *WSI-Mitteilungen*. Ausgabe 5. 2008.

Luy, Marc. Differentielle Sterblichkeit: die ungleiche Verteilung der Lebenserwartung in Deutschland. Rostocker Zentrum – Diskussionspapier 6. 2006. [Zugriff am 13. März 2017]. Verfügbar unter: www.rostockerzentrum.de

Luy, Marc/Wegner-Siegmundt, Christian/Wiedemann, Angela/Spijker, Jeroen. Life Expectancy by Education, Income and Occupation in Germany: Estimations Using the Longitudinal Survival Method. In: *Comparative Population Studies*. Volume 40. Nr. 4. 2015. [Zugriff am 13. März 2017]. Verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.12765/CPoS-2015-16en>

Nieden, Felix zur/Rau, Roland/Luy, Marc. Allgemeine Sterbetafel 2010/12. In: *WISTA Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 1/2016, Seite 63 ff.

Statistisches Bundesamt. Allgemeine Sterbetafel 2010/12 – Methodische Erläuterungen und Ergebnisse. 2015a. [Zugriff am 13. März 2017]. Verfügbar unter: www.destatis.de

Statistisches Bundesamt. Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. 2015b. [Zugriff am 13. März 2017]. Verfügbar unter: www.destatis.de

Statistisches Bundesamt. Fachserie 14 Finanzen und Steuern, Reihe 6.1 Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes 2016. 2016. Verfügbar unter: www.destatis.de

Zeuner, Gustav. *Abhandlungen zur mathematischen Statistik*. Leipzig 1869.

Die Schulden der bayerischen Gebietskörperschaften am 31. März 1958¹⁾

Die gesamte Schuld des Freistaates Bayern betrug am 31. März 1958 fast 4.4 Milliarden DM. Die Allschulden — fast ausschließlich Ausgleichsforderungen — sind durch Tilgung etwas zurückgegangen. Unter den Neuschulden weisen die Schulden aus Kreditmarktmitteln den größten Zugang auf; sie haben nunmehr fast die Höhe der bei anderen Gebietskörperschaften (im wesentlichen Bund und Lastenausgleichsfonds) aufgenommenen Kredite erreicht.

Die kommunale Verschuldung ist weiter, und zwar auf knapp 1.6 Milliarden DM (in der Hauptsache Neuschulden) angewachsen.

Die Verschuldung des Staates²⁾

Die gesamte Staatsschuld Bayerns (einschl. Auslandsschulden) betrug am 31. März 1958 fast 4.4 Mrd. DM. Sie ist im Rechnungsjahr 1957 um rd. 330 Mill. DM (8.2 vH) gestiegen, das ist etwas mehr als im Rechnungsjahr 1956. Die Zunahme betrifft ausschließlich die Neuschulden³⁾.

Knapp über vier Zehntel (1.78 Mrd. DM) der Gesamtschulden des Staates sind Altschulden⁴⁾, und zwar bis auf den Betrag von etwa 3.5 Mill. DM Ausgleichsforde-

rungen, die aus der Geldneuordnung 1948 kraft Gesetzes entstanden sind. Sie haben sich — abgesehen von den nachträglich mit Wirkung vom 1. Januar 1957 auf den Bund übergegangenen 452 Mill. DM Ausgleichsforderungen der Landeszentralbank in Bayern⁵⁾ — durch Tilgung um rd. 19 Mill. DM (darunter rd. 17 Mill. DM für Ausgleichsforderungen) etwas ermäßigt.

Die Neuschulden des Staates erhöhten sich absolut gesehen in etwa dem gleichen Umfang wie 1956, nämlich um rd. 349 Mill. DM auf fast 2.56 Mrd. DM. Relativ war jedoch die Zunahme mit 15,8 vH wesentlich geringer als im Vorjahr (18,5 vH). Am stärksten angewachsen (um 230 Mill. DM) sind die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln. Sie haben mit insgesamt 1 206 Mill. DM fast die Höhe der vom bayerischen Staat bei anderen Gebietskörperschaften seit der Währungsreform aufgenommenen Darlehen erreicht. Die Zunahme der Kreditmarktschulden beruht vor allem auf der starken Erhöhung der Schulden bei Banken und Sparkassen und auf der erheblichen Zunahme der Verpflichtungen aus der Ausgabe von Steuergutscheinen.

Die Schulden bei anderen Gebietskörperschaften haben — im Gegensatz zum Vorjahr — wesentlich schwächer zugenommen als die Kreditmarktschulden. Sie

¹⁾ Nähere Erläuterungen, ausführliches und tiefgegliedertes Zahlenmaterial sowie Angaben über die Verschuldung, die Schulddienstbelastung, die Steuerkraft und die Hebesätze der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände sind in dem Statistischen Bericht des Bayerischen Statistischen Landesamts, L 1 Reihe VI/A/1/43 enthalten. Dieser kann entweder über den Buchhandel oder direkt beim Bayerischen Statistischen Landesamt zum Preis von DM 6,— bezogen werden. — ²⁾ Siehe auch Tabellenenteil auf Seite 286 dieses Heftes. — ³⁾ Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandsschulden. — ⁴⁾ Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandsschulden. — ⁵⁾ Siehe § 38 (2) des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I, S. 745).

betragen am 31. März 1958 = 1 213 Mill. DM und werden fast ausschließlich, und zwar mit etwa gleich hohen Beträgen beim Bund (einschl. der 1956 als Liquiditätshilfe in Anspruch genommenen und als Kassenkredit ausgewiesenen 100 Mill. DM) und beim Lastenausgleichsfonds geschuldet. Abgesehen von den 100 Mill. DM Kassenkredit handelt es sich hier fast ausschließlich um weitergegebene Wohnbaukredite des Bundes und des Lastenausgleichsfonds, denen die aus der darlehensweisen Weitergabe der Beträge entstandenen Forderungen des Landes gegen die Bauherren gegenüberstehen.

Die aus öffentlichen Sondermitteln stammenden Darlehen sind nur wenig gestiegen.

Die ausschließlich aus Vorkriegsverpflichtungen bestehenden Auslandsschulden sind etwas zurückgegangen.

Übersicht 1. Entwicklung der Inlandsschulden der Gebietskörperschaften in Bayern seit 1951

Gebietskörperschaft	Verschuldung ¹⁾ am 31. März				
	1951	1954	1956	1957	1958
	Mill. DM				
Staat	2 479	3 901	3 969	4 013	4 343
Gemeinden u. Gemeindeverbände zusammen	304	625	1 036	1 288	1 553
davon					
Kreisfreie Städte	116	355	568	718	870
Kreisangehörige Gemeinden	64	199	350	426	518
Landkreise	122	61	102	124	140
Bezirke	2	10	16	20	25

Die kommunalen Schulden ²⁾

Am 31. März 1958 haben fast zwei Drittel aller bayerischen kommunalen Gebietskörperschaften Schulden nachgewiesen (im Vorjahr nicht ganz sechs Zehntel). Schuldenfrei sind nurmehr der Landkreis Lindau (Bodensee) und 2 683 kreisangehörige Gemeinden, und zwar fast ausschließlich Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohner.

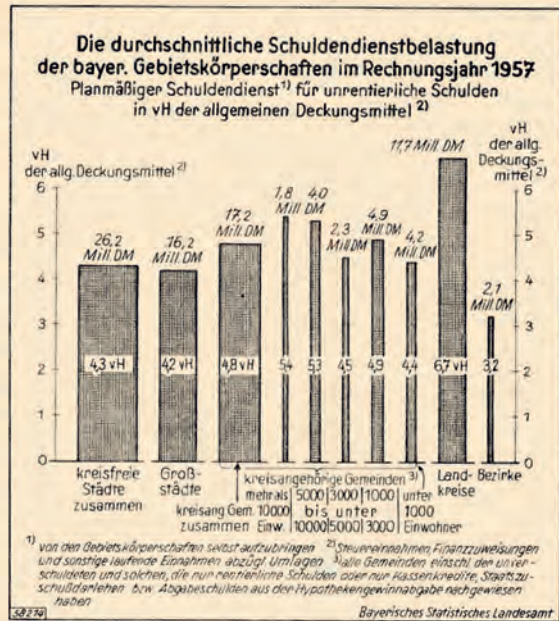
Die gesamte kommunale Verschuldung (einschl. Vorkriegsauslandsschulden) hat 1957 mit rd. 267 Mill. DM absolut stärker, relativ (20,1 vH) aber geringer, zugenommen als 1956. Sie erreichte am 31. März 1958 fast 1,6 Mrd. DM. Der relativ stärkste Zuwachs ist wiederum bei den kreisangehörigen Gemeinden unter 1 000 Einwohnern festzustellen, obwohl die Zuwachsrate wesentlich niedriger als im letzten Jahr war. Die geringste Zuwachsrate verzeichneten die Landkreise.

Fast 98 vH der Gesamtschulden sind Inlandverbindlichkeiten, die — mit Ausnahme der nur mehr unbedeutenden Altschulden (8,5 Mill. DM) — nach der Währungsreform entstanden sind (Neuschulden). Bei den Vorkriegsauslandsschulden (35,3 Mill. DM) handelt es sich ausschließlich um unter das Londoner Schuldabkommen fallende Vorkriegsverpflichtungen³⁾. Sie betreffen in der Hauptsache die Großstädte. Die Erhöhung ist auf eine Berichtigung der Amerikaanteile der Stadt München infolge nachträglicher Anmeldung noch nicht geregelter Anteile zurückzuführen.

Der Anteil der kreisangehörigen Gemeinden an der gesamten kommunalen Schuld ist, in der Hauptsache durch das Hinzukommen der neuverschuldeten Gemeinden, leicht gestiegen. Trotzdem liegt das Schwergewicht der gemeindlichen Verschuldung weiterhin bei den kreisfreien Städten, auf die ungefähr 57 vH des gesamten Kommunalkredits entfallen.

Durchschnittlich ist der Einwohner einer kreisfreien Stadt über zweieinhalbfach so stark belastet wie ein Landkreisbewohner (die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und der Landkreise zusammen gerechnet). Entsprechend der Zunahme der Gesamtverschuldung ist jedoch die pro-Kopf-Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden unter 1 000 Einwohnern am stärksten gestiegen.

¹⁾ Einschl. Kassenkredite. — ²⁾ Ohne die nachträglich mit Wirkung vom 1. Januar 1957 auf den Bund übergegangenen 452 Mill. DM Ausgleichsforderungen der Landeszentralbank Bayern — Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank. — ³⁾ Siehe auch Tabellenteil auf Seite 286 dieses Heftes. — ⁴⁾ Einschl. der auf Bayern entfallenden Anteile an den 7% und 6% Dollareinheiten von 1926 und 1928 des früheren Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. — ⁵⁾ Einschl. Kassenkredite und Auslandsschulden jedoch ohne Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ⁶⁾ Alle Gebietskörperschaften, berechnet nach der Einwohnerzahl am 30. Juni 1957. — ⁷⁾ Nur seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandsschulden (Neuschulden). Bei den kreisfreien Städten einschl. geringer Nachkriegsauslandsschulden. — ⁸⁾ Staatszuschuldarlehen sind Darlehen, die den Gemeinden (einschl. der kreisfreien Städte) durch die Bayerische Gemeindebank und Bayerische Landesbodenkreditanstalt) aus besonderen Mitteln gewährt werden, für die die Gemeinden zwar Schuldner sind, deren Verrentung (Zinsen und Tilgung) aber vom bayerischen Staat getragen wird. Sie gelten als echte Darlehen und werden, da sie der Herkunft nach aus öffentlichen Mitteln stammen, den Schulden der Gebietskörperschaften zugeordnet.



Übersicht 2. Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern nach Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaft bzw. Gemeindegrößenklasse	Verschuldung ¹⁾ am 31. März 1958			dar. aus Kreditmarktanteil ²⁾ Mill. DM
	insgesamt	Mill. DM	vH	
Kreisfreie Städte	905	57,0	289	608
darunter mit 100 000 und mehr Einwohnern	616	38,7	334	438
Kreisangehörige Gemeinden	518	32,6	86	287
davon mit				
mehr als 10 000 Einw.	54	3,4	181	34
3 000 bis unter 10 000 Einw.	192	12,1	130	115
1 000 " " 3 000 " "	149	9,3	78	78
weniger als 1 000 Einw.	124	7,8	53	59
Landkreise	140	8,8	23	76
Bezirke	25	1,6	3	17
Zusammen	1 589	100	174	987

Von der beträchtlichen Zunahme der bei anderen Gebietskörperschaften aufgenommenen Darlehen entfallen allein etwa 50 Mill. DM auf die Erhöhung der „sonstigen Kredite von Bund und Land“ einschl. der gemeldeten Staatszuschuldarlehen³⁾. Diese Kredite sind

insbesondere von den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden unter 3 000 Einwohnern in verstärktem Maße in Anspruch genommen worden. Die Anteile der einzelnen Verwendungszwecke an der zum 31. März 1958 ausgewiesenen gesamten kommunalen Neuverschuldung haben sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Die geringe Anteilssteigerung der Darlehen für die Wirtschaftsunternehmen, die Stadtentwässerung und den Schulhausbau hängt in der Hauptsache damit zusammen, daß die 1957 neu aufgenom-

Übersicht 3. Die Verwendung der kommunalen Neuschulden¹⁾ Bayerns 1958

Epl.	Verwaltungszweig	Neuschulden am 31. März 1958		
		Gemeinden (Gv) insgesamt		dar. im Rechnungsjahr 1957 neu aufgenommen
		Mill. DM	vH	Mill. DM
0	Allgemeine Verwaltung	15.9	1.0	2.1
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2.6	0.2	0.2
2	Schulen	251.7	16.4	57.6
3	Kultur	10.3	0.7	2.1
4	Fürsorge und Jugendhilfe	18.6	1.2	2.5
5	Gesundheits- und Jugendpflege	129.3	8.4	24.3
6	Bau- und Wohnungswesen	267.5	17.4	56.8
	darunter			
	Straßen, Wege, Brücken und sonst. Tiefbau	152.9	9.9	38.7
	Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung	68.8	4.5	13.5
7	Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	198.8	12.9	47.0
	darunter			
	Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	141.1	9.2	34.7
8	Wirtschaftliche Unternehmen	479.9	31.2	115.4
	darunter			
	Elektrizitätsversorgung	172.5	11.2	46.0
	Gasversorgung	57.6	3.7	9.6
	Wasserversorgung	201.6	13.1	48.5
	An Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	341.2	22.2	90.2
9	Finanzen und Steuern	157.3	10.2	15.3
	darunter			
	Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	127.5	8.3	11.4
10	Nicht aufgeteilt	6.1	0.4	0.5
	Zusammen	1 538.0	100	323.9
	darunter			
	verwendet für die Beseitigung von Kriegsschäden	147.6	9.6	7.1
	unrentierliche Zwecke	612.6	39.8	131.0

menen Schulden in erheblich stärkerem Ausmaß für die angeführten Verwaltungszweige verwendet wurden. Die Abnahme und die damit verbundene Anteilsverringering der beim „eigenen Wohnungsbau und Wohnsiedlung“ ausgewiesenen Fremdmittel beruht teils auf der buchmäßigen Überführung der fertiggestellten Wohnungsneubauten auf das allgemeine Grundvermögen, teils auf den unter gleichzeitiger Übertragung der Schuldenlast erfolgten Übergang dieser Bauten auf andere Bauherren sowie auch darauf, daß für den Wohnungsneubau wesentlich weniger neue Kredite aufgenommen wurden als im Vorjahr.

Über zwei Drittel (1 058 Mill. DM) der Neuschulden dienten der Mitfinanzierung von Investitionsvorhaben in den Kämmereiverwaltungen. Sie wurden vornehmlich für den Bau von Straßen und Brücken, den eigenen Wohnungsbau, den Schulhausbau, die Stadtentwässerung und für die Krankenhäuser eingesetzt. Nicht ganz ein Drittel (480 Mill. DM) wurden für den Kapitalbedarf der wirtschaftlichen Unternehmen, und zwar in der Hauptsache für die Elektrizitäts- und Wasserversorgung zur Verfügung gestellt. Davon wurden rd. 71 vH an die Eigenbetriebe weitergegeben.

Fast sechs Zehntel der kommunalen Schuld (926 Mill. DM) wurden für rentierliche Zwecke²⁾ verwendet. Das Verhältnis zwischen rentierlichen und unrentierlichen Schulden ist aber bei den einzelnen Gebietskörperschaften und Gemeindegrößenklassen sehr verschieden. Im Durchschnitt haben die kreisfreien Städte nur etwas über 30 vH der Schulden, die kreisangehörigen Gemeinden über 40 vH und die mit weniger als 1 000 Einwohnern fast die Hälfte der aufgenommenen Darlehen in unrentierlichen Verwaltungszweigen verwendet. Bei den Landkreisen und Bezirken ist die Verschuldung zu neun Zehntel bzw. zu acht Zehntel unrentierlich. Fast 91 vH aller Neuschulden waren langfristige Kredite, und zwar waren rd. 624 Mill. DM Darlehen mit einer Laufzeit von 10 und mehr Jahren und rd. 772 Mill. DM Annuitätsdarlehen.

Nach den Meldungen waren von allen bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rechnungsjahr 1957 rund 148 Mill. DM als planmäßiger Schuldendienst³⁾ aufzubringen. Davon entfallen rd. sechs Zehntel auf die kreisfreien Städte, 82 Mill. DM (55,3 vH) wurden für rentierliche und 57 Mill. DM (38,7 vH) für unrentierliche Schulden⁴⁾ geleistet. Etwa 9 Mill. DM (6 vH) wurden von dritten Stellen getragen oder ersetzt⁵⁾. Die aus dem Verhältnis des von den Gemeinden selbst aufgeführten Schuldendienstes für unrentierliche Schulden zu den allgemeinen Deckungsmitteln⁶⁾ errechnete sog. „Belastungsquote“ liefert einen Anhalt für die eigentliche Schuldendienstbelastung der gemeindlichen Haushalte⁷⁾. Sie ist — wie aus dem vorstehenden Schaubild hervorgeht — für die einzelnen Arten von Gebietskörperschaften und Gemeindegrößenklassen sehr unterschiedlich.

Dr. R. Schneider

¹⁾ Ohne Kassenkredite. — ²⁾ Als rentierlich werden — im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen — bei dieser Erhebung die Bereiche Wohnungsbau, öffentliche Einrichtungen, wirtschaftliche Unternehmen und das allgemeine Grundvermögen angesehen, also Bereiche, bei denen der Schuldendienst in der Regel durch Mehreinnahmen oder Ausgabensparnisse im Zusammenhang mit der Verwendung der Darlehen gedeckt werden kann. Die übrigen Verwaltungszweige werden als unrentierlich betrachtet. Der Schuldendienst für die unrentierlichen Schulden ist aus den allgemeinen Deckungsmitteln aufzubringen und stellt die eigentliche Belastung der kommunalen Haushalte dar. — ³⁾ Schuldendienst (Zinsen und Tilgung), der nach den Darlehensbedingungen für alle Schulden einschl. Auslandsschulden im Rechnungsjahr 1957 zu leisten war, einschl. der auf das Rechnungsjahr 1957 entfallenden Anteile von Tilgungsbeträgen, die nur in mehrjährigen Abständen fällig werden. — ⁴⁾ Siehe dazu Anm. 2. — ⁵⁾ Vornehmlich vom bayerischen Staat, z. B. für die sog. Staatszuschuldendarlehen und Schuldendienstbeihilfen. — ⁶⁾ Steuereinnahmen, Finanzzuweisungen und sonstige laufende Einnahmen abzüglich Umlagen. — ⁷⁾ Siehe dazu auch Anmerkung 1, Seite 264.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016		
		Monatsdurchschnitt			Januar	Sept.	Nov.	Dez.	Januar	Februar	
Bevölkerung¹ und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 604	12 692	12 844	12 696	12 795	12 830	12 844	
Natürliche Bevölkerungsbewegung¹											
* Eheschließungen ²	Anzahl	4 969	5 194	5 428	1 447	6 911	3 530	6 455	
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,9	5,1	1,3	6,6	3,3	5,9	
* Lebendgeborene ³	Anzahl	9 131	9 496	9 855	6 798	10 836	9 296	12 746	
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,7	9,0	9,3	6,3	10,3	8,8	11,7	
* Gestorbene ⁴	Anzahl	10 575	10 344	11 128	10 849	10 118	10 428	12 249	
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	10,1	9,8	10,5	10,1	9,6	9,9	11,2	
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	26	27	30	27	32	36	
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,7	2,8	2,8	4,4	2,5	3,4	2,8	
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	13	16	15	13	16	19	25	
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,6	2	1,9	1,5	2,0	2,0	
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 444	- 848	-1 194	-4 051	718	- 173	497	
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,4	- 0,8	- 1,2	- 3,8	0,7	- 0,2	0,5	
* Totgeborene ⁵	Anzahl	29	31	33	18	36	25	45	
Wanderungen¹ (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)											
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	30 527	33 365	39 584	32 197	55 376	40 029	37 561	
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	20 014	23 008	29 142	22 582	41 260	29 786	29 112	
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	22 390	25 639	25 920	23 565	32 617	26 663	24 636	
* darunter in das Ausland	Anzahl	13 050	15 839	15 813	14 196	18 785	16 904	16 651	
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 514	10 356	10 441	9 615	14 116	10 243	8 449	
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 340	9 800	10 107	9 369	13 382	9 759	7 985	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	8 137	7 726	13 663	8 632	22 759	13 366	12 925	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	43 522	44 525	44 486	44 064	55 700	45 893	42 452	
		2015	2016	2015	2016				2017		
		Jahresdurchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	
Arbeitsmarkt⁶											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁷	1 000	5 189,0	5 321,4	5 281,8	5 234,4	5 259,6	5 308,7	5 412,9	5 374,6	5 406,2	
* Frauen	1 000	2 382,7	2 443,1	2 416,6	2 413,6	2 420,2	2 431,4	2 476,2	2 475,7	2 482,0	
* Ausländer	1 000	597,8	664,1	630,6	620,4	639,7	670,0	693,7	685,7	710,8	
* Teilzeitbeschäftigte ⁸	1 000	1 338,1	1 400,9	1 361,3	1 369,5	1 381,3	1 400,9	1 421,2	1 430,8	1 442,3	
* darunter Frauen ⁸	1 000	1 100,6	1 144,7	1 116,1	1 124,3	1 132,3	1 142,5	1 158,0	1 167,5	1 175,0	
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)											
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	27,2	27,8	29,3	24,4	27,0	29,5	30,1	25,1	28,4	
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 722,0	1 744,8	1 750,7	1 721,2	1 726,4	1 742,3	1 774,8	1 750,4	1 763,2	
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 433,2	1 447,1	1 447,0	1 439,5	1 437,6	1 440,1	1 462,2	1 457,3	1 459,9	
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 362,3	1 375,6	1 375,3	1 368,8	1 366,8	1 368,6	1 389,8	1 385,9	1 387,9	
* F Baugewerbe	1 000	288,8	297,7	303,8	281,7	288,8	302,2	312,6	293,1	303,3	
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 439,8	3 548,7	3 501,6	3 488,8	3 506,2	3 536,9	3 607,9	3 599,1	3 614,6	
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 124,2	1 152,7	1 144,6	1 137,0	1 138,4	1 148,4	1 173,1	1 164,5	1 164,8	
* J Information und Kommunikation	1 000	187,1	195,6	190,0	189,6	192,6	195,5	199,3	200,3	204,1	
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	189,8	188,2	191,1	189,9	188,1	186,9	189,1	187,5	185,2	
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	31,6	33,1	32,2	32,4	32,9	32,9	33,5	33,7	34,3	
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	647,8	681,8	670,4	659,7	668,6	682,5	699,4	693,5	705,7	
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 083,5	1 118,0	1 095,4	1 103,7	1 107,6	1 109,8	1 132,0	1 141,4	1 142,0	
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	175,7	179,4	177,8	176,5	178,0	180,9	181,6	178,2	178,5	
		2014	2015	2016	2016			2017			
		Jahresdurchschnitt			August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
* Arbeitslose	1 000	264,6	256,5	250,6	249,5	245,6	216,5	219,0	234,3	221,1	
* darunter Frauen	1 000	123,2	117,7	112,0	116,3	114,8	100,2	102,3	110,6	105,1	
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{9 10}	%	3,8	3,6	3,5	3,5	3,4	3,0	3,0	3,2	3,0	
* Frauen	%	3,7	3,5	3,3	3,4	3,4	2,9	3,0	3,2	3,1	
* Männer	%	3,8	3,7	3,7	3,5	3,4	3,0	3,0	3,2	3,0	
* Ausländer	%	8,7	8,6	8,9	8,6	8,7	7,3	7,2	7,6	7,4	
* Jugendliche	%	3,2	3,1	3,2	4,1	3,9	2,4	2,9	3,8	3,1	
* Kurzarbeiter ¹¹	1 000	21,5	20,3	19,5	4,4	5,5	
* Gemeldete Stellen ¹²	1 000	73,1	87,8	103,9	110,2	111,1	118,1	122,5	125,5	126,6	

1 Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

2 Nach dem Ereignisort.
3 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Totgeborene, nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

7 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
8 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
9 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
10 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
11 Die Bundesagentur für Arbeit hat die Zahlen zu den Kurzarbeitern im Mai 2017 rückwirkend bis November 2011 revidiert.
12 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Jul	August	Mai	Juni	Jul	August
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	519,3	511,6	495,6	468,2	494,0	499,8	479,4	480,9	466,2
darunter Rinder	1 000	75,9	77,3	77,6	70,6	78,3	76,7	70,5	72,7	65,2
darunter Kälber ²	1 000	1,6	1,5	1,5	1,3	1,3	1,4	1,1	1,1	1,0
Jungrinder ³	1 000	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3
Schweine	1 000	432,9	423,9	407,4	387,9	407,3	414,5	399,2	398,7	393,5
Schafe	1 000	9,8	9,6	9,9	9,0	7,9	7,9	9,1	8,8	7,0
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	514,2	506,8	493,1	467,0	492,8	498,4	476,4	479,7	465,2
darunter Rinder	1 000	75,1	76,5	77,2	70,4	78,0	76,3	70,0	72,4	65,0
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,4	1,4	1,2	1,2	1,3	1,0	1,1	0,9
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Schweine	1 000	429,9	421,2	405,9	387,4	406,8	413,9	398,2	398,2	393,1
Schafe	1 000	8,6	8,5	9,3	9,0	7,5	7,6	7,6	8,4	6,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	343,9	344,1	343,3	340,8	341,1	348,5	346,1	344,0	344,3
darunter Kälber ²	kg	112,5	108,4	111,2	113,1	115,8	115,3	118,8	114,0	111,5
Jungrinder ³	kg	183,3	177,9	184,1	180,9	160,6	168,9	170,1	194,2	188,8
Schweine	kg	95,8	96,0	96,1	94,5	94,7	96,4	96,0	95,0	95,1
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,7	67,5	66,0	60,9	65,4	66,8	62,9	63,1	60,0
darunter Rinder	1 000 t	26,0	26,6	26,6	24,1	26,7	26,7	24,4	25,0	22,4
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,5	40,7	39,2	36,7	38,6	40,0	38,3	37,9	37,4
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,2	67,0	65,7	60,8	65,3	66,7	62,6	62,9	59,9
* darunter Rinder	1 000 t	25,8	26,4	26,5	24,0	26,6	26,6	24,2	24,9	22,4
* darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
* Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	41,2	40,4	39,0	36,6	38,5	39,9	38,2	37,8	37,4
* Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	4 730	5 091	5 227	5 236	5 242	5 363	5 363	5 361	5 364
Legehennenbestand ⁶	1 000	4 153	4 499	3 648	3 447	3 859	3 878	3 713	3 868	3 748
* Konsumeier ⁶	1 000	101 881	114 059	89 906	85 312	89 074	95 605	91 647	91 882	96 308
* Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	14,5	13,7	14,1	15,0	16,0	16,7	15,2	15,7	15,0
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	4,5	3,9	4,0	3,7	16,3	1,4	1,7	8,0	13,1
Weizen	1 000 t	39,3	33,7	33,7	22,7	90,9	21,1r	16,9	44,0r	106,8
Gerste	1 000 t	7,2	8,9	7,8	13,9	17,2	8,1	7,1	37,0r	14,2
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,2	0,4	0,4	0,7
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	104,5	106,9	112,7	108,4	112,7	114,3r	107,9	112,5r	110,3
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,1	11,9	11,6	10,4	11,3	12,5	11,7	10,9	11,3
Weizen und -gemenge	1 000 t	93,4	95,0	101,2	98,0	104,9	101,7r	96,3	101,6r	99,0
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	45,5	51,2	43,6	25,5	64,7	25,9	22,4	37,5	60,5
Weizen	1 000 t	467,9	490,3	486,3	258,7	614,6	285,1r	227,1	305,7r	720,6
Gerste	1 000 t	256,9	332,1	321,5	380,2	434,1	185,7r	170,8r	316,4r	417,8
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	6,7	6,5	9,1	6,8	11,9	6,6	7,0	9,0r	14,5
Mais	1 000 t	52,4	63,2	72,3	35,2	22,6	54,7	63,2r	32,8	20,2
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 928	2 228	2 282r	2 321	2 498	2 311	2 387
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	115	178r	158r	161	218	194	170
11 bis 13	1 000 hl	1 776	2 030r	2 102r	2 125	2 244	2 086	2 184
14 oder darüber	1 000 hl	35	20	22	35	36	30	33
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	383	542	474	607	604	574	589
dav. in EU-Länder	1 000 hl	236	346	317	365	401	375	396
in Drittländer	1 000 hl	147	196	157	241	203	199	193

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	10,2	9,7	12,7	8,8	9,0	9,6	8,8	9,2	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,2	8,6	12,9	7,4	7,5	7,6	7,1	7,5	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 830	3 911	3 965	3 973	3 973	4 021	4 022	4 018	4 017
* Beschäftigte	1 000	1 111	1 135	1 153	1 153	1 158	1 169	1 172	1 178	1 183
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	386	388	392	392	394	405	408	410	411
Investitionsgüterproduzenten	1 000	526	542	551	549	552	551	550	553	555
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	35	36	37	37	37	38	38	38	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	162	166	171	173	174	173	174	176	177
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	142 141	146 141	147 575	149 458	137 857	154 480	143 401	152 057	141 341
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 651	4 885	5 083	5 564	4 746	5 330	5 662	5 777	4 942
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 190	27 327	27 292	26 809	25 737	29 966	29 852	29 054	27 969
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	7 223	7 416	7 463	7 324	7 405	8 434	8 351	8 048	8 158
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	14 315	15 358	15 807	14 978	13 714	16 661	16 705	16 289	15 003
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 208	3 221	3 238	3 223	3 372	3 467	3 464	3 396	3 562
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	13 795	14 717	14 991	14 539	13 873	16 342	16 509	15 786	15 274
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	109,4	112,8	114,7	113,1	108,1	122,5	121,7	120,1	113,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	94,2	91,2	101,3	120,2	113,7	113,0	107,7	108,9	107,8
Verarbeitendes Gewerbe	%	109,4	112,9	114,8	113,1	108,1	122,6	121,8	120,1	113,8
Vorleistungsgüterproduzenten	%	108,3	109,8	112,7	112,4	110,1	124,2	121,1	121,0	118,7
Investitionsgüterproduzenten	%	111,5	116,5	117,5	114,3	106,8	124,1	125,4	122,0	112,0
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	106,8	108,0	110,2	111,7	113,0	114,0	112,0	113,8	114,2
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	118,0	118,3	123,5	116,9	101,7	131,3	133,8	127,7	112,2
Inland	%	106,5	110,0	114,9	108,1	103,5	115,5	116,0	119,7	112,6
Ausland	%	125,4	123,7	129,0	122,6	100,6	141,6	145,3	132,8	112,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	109,6	114,1	116,6	112,8	109,9	128,5	132,7	128,6	134,5
Investitionsgüterproduzenten	%	122,4	120,6	127,4	119,4	97,4	134,0	136,4	128,6	103,0
Gebrauchsgüterproduzenten	%	98,6	100,8	100,9	91,7	93,3	109,3	101,6	95,9	95,5
Verbrauchsgüterproduzenten	%	108,8	116,8	114,6	116,7	130,9	112,8	105,2	120,1	129,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	1 000	80	81	83	84	85	88	88	89	89
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 923	7 840	8 081	9 330	8 565	9 951	9 374	9 872	8 883
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	2 325	2 377	2 420	2 779	2 411	3 038	2 841	3 010	2 511
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	2 727	2 699	2 713	2 975	2 836	3 212	2 993	3 168	2 976
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 872	2 764	2 947	3 575	3 318	3 700	3 540	3 694	3 396
* Entgelte	Mill. €	247,5	251,6	260,4	268,5	282,9	295,8	291,4	290,5	301,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 127,6	1 125,3	1 205,7	1 394,3	1 346,2	1 432,9	1 428,6	1 601,3	1 473,5
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	299,2	316,2	329,0	391,7	344,6	390,2	386,5	423,4	384,7
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	466,4	462,2	476,9	517,4	529,5	564,9	564,3	654,2	570,1
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	372,8	360,9	399,8	485,2	472,2	477,8	477,8	523,7	518,8
Messzahlen (2010 = 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	123,1	132,4	145,6	136,3	150,6	172,0	180,5	158,1	151,2
* davon Wohnungsbau	Messzahl	130,5	154,9	166,4	162,9	172,3	189,5	211,1	196,2	177,8
* gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	126,8	127,2	139,1	119,3	149,1	163,0	145,0	131,9	134,1
* öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	114,2	123,3	138,9	137,5	137,9	170,5	199,5	162,0	152,6
* darunter Straßenbau	Messzahl	126,7	125,9	165,6	158,5	180,5	198,6	239,6	186,8	158,5
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵										
* Tätige Personen im Ausbaugewerbe	1 000	60	61	63	.	.	.	65	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	18 102	18 739	19 032	.	.	.	19 618	.	.
* Entgelte	Mill. €	460,0	482,9	506,5	.	.	.	533,5	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 906,1	1 896,1	1 978,8	.	.	.	1 898,8	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	247	257	275	275	275	278	278	276	276
* Beschäftigte	Anzahl	29 587	29 461	29 483	29 274	29 304	30 259	30 264	30 225	30 240
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶	1 000	3 534	3 560	3 592	3 587	3 354	3 763	3 354	3 711	3 390
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	129	130	133	126	124	135	137	131	125
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷	Mill. kWh	5 300,8	4 919,6	4 541,2	3 559,6	4 784,4	5 122,6	4 514,8	3 405,1	.
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷	Mill. kWh	5 017,3	4 654,1	4 303,9	3 382,4	4 548,4	4 884,3	4 298,3	3 247,6	.
* dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	430,3	467,6	543,9	342,8	337,6	503,2	361,5	392,7	.
* Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷	Mill. kWh	939,7	1 037,5	1 123,1	609,0	611,8	915,6	601,9	602,8	.
Handwerk (Messzahlen) ⁸										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	Messzahl	103,1	.	.
* Umsatz ⁹ (VjD 2009 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	122,4	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen ¹⁰										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 995	2 116	2 237	2 059	2 301	2 765	2 402	2 485	2 411
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 744	1 852	1 920	1 760	1 944	2 410	2 035	2 154	2 050
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 648	2 771	3 117	2 817	3 308	3 577	3 477	3 350	3 445
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	818	898	1 057	957	1 139	1 247	1 248	1 183	1 252
* Wohnfläche	1 000 m ²	459	483	548	498	585	631	616	588	601
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	665	648	670	641	718	723	728	794	849
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 041	4 020	4 112	3 082	3 492	3 541	6 478	4 840	5 705
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	550	614	675	534	631	571	1 174	686	1 028
* Nutzfläche	1 000 m ²	576	590	609	462	554	537	907	701	848
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 897	5 138	6 212	5 579	6 447	6 615	7 221	6 714	6 585
* Wohnräume ¹² insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 966	21 200	23 786	21 960	24 852	26 632	26 663	25 549	25 272
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁴	Mill. €	12 542,5	13 438,0	13 833,2	14 147,7	13 366,0	14 046,6	15 406,9	14 649,7	14 812,8
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	645,5	740,4	758,0	721,8	693,6	714,8	770,7	758,0	789,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	10 983,6	12 022,0	12 258,4	12 315,8	11 631,0	12 227,3	13 424,8	12 749,5	12 893,4
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 319,2	1 009,9	873,8	727,1	743,0	778,5	955,2	839,3	818,1
* Halbwaren	Mill. €	497,9	516,3	485,8	445,6	489,4	553,9	538,4	499,1	544,0
* Fertigwaren	Mill. €	9 166,5	10 495,8	10 898,8	11 143,1	10 398,6	10 894,9	11 931,2	11 411,1	11 531,3
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	805,8	827,2	819,6	837,1	838,5	872,8	982,2	907,7	911,2
* Enderzeugnisse	Mill. €	8 360,7	9 668,5	10 079,2	10 306,0	9 560,1	10 022,1	10 949,1	10 503,4	10 620,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Ergebnisse aus dem Monatsbericht im Bauhauptgewerbe.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

5 Ergebnisse aus der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

6 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

7 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

8 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

9 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

10 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Texturen (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

13 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

14 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016 ¹	2016 ¹		2017 ¹			
		Monatdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Großhandel (2010 = 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	106,3	107,8	108,7	105,4	105,5	118,6	118,3	115,2	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	101,0	103,4	104,9	100,9	101,7	112,0	112,0	108,8	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	109,2	110,2	111,2	111,2	111,7	112,9	113,1	113,3	.
Einzelhandel (2010 = 100)^{2,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	112,4	125,1	135,6	132,9	129,5	142,7	137,1	142,1	136,6
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	114,0	117,2	124,2	126,4	121,2	133,3	131,9	134,0	128,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	108,9	112,7	117,6	125,8	115,3	129,9	126,7	128,3	118,4
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	118,9	126,2	133,7	135,2	130,7	140,8	134,2	142,0	138,4
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	113,9	119,5	124,0	124,6	118,5	133,1	125,0	128,4	122,4
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	128,7	221,8	280,4	251,3	255,4	285,6	269,5	292,1	281,9
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	106,8	119,3	128,9	126,8	123,8	132,8	128,2	133,7	128,4
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	106,3	107,3	108,6	108,0	108,7	110,3	110,1	110,1	110,5
Kfz-Handel (2010 = 100)^{2,7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	104,6	112,8	119,4	120,6	114,0	140,1	134,2	128,0	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	102,2	109,3	114,5	115,5	109,3	133,0	127,3	121,2	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	113,6	114,2	116,8	115,2	115,4	119,3	119,3	119,1	.
Gastgewerbe (2010 = 100)²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	118,0	122,9	127,5	146,4	141,2	137,4	137,0	151,8	144,9
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	123,0	128,7	134,3	153,3	151,0	145,0	141,8	158,1	153,5
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	137,2	167,3	362,5	383,3	322,4	357,5	355,2	362,4	351,4
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	%	114,0	117,6	121,0	140,3	133,1	131,4	133,6	144,2	137,5
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	114,1	117,7	120,9	140,7	135,5	130,3	133,1	145,8	139,5
Kantinen und Caterer	%	118,4	125,2	130,0	134,6	111,6	142,1	128,0	143,5	118,2
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	109,0	110,8	112,7	129,4	124,8	119,3	118,5	131,0	125,1
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	107,0	108,4	109,6	114,6	113,9	113,0	115,5	117,4	115,7
Fremdenverkehr⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 706	2 850	2 884	4 115	3 812	3 291	3 598	4 363	3 996
* darunter Auslandsgäste	1 000	660	711	696	1 132	1 007	784	845	1 230	1 122
* Gästeübernachtungen	1 000	7 102	7 342	7 409	10 405	10 983	7 949	9 124	10 946	11 343
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 381	1 463	1 422	2 222	2 087	1 546	1 651	2 401	2 349
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	58 711	60 725	64 910	67 273	55 700	79 043	75 080	70 662	58 986
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	3 161	3 377	4 002	4 232	3 543	4 759	4 439	4 193	3 024
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	50 141	51 721	55 045	57 005	46 529	66 900	63 750	60 165	50 443
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 631	3 820	4 112	4 171	4 206	5 285	5 073	4 471	3 952
* Zugmaschinen	Anzahl	1 432	1 442	1 364	1 457	1 093	1 670	1 405	1 461	1 206
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	234	245	257	310	252	323	277	298	280
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	107 580	106 408	110 936	.	.	330 086	.	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 963	91 908	94 728	.	.	282 086	.	.	.
private Unternehmen	1 000	14 617	14 501	16 208	.	.	48 000	.	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	30 748	32 594	33 175	37 375	32 411	37 437	34 340	36 042	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 377	4 486	4 542	6 238	5 540	5 472	5 654	5 481	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 371	28 108	28 633	31 137	26 871	31 965	28 686	30 561	...
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	52	51	51	62	71	56	54	64	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 795	5 930	5 980	7 994	7 188	6 988	7 137	6 991	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 652	1 706	1 761	2 034	1 933	1 974	2 054	2 161	...
Abgang	1 000	1 646	1 699	1 752	2 074	2 045	1 961	2 021	2 204	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	135	140	144	168	186	177	204	213	...
Abgang	1 000	135	140	144	179	202	181	211	223	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	31	36	42	46	52	50	50	51	...
Abgang	1 000	31	36	41	48	53	50	49	53	...
Eisenbahnverkehr¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 273	2 387	2 432	2 526	2 507	2 543	2 324	2 402	...
Güterversand	1 000 t	1 904	2 052	2 025	2 219	2 248	2 115	1 920	2 060	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	444	361	356	365	403	466	523
davon auf dem Main	1 000 t	210	190	187	179	191	269	272
auf der Donau	1 000 t	234	171	169	186	212	197	251
* Güterversand insgesamt	1 000 t	274	254	242	290	345	317	375
davon auf dem Main	1 000 t	172	154	164	202	222	231	201
auf der Donau	1 000 t	102	100	78	88	123	86	174

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidengrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei

10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	462 351	480 758	500 590	.	.	.	520 556	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	410 140	423 243	440 184	.	.	.	454 161	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	51 100	51 091	49 746	.	.	.	51 845	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	45 752	46 695	46 500	.	.	.	48 263	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	5 348	4 397	3 246	.	.	.	3 582	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	59 317	61 419	65 747	.	.	.	69 186	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	57 358	59 465	64 061	.	.	.	67 477	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	1 959	1 954	1 686	.	.	.	1 709	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	351 933	368 248	385 097	.	.	.	399 525	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	318 906	335 294	353 193	.	.	.	369 619	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 028	32 955	31 904	.	.	.	29 906	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	572 073r	582 467	610 894	.	.	.	638 304	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	450 183	462 238	491 875	.	.	.	519 586	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	423 349	431 304	456 986	.	.	.	481 286	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	26 833	30 935	34 889	.	.	.	38 300	.	.
Spareinlagen	Mill. €	121 890r	120 229	119 020	.	.	.	118 718	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	48 126	47 043	46 068	.	.	.	45 441	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	27 944	26 967	26 139	.	.	.	25 871	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 284	1 214	1 160	1 215	1 225	1 201	1 062	1 085	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	93	102	93	126	91	94	101	66	...
* davon Unternehmen	Anzahl	246	266	228	270	243	219	251	205	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	64	71	67	91	64	65	77	46	...
* Verbraucher	Anzahl	741	674	654	659	682	685	579	611	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	2	3	4	3	-	1	...
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	245	226	238	249	248	249	192	231	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	16	14	17	14	12	12	13	...
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	52	48	40	37	52	48	40	38	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	14	10	15	9	14	12	6	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	351 715	295 993	209 782	290 123	155 382	225 525	249 673	348 809	...
davon Unternehmen	1 000 €	255 439	192 203	126 560	212 037	83 923	145 756	170 294	271 631	...
Verbraucher	1 000 €	41 057	34 902	35 812	31 922	35 484	36 649	28 843	31 997	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	46 981	51 312	40 025	38 894	29 932	34 851	43 693	35 907	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	8 238	17 576	7 385	7 269	6 042	8 268	6 843	9 274	...
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	132,5	127,9	121,5	109,8	115,9	105,4	102,9	105,4	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹²	Mill. €	152,9	151,9	197,6	174,5	175,0	185,5	178,5	171,8	173,0
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹³										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	234,1r	235,3r	243,0	243,8	244,5	251,0	249,4
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	436,1r	440,9r	454,1	454,6	456,6	474,7	473,2
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	296,3r	299,8r	310,4	311,0	313,5	325,9	324,2
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	111,7r	113,6r	116,6	116,0	116,9	125,5	125,9
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 941,4	5 226,6	5 537,9	4 589,9	3 916,0	4 372,0	9 062,6	4 621,2	5 139,5
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 230,5	3 437,8	3 569,9	3 648,9	3 626,5	3 822,8	3 923,2	3 680,4	3 931,2
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	813,8	881,1	977,2	0,4	- 42,1	160,5	2 927,3	- 68,0	- 28,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	355,8	395,5	446,3	862,1	295,3	532,3	519,7	915,4	1 380,7
Abgeltungsteuer	Mill. €	107,9	110,7	78,2	45,5	45,5	57,9	50,7	51,5	56,7
Körperschaftsteuer	Mill. €	433,4	401,5	466,3	33,0	- 9,2	- 201,5	1 641,7	41,9	- 200,6
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	2 065,9	2 110,0	2 306,8	2 295,6	2 796,8	2 480,9	2 112,5	2 670,7	2 204,4
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	270,9	302,0	332,5	305,2	331,1	319,3	344,4	292,4	296,9
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	113,1	130,8	143,6	132,1	133,4	115,2	138,2	104,2	118,2
Grundsteuer	Mill. €	118,8	130,9	148,3	141,4	163,1	159,7	154,9	153,7	142,1
Biersteuer	Mill. €	12,9	13,1	12,9	14,5	12,2	12,1	14,2	15,4	14,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.
13 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1,2,3}	Mill. €	861,6	888,0	958,0	.	.	.	3 159,4	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,1	7,0	.	.	.	24,8	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	137,7	139,6	143,2	.	.	.	516,5	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	712,5	736,9	803,1	.	.	.	2 601,5	.	.
Steuereinnahmen des Bundes³										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 953,5	2 074,8	2 205,0	1 825,0	1 316,0	1 446,0	3 808,3	1 837,1	2 066,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6}	Mill. €	27,8	27,8	29,6	92,6	0,0	0,0	0,0	101,9	0,0
Steuereinnahmen des Landes³										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 912,8	2 038,2	2 194,8	1 825,0	1 423,4	1 325,3	3 808,3	1 837,1	2 006,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6,7}	Mill. €	104,5	104,4	111,4	329,2	18,9	18,2	0,0	353,6	26,4
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv^{2,3,4}										
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4,8}	Mill. €	540,1	579,6	608,5	486,1	388,9	435,0	966,2	481,3	512,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	52,7	63,5	64,8	.	.	.	250,5	.	.
Gewerbesteuer (netto) ^{1,9}	Mill. €	580,2	603,3	662,5	.	.	.	2 168,3	.	.
Verdienste										
		2015	2016	2015		2016		2017		
		Jahreswert		2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
männlich	€	4 217	4 343	3 758	3 778	3 892	3 918	3 878	3 951	...
weiblich	€	4 496	4 618	3 977	3 998	4 117	4 141	4 087	4 167	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	3 540	3 663	3 222	3 241	3 339	3 366	3 361	3 415	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	8 275	8 349	6 898	6 961	7 067	7 097	7 097	7 224	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	5 045	5 128	4 467	4 499	4 599	4 614	4 561	4 642	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	3 353	3 426	3 092	3 103	3 178	3 194	3 137	3 214	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	2 793	2 801	2 600	2 608	2 625	2 633	2 610	2 666	...
Produzierendes Gewerbe	€	2 206	2 292	2 101	2 104	2 166	2 168	2 220	2 263	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	4 428	4 575	3 899	3 917	4 039	4 071	4 054	4 160	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 532	3 655	3 265	3 306	3 392	3 333	3 401	3 434	...
Energieversorgung	€	4 632	4 776	4 036	4 049	4 166	4 207	4 224	4 303	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	5 069	5 154	4 485	4 517	4 600	4 610	4 819	4 825	...
Baugewerbe	€	3 447	3 491	3 207	3 222	3 278	3 232	3 360	3 384	...
Dienstleistungsbereich	€	3 336	3 480	3 171	3 212	3 340	3 322	3 090	3 399	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	4 070	4 181	3 659	3 681	3 789	3 812	3 764	3 818	...
Verkehr und Lagerei	€	4 066	4 085	3 567	3 579	3 604	3 641	3 570	3 626	...
Gastgewerbe	€	3 237	3 219	2 989	3 032	2 983	3 002	2 984	3 036	...
Information und Kommunikation	€	2 439	2 481	2 342	2 323	2 369	2 410	2 391	2 435	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	(6 153)	5 786	5 195	5 239	5 187	5 210	5 028	5 095	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	5 703	5 813	4 750	4 809	4 917	4 973	5 140	5 149	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 417	4 798	3 894	3 895	4 233	4 244	4 351	4 393	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	5 391	5 489	4 633	4 640	4 711	4 763	4 727	4 781	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	2 501	2 700	2 397	2 401	2 564	2 557	2 664	2 673	...
Erziehung und Unterricht	€	3 711	3 810	3 492	3 556	3 641	3 655	3 649	3 746	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	4 505	4 564	4 214	4 352	4 342	4 335	4 082	4 225	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	3 805	3 916	3 583	3 577	3 668	3 691	3 756	3 812	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
	€	3 952	4 065	3 614	3 637	3 714	3 740	3 649	3 659	...
Preise										
		2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹³					Sept.	Juli	August	Sept.
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	104,3	105,8	106,6	107,0	107,6	108,0	109,5	109,7	109,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,0	109,6	110,7	112,3	113,1	112,7	115,6	115,7	115,9
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	105,5	108,0	110,3	113,6	116,6	117,4	120,4	120,5	120,6
Bekleidung und Schuhe	%	104,6	106,2	107,9	109,4	110,2	113,4	105,6	109,8	116,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,5	107,5	108,3	108,0	108,3	108,5	109,9	110,0	110,3
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,2	102,4	102,8	103,9	104,5	104,3	105,1	104,8	105,1
Gesundheitspflege	%	103,1	98,7	100,7	103,1	104,4	104,8	106,6	106,7	106,7
Verkehr	%	108,2	108,2	108,2	106,2	105,2	105,8	107,8	108,0	108,6
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,1	89,5	89,6	89,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,2	104,4	104,7	105,7	105,4	110,9	110,2	107,1
Bildungswesen	%	102,8	97,3	76,8	78,5	80,5	80,9	82,1	82,1	82,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	102,5	105,2	108,1	111,0	112,9	114,2	114,6	115,0	115,5
Anderer Waren und Dienstleistungen	%	102,8	104,2	106,1	107,6	109,7	110,3	109,9	110,0	110,0
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	102,5	103,6	104,9	106,2	107,6	107,8	110,1	110,1	108,9
Nettokaltmiete	%	102,7	104,0	105,6	107,2	108,9	109,4	110,9	111,0	111,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.

2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung;

Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	105,5	107,8	110,0	111,6	113,9	114,7	116,1	117,1	118,0
davon Rohbauarbeiten	%	106,0	107,9	109,8	110,8	112,9	113,7	115,0	116,4	117,1
Ausbauarbeiten	%	105,0	107,7	110,3	112,4	114,7	115,5	117,0	117,7	118,8
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	102,5	103,8	105,9	106,8	108,8	109,6	111,1	111,1	111,9
Bürogebäude	%	105,4	107,6	109,9	111,6	113,8	114,6	116,1	117,1	118,2
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	105,6	107,6	109,7	111,2	113,4	114,3	115,7	116,7	117,4
Straßenbau	%	105,5	107,8	109,2	109,2	110,0	111,1	111,5	112,4	113,1
							2016		2017	
							3. Vj.	4. Vj.	1 Vj.	2 Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	225,40	223,59	234,86	235,17	261,37	240,11	300,19	290,80	...
Rohbauland	€	46,96	59,72	50,19	50,93	56,71	59,31	57,90	58,69	...
Sonstiges Bauland	€	57,33	61,06	67,30	68,30	83,24	82,43	71,76	92,98	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹					Sept.	Juli	August	Sept.
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	104,1	105,7	106,6	106,9	107,4	107,7	109,4	109,5	109,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,3	110,4	111,5	112,3	113,2	112,7	115,9	115,7	116,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	104,8	107,0	110,3	113,4	116,0	117,0	119,7	119,8	119,7
Bekleidung und Schuhe	%	103,3	104,4	105,5	106,3	107,0	109,6	103,3	105,9	111,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,4	107,5	108,4	108,0	107,9	108,1	109,5	109,6	109,8
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,1	102,1	102,5	103,2	103,8	103,6	104,2	104,0	104,2
Gesundheitspflege	%	103,2	99,4	101,4	103,4	105,1	105,4	107,2	107,3	107,2
Verkehr	%	107,7	107,5	107,3	105,5	104,6	105,2	107,1	107,5	107,9
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,1	89,5	89,6	89,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,1	104,4	105,0	106,1	105,9	111,6	111,1	107,9
Bildungswesen	%	94,0	95,1	93,1	92,8	94,4	95,1	95,3	95,3	96,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	103,6	106,0	108,2	111,0	113,2	114,0	116,0	116,1	116,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	102,6	104,3	106,1	107,2	109,2	109,7	109,6	109,6	109,8
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 = 100)	%	108,7	105,9	103,6	100,9	97,8	97,8	99,8	99,8	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 = 100)	%	104,9	104,3	104,0	104,9	104,0	104,0	105,7	105,6	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 = 100)	%	107,0	106,9	105,8	103,9	102,1	102,0	104,7	104,9	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,8	104,6	103,5	102,3	100,8	101,0	104,1	104,3	...
Investitionsgüterproduzenten	%	102,2	103,0	103,5	104,2	104,8	104,9	106,0	106,0	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	106,3	108,4	109,0	108,1	108,8	109,2	112,3	112,5	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	103,3	104,3	105,7	107,1	108,4	108,6	109,7	109,7	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	106,8	109,0	109,5	108,3	108,8	109,3	112,7	112,9	...
Energie	%	113,0	112,0	108,5	102,6	96,6	95,9	98,9	99,3	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 = 100)	%	119,4	120,7	111,1	106,9	106,6p	104,7p	120,2p	121,1p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	126,4	120,2	103,8	114,3	117,1p	107,7p	123,3p	122,6p	...
Tierische Erzeugung	%	114,9	121,1	115,9	102,1	99,7	102,7	118,2p	120,1p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 = 100)	%	108,0	107,4	106,1	104,8	103,8	104,2	106,8	107,1	107,7
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	107,7	111,5	111,8	112,9	114,4	114,9	116,7	116,8	117,1
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	121,3	115,8	110,2	95,0	86,0	87,2	90,1	91,1	93,1
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 = 100)	%	103,3	104,4	105,0	105,3	105,9	106,2	107,2	107,5	108,3
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,6	107,2	108,3	108,8	109,4	109,4	111,6	111,6	112,3
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	105,7	108,8	110,1	111,8	113,4	113,7	115,2	115,1	115,3
Kraftfahrzeughandel	%	101,9	101,8	102,1	103,0	104,1	104,3	105,6	105,8	105,9

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

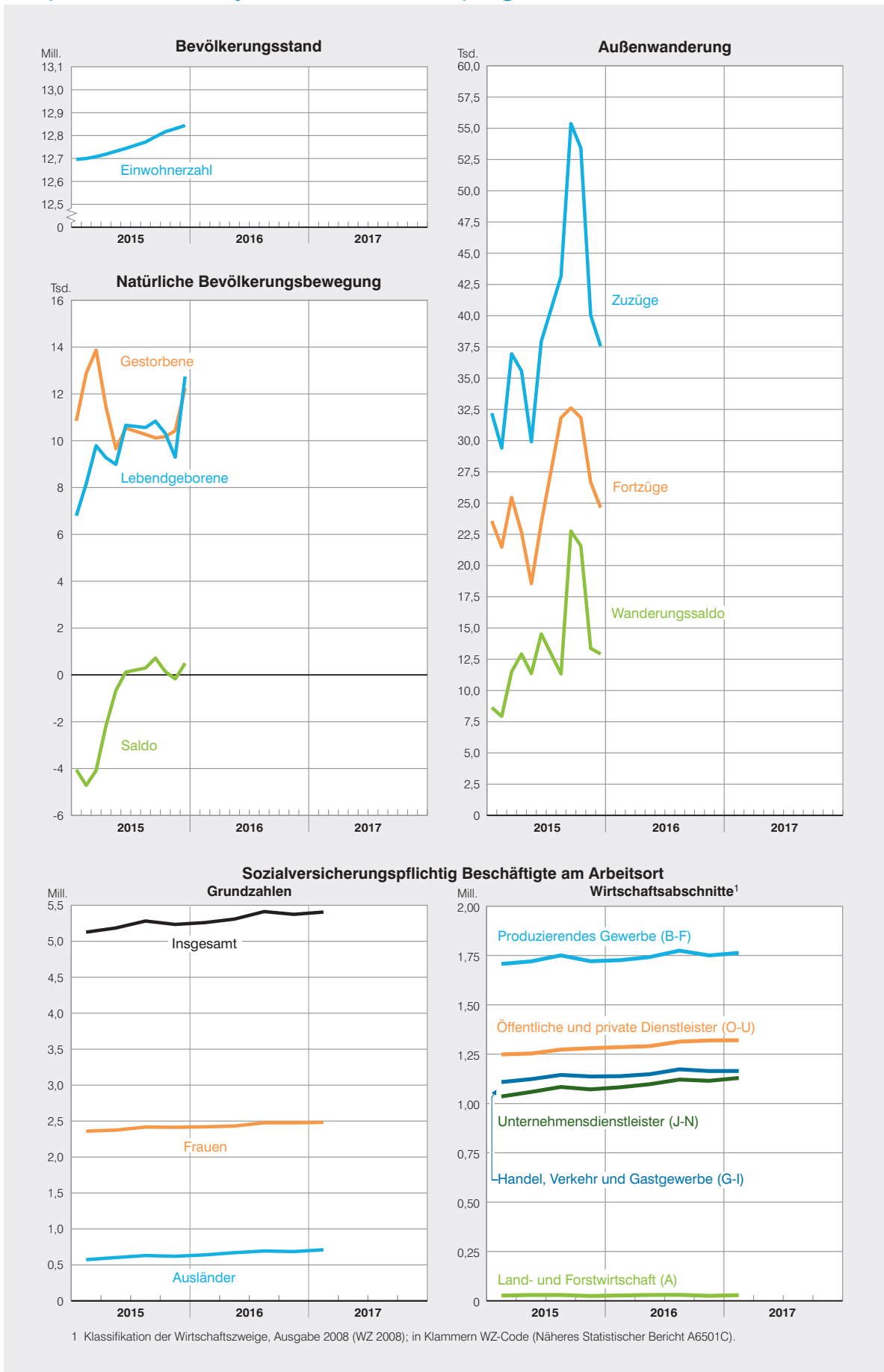
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

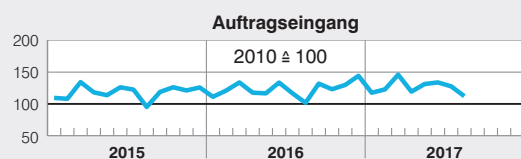
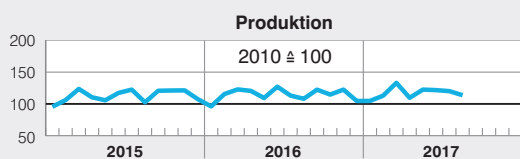
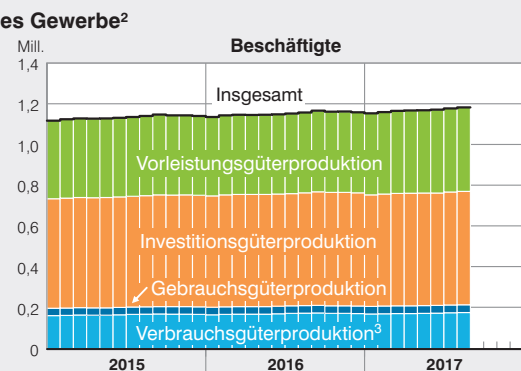
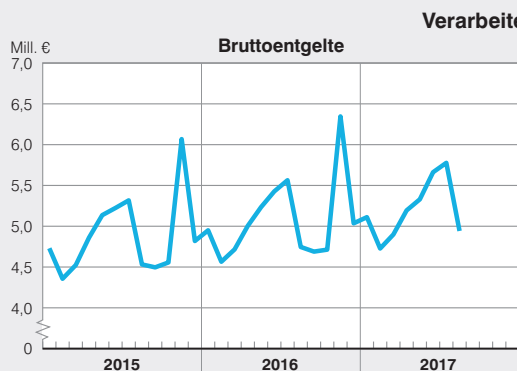
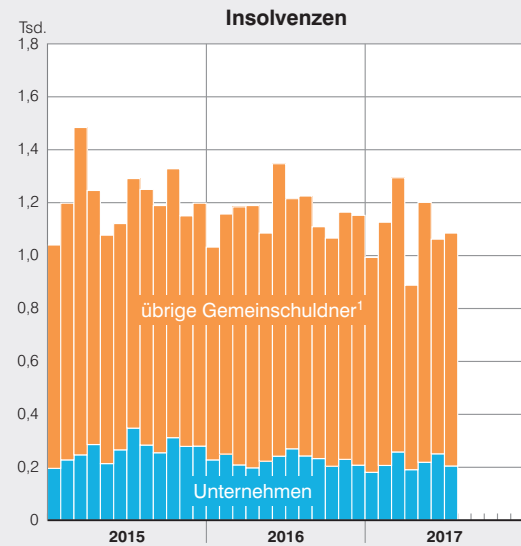
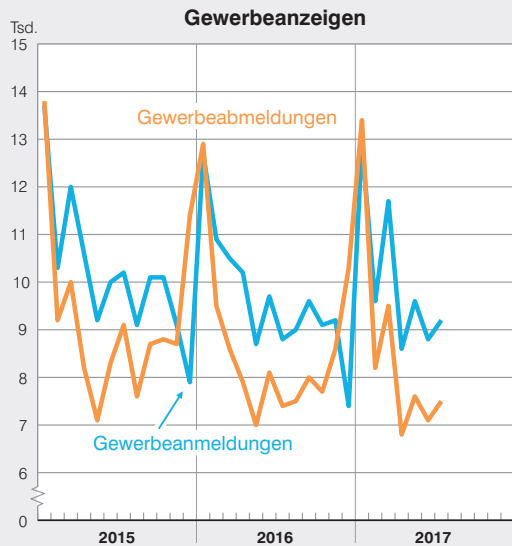
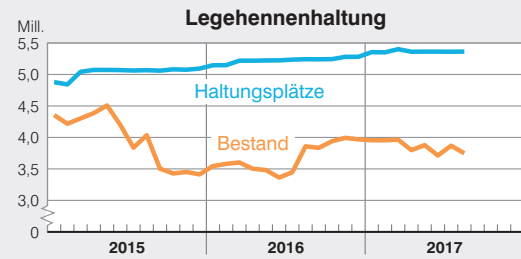
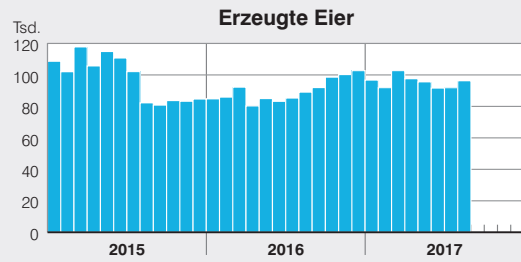
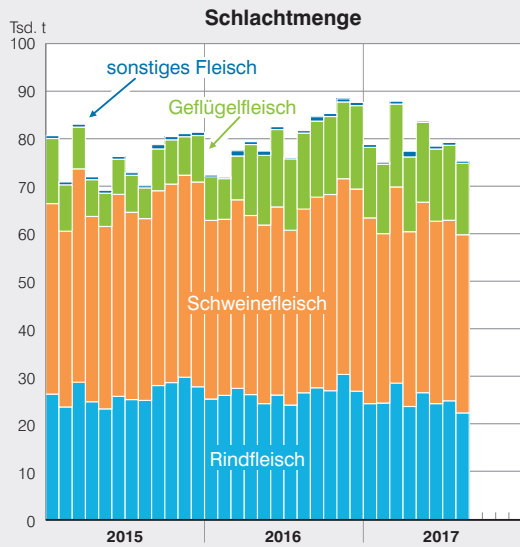
2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

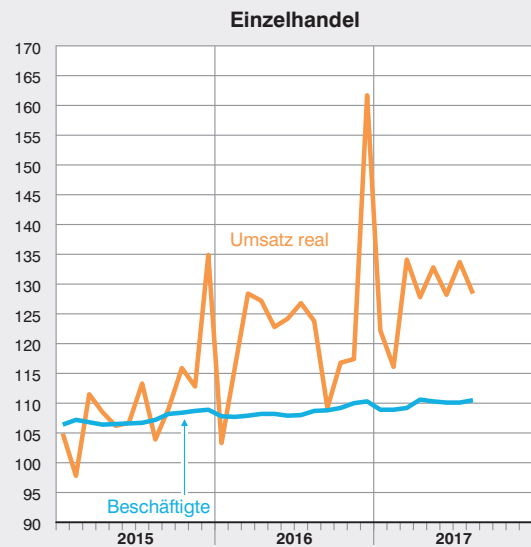
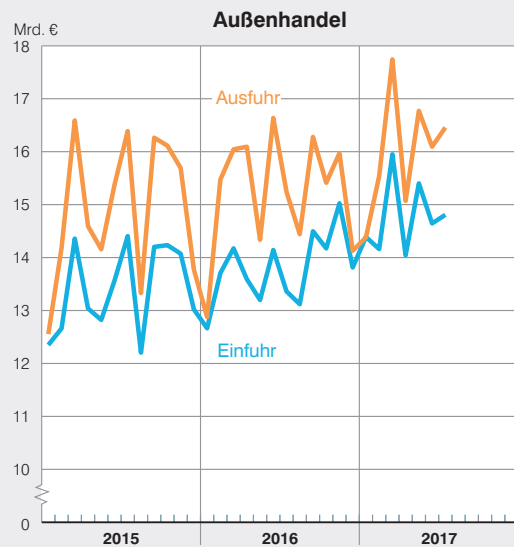
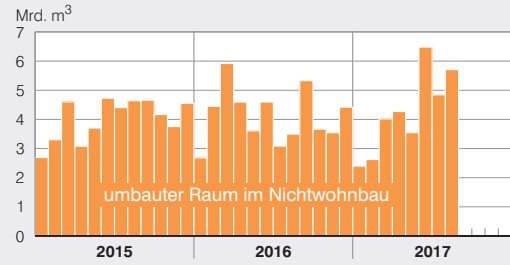
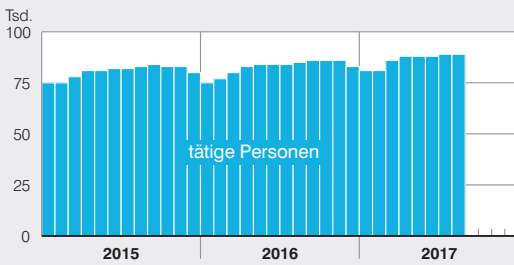
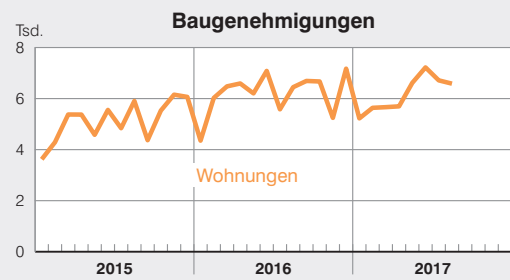
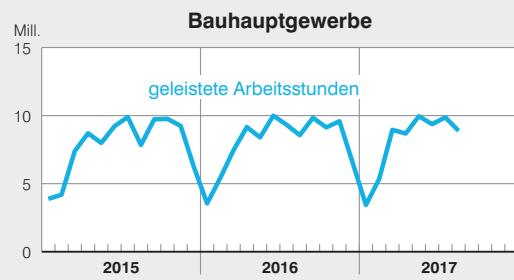
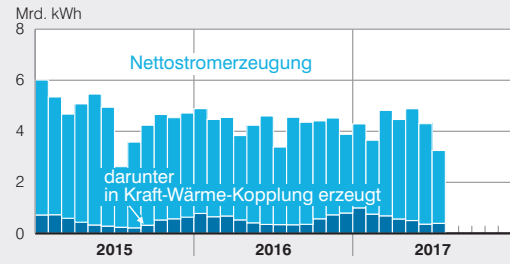
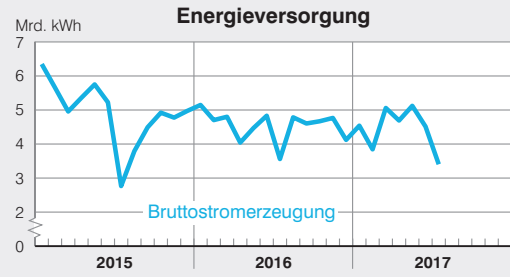
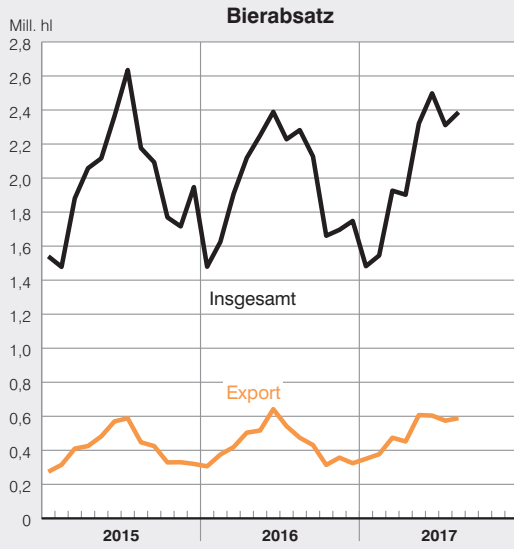
4 Ohne Mehrwertsteuer.

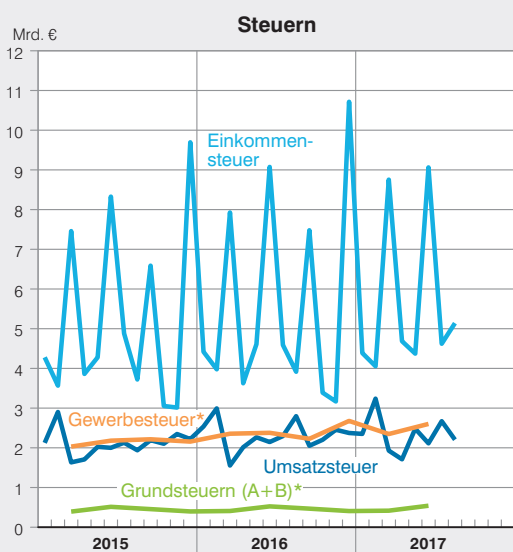
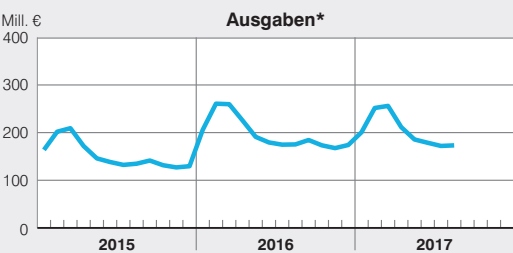
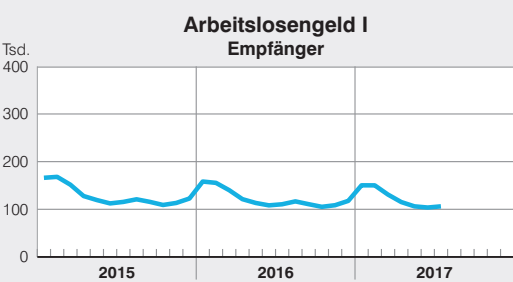
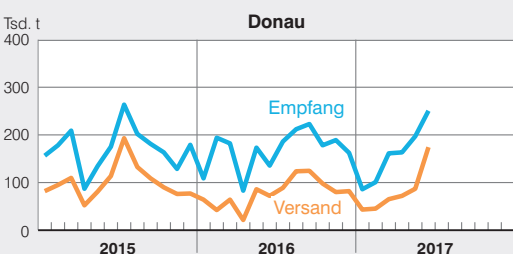
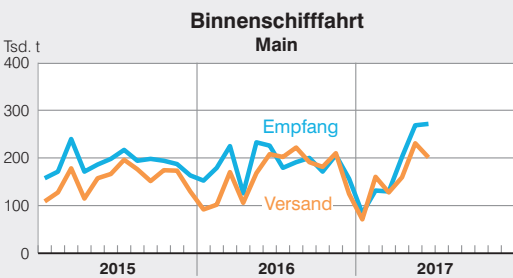
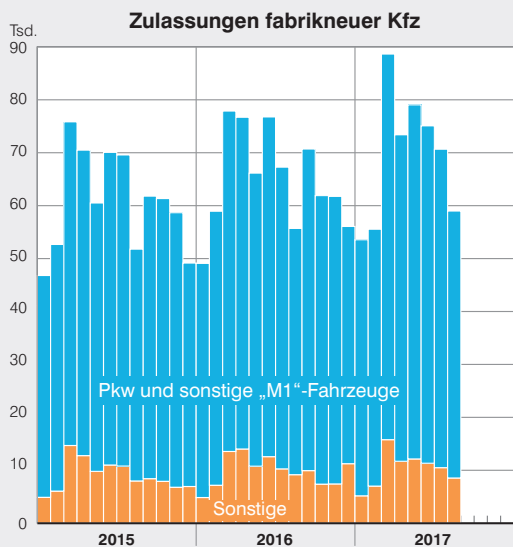
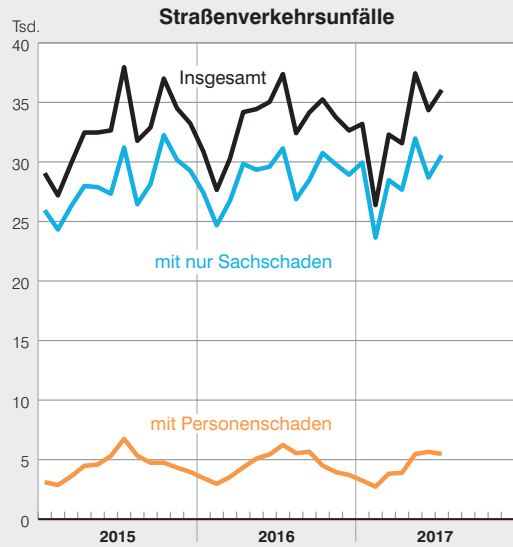
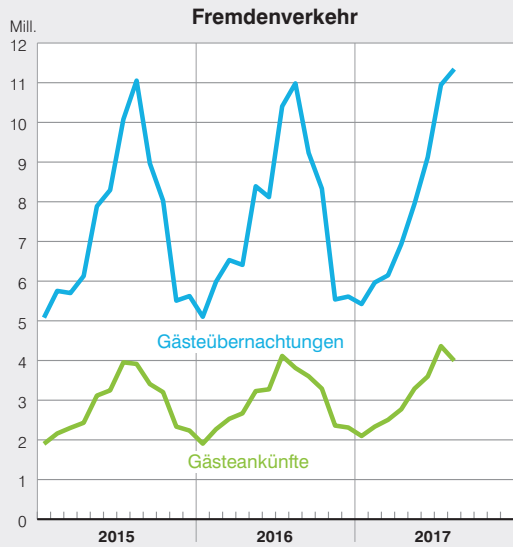
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel





1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.

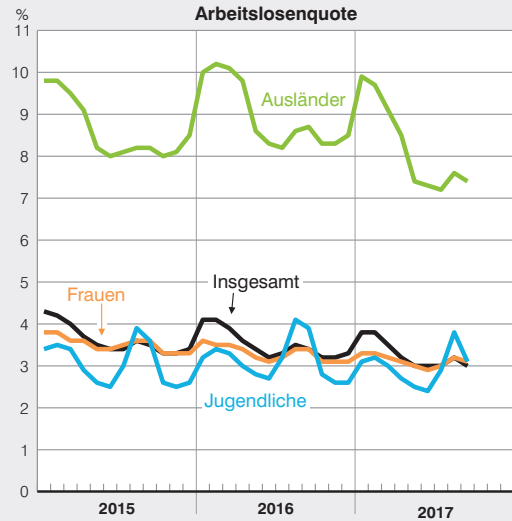
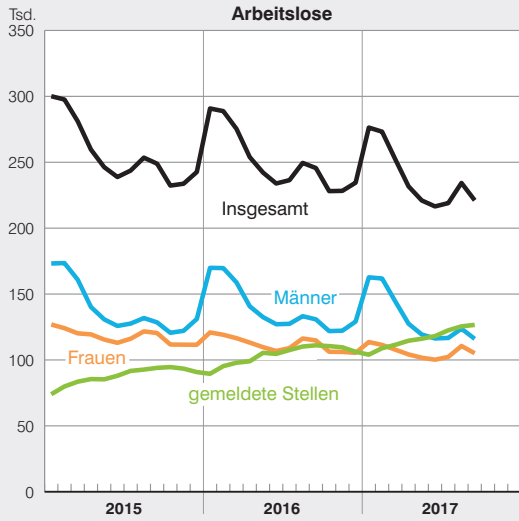




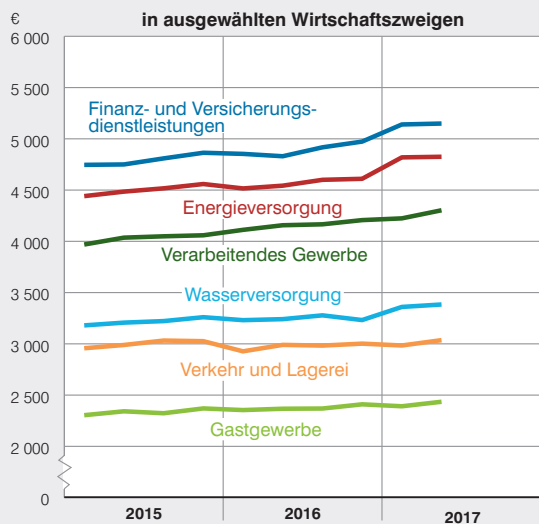
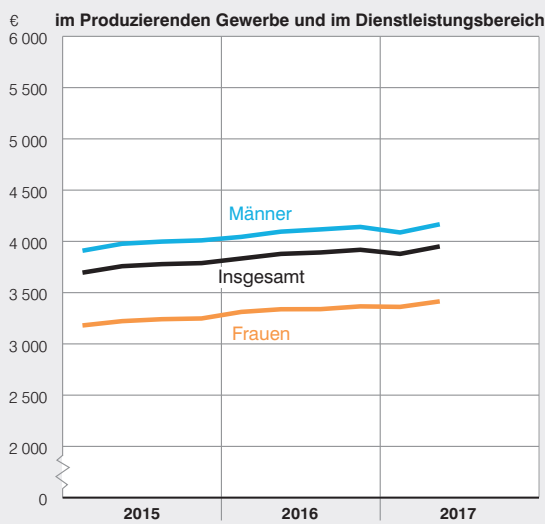
* ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

* Quartalswerte.

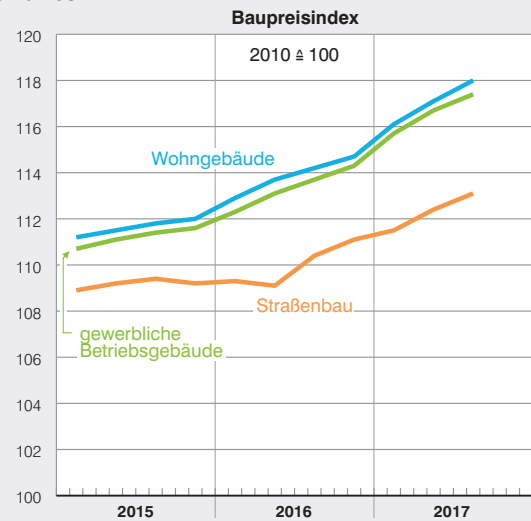
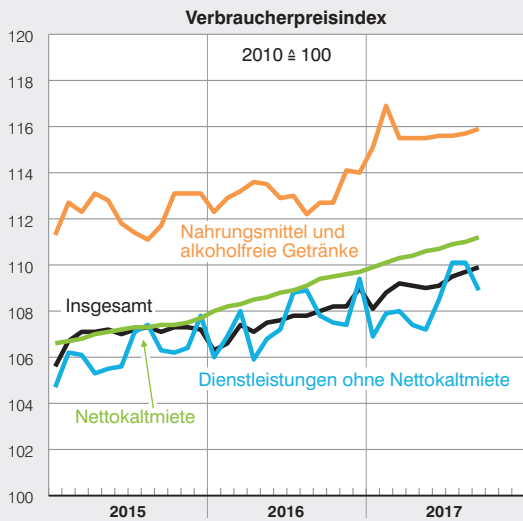
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Erwerbstätigkeit

- Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in den Gemeinden Bayerns am 30. Juni 2016
Teil II der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Schulwesen insgesamt

- Bayerische Schulen im Schuljahr 2016/17
Eckzahlen sämtlicher Schularten nach kreisfreien Städten und Landkreisen; Stand: Herbst 2016

Allgemeinbildende Schulen

- Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern
Stand: 1. Oktober 2016
- Förderzentren und Schulen für Kranke in Bayern
Stand 1. Oktober 2016

Rechtspflege

- Abgeurteilte und Verurteilte in Bayern 2016
Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik

Wahlen

- Wahl zum 19. Deutschen Bundestag in Bayern am 24. September 2017; Wahlvorschläge, Bewerber
- Wahl zum 19. Deutschen Bundestag in Bayern am 24. September 2017; Vorläufiges Ergebnis

Wachstumsstand und Ernte

- Weinwirtschaft in Bayern 2016
Rebflächen, endgültige Weinmesternte, Weinerzeugung, Weinbestand

Tierische Erzeugung

- Erzeugung in Aquakulturbetrieben in Bayern 2016

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2017

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Juli 2017 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2017 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Basisjahr 2010
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern Juli 2017, Basisjahr 2010

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Juli 2017

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern
Teil I: Monatsergebnisse – 2. Quartal 2017

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Juli 2017

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juli 2017
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2017

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z. B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z. B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2017
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2017
- Tourismus in Bayern im Juli 2017
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juli 2017

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juni 2017
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2017

Dienstleistungen

- Struktur des bayerischen Dienstleistungssektors 2015

Pflege

- Einrichtungen für ältere Menschen in Bayern 2016 und ambulant betreute Wohngemeinschaften in Bayern 2016

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

- Einkommen der natürlichen Personen in Bayern 2013
Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik
- Einkommen der Personengesellschaften/ Gemeinschaften in Bayern 2012 – Ergebnisse der Statistik über die Personengesellschaften/Gemeinschaften
- Erben und Schenken in Bayern 2016

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern August 2017 sowie Jahreswerte von 2014 bis 2016 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen
- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2012 bis August 2017 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im August 2017
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern im August 2017
- Kaufwerte für Bauland in Bayern 2016
- Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Bayern 2016

Verdienste und Arbeitszeiten

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 2. Quartal 2017

Gesamtrechnungen

- Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991 bis 2015
Kreisfreie Städte und Landkreise, Regierungsbezirke, Regionen


Verzeichnisse

- Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern; Stand: 31. Dezember 2016
- Verzeichnis der Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern; Stand: 1. Oktober 2016
- Verzeichnis der Förderzentren und Schulen für Kranke in Bayern; Stand 1. Oktober 2016
- Verzeichnis der Einrichtungen für ältere Menschen in Bayern 2016

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter  www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Aktuelle
Veröffentlichungen
unter
q.bayern.de/webshop



Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik

Die Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik ist eine der ältesten und größten statistischen Spezialbibliotheken in Deutschland mit einem Präsenzbestand von derzeit mehr als 120 000 Bänden und 120 laufenden Fachzeitschriften. Eine besondere Spezialität ist der reichhaltige Altbestand aus dem 19. Jahrhundert – eine Fundgrube statistischer Kostbarkeiten.

Neben dieser historischen Statistiksammlung besitzt die Bibliothek die einschlägigen Quellenwerke der amtlichen Statistik des In- und Auslands, Statistiken anderer nichtamtlicher Institutionen,

Literatur zu statistischen Methoden, Standardwerke der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die wichtigsten Zeitschriften zur Informations- und Kommunikationstechnik.

Online- und Karten-Kataloge sowie eine kompetente Beratung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek erleichtern die Literaturrecherche. Jedes Buch der Präsenzbibliothek ist sofort verfügbar. Ein kleiner Lesesaal mit Kopiermöglichkeit bietet Platz zum Arbeiten. Anfragen werden gerne per E-Mail, Telefon, Fax oder Post entgegen genommen.



Bayerisches Landesamt für Statistik – Bibliothek, St.-Martin-Straße 47, 81541 München
Öffnungszeiten der Bibliothek: Montag bis Freitag 9:00–12:00 Uhr sowie nach Vereinbarung
Telefon 089 2119-3337 | Telefax 089 2119-3843 | bibliothek@statistik.bayern.de